



93. Sitzung

Donnerstag, 08. November 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

4915 A

"Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg"

Fortsetzung der
Tagesordnung

4915 A

– Drucksache 18/5462 –

4924 C

– Drs. 18/7142 –

Aktuelle Stunde

4915 A

Marita Meyer-Kainer CDU

4924 D

Carola Veit SPD

4925 C

Christiane Blömeke GAL

4926 A

Jan Quast SPD

4927 C, 4929 C

Claudius Lieven GAL

4928 B

Jörn Frommann CDU

4928 D

Kenntnisnahme

4930 A

Fraktion der GAL:

Kita hinter Lärmschutzmauern – der Senat lässt Kinder und Eltern im Stich

Christian Maaß GAL

4915 A, 4918 D

4923 A

Stefanie Strasburger CDU

4915 D

Carola Veit SPD

4915 D, 4924 B

Axel Gedaschko, Senator

4917 D, 4919 C

4922 D

Niels Böttcher CDU

4919 D

Dr. Monika Schaal SPD

4920 C

Christiane Blömeke GAL

4921 B

Rolf-Dieter Klooß SPD

4922 A

Ralf Niedmers CD

4923 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Schutz vor Stalkern verbessern

– Regelungslücken schließen

– Drs. 18/7243 –

4930 A

Doris Mandel SPD

4930 A

Viviane Spethmann CDU

4930 C, 4933 A

Antje Möller GAL

4931 B, 4933 C

Dr. Andreas Dressel SPD

4931 D

Beschlüsse

4933 D

Fraktion der CDU:

Zwei Meinungen für alle – SPD zwischen Abschaffung der Gymnasien und Wahlkampfrazon

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Senatsmitteilung:

Hamburger Mittelstandsbericht 2007

– Drs. 18/7143 –

4934 A

Barbara Ahrons CDU

4934 A

Ingo Egloff SPD

4934 D, 4937 C

Jens Kerstan GAL

4935 D

Gunnar Uldall, Senator

4936 D

Beschluss

4938 A

Senatsmitteilung:

Stellungnahme zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2006

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Leseförderung in Hamburg

– Drs. 18/6968 –

Stefanie Strasburger CDU

Wilfried Buss SPD

Christa Goetsch GAL

Dr. Karin von Welck, Senatorin

Beschluss

4938 A

4938 A

4938 D

4939 D

4940 B

4941 A

Antrag der Fraktion der CDU:

Aviation Center für Hamburg

– Drs. 18/7236 –

Klaus-Peter Hesse CDU

Uwe Grund SPD

Dr. Willfried Maier GAL

Beschluss

4941 B

4941 B, 4942 D

4941 D

4942 A

4943 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

Haushaltsplan 2007/2008**Einzelplan 3.1 "Behörde für Bildung und Sport"****Kapitel 3370 "Sportförderung"****Titel 3370.684.02 "Sportveranstaltungen"**

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln gemäß § 33 (2) Landeshaushaltsordnung (LHO) in Höhe von 200 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2007 und 400 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2008 zur Absicherung des Deutschen Derbys im Galopprennsport

– Drs. 18/7189 –

Jürgen Schmidt SPD

Lars Dietrich CDU

Dr. Verena Lappe GAL

Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin

Beschlüsse

4943 A

4943 B

4944 C

4945 D, 4947 D

4946 D

4948 A

Antrag der Fraktion der GAL:

Saubere Luft in Hamburgs Hafen!

– Drs. 18/7135 (Neufassung) –

Claudius Lieven GAL

Olaf Ohlsen CDU

Dr. Monika Schaal SPD

Beschluss

4948 A

4948 B

4949 B

4950 A

4950 C

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs. 18/7133 –

4950 C

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs. 18/7134 –

Beschlüsse

Sammelübersicht

Beschlüsse

4950 C

4950 C

4950 D

4951 A

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Steigt die Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete in Hamburg? (II)
– Die Entwicklung ab 2005

– Drs. 18/6679 –

Beschluss

Kenntnisnahme ohne Besprechung

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Zahlenchaos ohne Ende – die unendliche Geschichte des Lehrerstellenplans
– Drs. 18/6956 –

Beschluss

Kenntnisnahme ohne Besprechung

Senatsantrag:

Norddeutsche Zusammenarbeit; Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu der Eichdirektion Nord
– Drs. 18/7097 –

Beschlüsse

Senatsmitteilung:

Das Handlungskonzept des Hamburger Senats für Ostasien
– Drs. 18/7140 –

Beschlüsse

Senatsmitteilung:

Bericht über die Realisierung des Hafen-Sonderinvestitionsprogramms (Hafen-SIP)
– Drs. 18/7141 –

Beschlüsse

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen "Rückführungen nach Afghanistan fortsetzen" vom 14. September 2006 (Drs. 18/4991)
– Drs. 18/7147 –

Beschlüsse

4951 A

4951 A

4951 A

4951 A

4951 B

4951 B

4951 B

4951 B

4951 C

4951 C

4951 C

4951 D

4951 D

4951 D

Bericht des Haushaltsausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

– Drs. 18/7131 –

4952 A

Beschlüsse

4952 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005
Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs**

– Drs. 18/7187 –

4952 B

Beschlüsse

4952 C

Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses:

Haushaltsplan 2007/2008 - Einzelplan 4, Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung"; Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII", Aufwendungen von f&w fördern und wohnen AöR; Mehrbedarf bei den Entschädigungen für politische Häftlinge

– Drs. 18/7277 –

4953 D

Beschlüsse

4954 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

Änderung des Gesetzes über das "Sondervermögen Stadt und Hafen"

– Drs. 18/7188 –

4953 A

Beschlüsse

4953 A

Antrag der Fraktion der SPD:

Korruptionsbekämpfungsgesetz für Hamburg

– Drs. 18/7069 –

4954 B

Beschlüsse

4954 B

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

Neue Planungskultur entwickeln – Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt

– Drs. 18/7175 –

4953 A

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

Fertigstellung der S-Bahn zum Hamburg-Airport

– Drs. 18/7237 –

4954 B

dazu

Antrag der Fraktion der GAL:

Die HCU für den städtebaulichen Diskurs öffnen

– Drs. 18/7312 –

4953 B

Beschlüsse

4953 B

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Verkehrsberuhigung in Fuhlsbüttel

– Drs. 18/7298 (Neufassung) –

4954 C

Jörg Lüthmann GAL

4954 C

Klaus-Peter Hesse CDU

4955 B

Jan Quast SPD

4955 D

Beschlüsse

4956 A

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen

– Drs. 18/7248 –

4953 B

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

Vertiefung der Beziehungen zu Dar es Salaam

– Drs. 18/7238 –

4956 B

Beschlüsse

4956 B

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen

– Drs. 18/7313 –

4953 C

und

Interfraktioneller Antrag:

Änderungsantrag zu Drucksache 18/6977 "Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen"

– Drs. 18/7315 –

4953 C

Beschlüsse

4953 C

A

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Wir setzen zunächst die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe daher das zweite Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der GAL-Fraktion.

Es lautet:

Kita hinter Lärmschutzmauern – der Senat lässt Kinder und Eltern im Stich

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Maaß hat es.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind in Hamburg unlängst Zeugen eines für diese Stadt wirklich beschämenden Vorgangs geworden. Wir mussten erleben, dass in Hamburg erst eine Kindertagesstätte durch Nachbarklagen wegen Lärms gerichtlich vertrieben wurde und dann am neuen Standort mit einer vom Senat finanzierten 60 Meter langen Lärmschutzmauer förmlich eingemauert wird. Es ist mehr als irritierend. Das ist für mich und meine Fraktion unfassbar.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Der eigentliche Skandal ist, dass dieser Vorgang vermeidbar gewesen wäre, wenn der Senat und die CDU-Fraktion die Eltern und Kinder nicht im Stich gelassen hätte, sondern rechtzeitig während der Beratungen zu den Gesetzen, die wir im vergangenen Jahr vorgelegt haben, gehandelt hätte.

B

Lassen Sie mich kurz die Chronik dieses angekündigten und vermeidbaren Skandals rekapitulieren. Zuerst gab es das Urteil des Landgerichts Hamburg vor über zwei Jahren, das in einem Vergleich zur Vertreibung der Kita Marienkäfer vom bisherigen Standort führte mit der Begründung, in einem Wohngebiet sei eine Kindertagesstätte zu laut und man müsse diese Kindertagesstätte aus Wohngebieten heraushalten.

Die GAL hatte dann im Jahr 2006 einen Gesetzentwurf in die Bürgerschaft eingebracht, der die Wiederholung eines solchen Falles verhindern sollte. Wir haben im Umweltausschuss und im Jugendausschuss Experten angehört und festgestellt, dass Hamburg tatsächlich die rechtliche Kompetenz hat, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Aber diese Bürgerschaft, diese Mehrheit in dieser Bürgerschaft konnte sich dazu nicht entschließen. Die CDU hat verhindert, dass ein solches Gesetz in Hamburg verabschiedet wird und hat stattdessen ein Gesetz, das ich als Placebo bezeichnen möchte, erlassen – ein Gesetz, das den Kindern einige schöne Worte bietet, aber keine rechtlichen Konsequenzen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass dieses Gesetz im Ausführungsgesetz zum Achten Sozialgesetzbuch das Papier nicht wert ist, auf dem es steht, dann ist es doch gerade dieser Vorgang in den letzten Tagen, dass trotz dieses Gesetzes eine Kita in einem Wohngebiet nur gebaut werden kann, weil eine Lärmschutzmauer darum herum gebaut wird. Das ist der Skandal.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das Ergebnis ist, dass wir in Hamburg vor dem gleichen Problem stehen wie in der Zeit vor diesem Gesetz. Das Bezirksamt kann sich nicht auf eine klare Rechtslage verlassen, sondern muss den Klagedrohungen der Nachbarn nachgeben und für den neuen Standort diese Lärmschutzmauer anordnen, die der Senat dann finanziert. Die CDU hat im Ergebnis dafür gesorgt, dass die Rechtslage so bleibt, dass die Gerichte und die Behörden im Zweifel eben doch die Interessen der Nachbarn höher bewerten als die Interessen der Kinder, die ja eigentlich nicht viel wollen. Sie wollen einfach nur einen Kindergarten in ihrer Wohnumgebung besuchen. Dieser Skandal wäre vermeidbar gewesen, wenn die CDU den Mut aufgebracht hätte, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen.

C

Was mich wirklich erschreckt, ist die Doppelmoral, die der Senat im Punkt Lärmschutz erkennen lässt. In Hamburg sind über 100.000 Menschen – das ist die Bilanz, die der Umweltsenator selbst vorgelegt hat – an Hauptverkehrsstraßen einem Lärm ausgesetzt, der sie medizinisch nachweislich krank macht. Der Senat lehnt es ab, über Schallschutzmaßnahmen wie eine Temporeduzierung auch nur nachzudenken. Geschweige denn bekommt irgendeiner dieser Anwohner vom Senat Schallschutzfenster finanziert. Aber wenn sich die Nachbarn einer Kindertagesstätte über den Lärm von Kindern beklagen, dann ist der Senat als Erster da und baut eine Schallschutzmauer. Hier sind die Maßstäbe in Ihrer Lärmschutzpolitik gründlich durcheinander geraten, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Richtig unredlich finde ich auch das Verhalten des Bürgermeisters in diesem Punkt. Zunächst einmal hat er nicht verhindert, dass dieses Placebo-Gesetz in dieser Bürgerschaft beschlossen wird. Und als dann die Grundsteinlegung zu der neuen Kita anstand und zu dem Zeitpunkt noch nicht so offenbar war, dass das ein politisches Problem werden könnte, witterte er einen guten Wahlkampfauftritt und sagte seine Teilnahme an der Grundsteinlegung zu. Hübsch lächelnde Kinder bei einer Grundsteinlegung, etwas Besseres kann einem im Wahlkampf eigentlich nicht passieren. Als dann das "Hamburger Abendblatt" diesen Skandal der Lärmschutzmauer beschrieben hat und klar wurde, dass ein politisches Problem besteht, das er zu verantworten hat, sagt der Bürgermeister eben diesen Termin kurzfristig wieder ab. Eine vollkommen unerwartete auswärtige Veranstaltung kam ihm in den Weg. Wahrscheinlich war das das Treffen mit dem Verwaltungschef der Region Südjütland, von dem wir am nächsten Tag reden konnten.

D

(Ingo Eglolf SPD: Da hätte er noch etwas über Kindergärten lernen können!)

Wer sich so verhält, der verhält sich einfach nur unredlich. Er benutzt die Kinder, wann es ihm passt. Aber wenn es darauf ankommt, lässt er sie im Stich. Das ist, ehrlich gesagt, nicht in Ordnung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Frau Strasburger, bitte.

Stefanie Strasburger CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Maaß, in dieser Sache, finde ich, blasen Sie sich – aber vor allen Dingen auch die Sache – auf und helfen den Betroffenen

- A nicht, sondern Sie schaden den Betroffenen und Sie schaden vor allen Dingen den Kindern.

(Gerhard Lein SPD: Wieso das denn?)

Das finde ich in diesem Fall sehr schade.

(Beifall bei der CDU)

Denn es sollte uns nicht darum gehen zu politisieren, sondern es sollte uns in der Sache wirklich nur um die Kinder gehen.

(Beifall bei der CDU)

Erstens haben sich Anwohner und die Kita Marienkäfer einvernehmlich geeinigt und sind alle mit der nun gefundenen Lösung sehr zufrieden.

(Christiane Blörmeke GAL: Was bleibt ihnen auch anderes übrig?)

Zweitens handelt es sich hier um einen zugegebenermaßen auch für mich unerfreulichen Einzelfall. Es ist ein Einzelfall, aber unsere Gesetzgebung hat gerade nicht dazu geführt, dass hier eine Lärmschutzwand entsteht. Ihre Gesetzgebung hingegen hätte wohl dazu geführt. Wie das passiert wäre, werde ich gleich noch ausführen. Unsere Gesetzgebung hat dazu geführt, dass sich hier Anwohner und Kitabetreiber unter der Moderation des Bezirksamts an einen Tisch gesetzt haben. Und sie haben eine Lösung gefunden, mit der alle zufrieden sind.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Diese Lösung ist freiwillig gefunden worden. Bei Einführung Ihrer Gesetzgebung wäre diese Lösung zwanghaft gekommen.

B

(Dr. Willfried Maier GAL: Wenn der Senat Geld gibt, geht es immer freiwillig!)

Wo stehen wir jetzt? – Herr Maier, hören Sie einfach zu. – Wo stehen wir jetzt? Der Bau der Kita kann unverzüglich vonstatten gehen. Das ist das, was die Kinder beziehungsweise die Betreiber der Kita wollen. Wir wollten keinen Zeitverzug, wir wollten, dass die Kinder sofort in diese Kita einziehen können.

(Beifall bei der CDU)

Es wird – das stimmt – eine 2 Meter hohe Lärmschutzwand gebaut. Es ist keine Mauer, sondern ein Lärmschutzzaun. Dieser Lärmschutzzaun wird sowohl die Kinder vor der Außenanlage der Garage der Nachbarn schützen als auch die Anwohner vor dem Kinderlärm. Alle Betroffenen sind in diesem Fall zufrieden. Wo ist jetzt eigentlich Ihr Problem? Ich verstehe es letztendlich nicht. Mit Ihrer Gesetzgebung fordern Sie geradezu solche Maßnahmen. Ich zitiere unter Paragraph 3 und 4 Ihres Gesetzentwurfs. Paragraph 3 Absatz 3:

"Anlagen [im Sinne dieser Verordnung] sind so zu errichten und zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik zur Lärminderung unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf ein Mindestmaß beschränkt werden."

(Ingo Egloff SPD: Mindestmaß!)

Genau das ist hier der Fall. Paragraph 4 Absatz 1:

"Zur Beschränkung der Immissionen auf ein Mindestmaß sollen Spielplätze und Spielgeräte möglichst emissionsarm ausgerüstet werden, wenn

anderenfalls erhebliche Konflikte mit benachbarter Wohnbevölkerung zu erwarten sind. Darüber hinaus kann der Betreiber Regelungen zur Lärminderung treffen [...] Die zuständige Behörde kann entsprechende Maßnahmen anordnen."

C

Der Unterschied zwischen Ihnen und uns besteht nun ausdrücklich darin, dass Sie grundsätzlich Lärmschutzmaßnahmen fordern und jeder auf Grundlage Ihres Vorschlags klagen könnte.

(Christian Maaß GAL: Ach, so ein Unsinn!)

Wir hingegen gehen davon aus, dass Lärmschutzmaßnahmen grundsätzlich nicht notwendig sind.

(Christian Maaß GAL: Sie geben das Geld einfach so aus!)

In diesem Fall – ich betone es gerne noch einmal – ist es ein Einzelfall. Sollte der Einzelfall, wie hier geschehen, auftreten, ist all das, was Sie fordern, wie Sie sicherlich wissen, eben in der Baugesetzgebung schon verankert. Herr Maaß, es ist wirklich unverständlich, dass Sie eigentlich Ihren Gesetzentwurf hier kritisieren.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch eins mitgeben: Durch einen Gesetzentwurf werden wir es nie schaffen, die Gesellschaft und die Menschen zu verändern. Hier ist für die Kinder letztendlich das Beste getan worden. Ich wünsche mir auch eine familienfreundlichere Gesellschaft. Ich wünsche mir, dass die Menschen Kinderlärm nicht als Lärm empfinden. Aber hier ist eine Einigung zwischen Anwohnern und der Kita getroffen worden und alle sind mit dieser Einigung zufrieden.

(Beifall bei der CDU)

D

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Kinder sind wirklich das Zukunftsthema für unsere Stadt. Schade nur, dass es von Ihnen und Ihrem Senat seit Jahren so beharrlich gegen die Wand gefahren wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man natürlich einen Ersten Bürgermeister hat, der sich immer erst dann für soziale Belange interessiert, wenn der öffentliche Druck zu groß wird, sollte einen das vielleicht nicht überraschen. Aber wir sind dann doch immer wieder erschüttert, was dieser Senat so zustande bringt.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das sieht man Ihnen an!)

Ein richtiges Bollwerk gegen Kinderlärm kauft er sich jetzt. Die Behörde für Soziales und Familie finanziert über eine Extra-Zuwendung eine 60 Meter lange Lärmschutzwand vor dem Neubau eines Kindergartens. So löst man bei Ihnen Konflikte, wenn der öffentliche Druck zu groß wird. Aber man löst sie eben schlecht.

(Beifall bei der SPD – Rolf Harlinghausen CDU: Hoffentlich sprechen Sie nicht mit Ihren Kindern darüber!)

Vielleicht wäre es für die CDU sinnvoller, statt über ein Betreuungsgeld über ein Spießergeld nachzudenken,

- A damit die angeblich von Ihnen gewünschten Kinder in den Nachbarschaften dann auch angenommen werden.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Alle Menschen, die ihre Kinder zu Hause betreuen, sind Spießer, das wollen wir einmal festhalten!)

Für die Marienkäfer gibt es jetzt Elternabende nur nach Voranmeldung. Aktionen im Garten am Wochenende sind generell verboten. Das hat Ihre Verwaltung ausgehandelt, Herr van Vormizeele. Herzlichen Glückwunsch, da haben Sie sich ordentlich für die Kinder ins Zeug gelegt.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harlinghausen?

Carola Veit (fortfahrend): – Nein, Herr Harlinghausen kann sich gerne melden. Ich habe nicht so viel Zeit. – Danke.

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage schreiben Sie:

"Damit diese Belastungen [für die Nachbarn] nicht spürbar erhöht werden, hat das Bezirksamt [...] die für die Nachbarn günstigen Regelungen getroffen."

Für die Kinder günstige Regelungen haben in der Abwägung offenbar überhaupt nicht stattgefunden oder verloren. Ich finde das schlecht.

(Beifall bei der SPD)

- B Fast zwei Jahre hat es gedauert, einen neuen Standort für die Kita Marienkäfer im Stadtteil Marienthal zu finden. Das müsste doch auch Ihnen zu Denken geben. Dass Sie Ihre Planungskapazitäten in symbolträchtige Prestigeobjekte stecken und die Bezirke mit den Bebauungsplänen nicht hinterherkommen, ist ein offenes Geheimnis. Aber die Schwierigkeiten, die es jetzt speziell in Marienthal gab, sind keine besonderen Schwierigkeiten. Sie werden so oder in anderer Form auch anderenorts auftauchen. Mir sind jedenfalls schon weitere neue Fälle bekannt. Überall in der Stadt gibt es veraltete Baustufen- oder Bebauungspläne, die für soziale Einrichtungen, Sportplätze und Kindergärten ein großes Problem sind, wenn man nichts unternimmt. Da hätte der von Ihnen vor der Zeit mit einem neuen Mandat gesegnete Oberbaudirektor einmal ein echtes Betätigungsfeld. Aber Herzog & de Meuron planen eben keine Kindergärten. Wir haben jedenfalls große Sorge, dass dieses Beispiel Schule macht. Der erste Fall, Frau Strasburger, ist übrigens immer ein Einzelfall.

Immerhin werden wir allein im Krippenbereich in den nächsten fünf Jahren mindestens 6.000 neue Kita-Plätze brauchen. Wo wollen Sie die eigentlich alle hinbauen, wenn Sie nicht die Voraussetzungen ändern? In die Gewerbegebiete? Ich halte das nicht für eine gute Lösung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dass die Nachbarn auch am neuen Standort erfolgreich gegen die Kita vorgehen konnten und Einschränkungen durchgesetzt haben, über die ganz Deutschland wieder einmal die Nase rümpft und wegen der die Menschen von überall her mit dem Finger auf das wieder einmal kinderfeindliche Hamburg gezeigt haben, liegt unter anderem daran, dass Sie unsere Vorschläge für eine vernünftige

Regelung für ein Gesetz, dass Kinder- und Jugendlärm privilegiert, und damit eine Möglichkeit leichtfertig vom Tisch gewischt haben. Ich glaube nicht, dass Sie es nicht besser gewusst haben. Ich denke, Ihnen liegen die Wählerstimmen von ein paar Hunderttausend Haus- und Grundbesitzern einfach näher als die der Eltern von 59.000 Kindern, die die Hamburger Kitas besuchen.

(Zurufe von der CDU: Oh, nee! Oh, nee! Meine Güte!)

Frau Koop hatte auch schon gesagt, bei diesem Einzelfall müsse man nicht gleich in hektische Betriebsamkeit verfallen. Aber Sie sorgen doch gerade mit Ihrer Politik dafür, dass es nicht bei einem Einzelfall bleiben wird.

(Rolf Harlinghausen CDU: Bei dieser Rede haben hochhackige Schuhe sogar ein hohes Niveau!)

– Vielen Dank, Herr Harlinghausen.

Das in der UN-Kinderrechtskonvention geltende Recht auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung schlägt sich in Ihrer Politik leider nicht nieder und das ist traurig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Leise Kinder braucht das Land, das ist offenbar die Maxime der CDU. Wir sagen: Ein Hamburger Kinderlärmgesetz ist möglich, richtig und dringend nötig. Wir haben unseren Gesetzentwurf gestern erneut eingebracht. Wenn Sie noch andere Ideen haben, diskutieren wir die auch gerne mit Ihnen. Aber am Ende werden Sie sich für die Kinder entscheiden müssen oder gegen sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Senator Gedaschko bekommt das Wort.

Senator Axel Gedaschko: Herzlichen Dank, Herr Präsident.

(Ingo Egloff SPD: Alles wird gut!)

Verehrte Damen und Herren, man hat das Gefühl, Sie arbeiten Ihren Ärger, dass die Bürgerschaft – aus guten Gründen übrigens – seinerzeit Ihrem Vorschlag nicht gefolgt ist, zur falschen Zeit am falschen Objekt ab. Sie sind frustriert.

(Beifall bei der CDU)

Frust ist bekanntermaßen etwas, wenn einem mehr im Kopf umhergeht als dort hineinpasst.

(Beifall bei der CDU)

Manchmal hat man den Eindruck, dass Sie bei diesem Fall so ziemlich alles durcheinander bekommen, was man durcheinander bekommen kann.

(Beifall bei der CDU)

Worum ging es denn eigentlich? Es ging darum, dass in einem bestehenden Wohngebiet, wo eine Ausnahmeregelung für eine Altenwohnanlage vorgesehen war, etwas passieren sollte. Was wir nämlich haben, ist die Problematik des deutschen Baurechts und nicht das von Ihnen beschriebene Kinderschutzgesetz.

(Christian Maaß GAL: Schwachsinn! Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

C

D

- A Das ist eine völlig andere Verfahrensweise, um die es geht. Sie setzen auf ein völlig falsches Pferd.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wie immer!)

Im Übrigen werde ich nachher auch noch etwas zu dem Entwurf der SPD und zu dem Entwurf der GAL sagen. Diese hätten im Ergebnis zu noch katastrophaleren Ergebnissen geführt. Wir werden aber Ihre Entwürfe jetzt auch noch einmal der Presse zugänglich machen, damit auch alle wissen, wovon wir reden. Das sind Ihre Paragraphen 5 und 4.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Bebauungsplan stammt aus dem Jahre 1982. Leider gilt die dafür seinerzeit von Ihnen – von Ihren Vorgängern – zu verantwortende Baunutzungsverordnung. Danach sind Kindergärten eben in diesen Baugebieten, weil es so ist, nicht zulässig. Das ist das Problem. Deswegen und weil die Kita auf dieser ursprünglich als Altenwohnanlage ausgewiesenen Fläche gebaut werden sollte, musste eine Befreiung erteilt werden. Das war die eigentliche Problematik, die Befreiung von einem geltenden Bebauungsplan. Diese Befreiung musste erteilt werden, weil schlicht und ergreifend nicht mehr die Zeit da war. Sonst wäre dieser Kindergarten kaputt gegangen. Hätten Sie das gewollt? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Dieses Ziel hätten wir nur noch über eine Befreiung erreichen können.

(Beifall bei der CDU)

- B Ich denke, die Verantwortlichen im Bezirksamt haben goldrichtig gehandelt. Im Übrigen ist es so, dass im Bezirk interfraktionell diese Vorgehensweise befürwortet wurde. Ich werde auch die entsprechenden Ausführungen gleich noch einmal darstellen.

(Christian Maaß GAL: Dem Bezirksamt macht niemand einen Vorwurf. Der Vorwurf geht an Sie, Herr Gedaschko!)

An die Befreiung stellt das Gesetz hohe Anforderungen. Dieses Gesetz, um es auch einmal ganz deutlich zu machen, das Baugesetzbuch wird nicht in Hamburg gemacht. Dieser Kindergarten brauchte also schnell eine Regelung. Es war keine Zeit, um noch einen neuen B-Plan zu machen. Der damalige Bezirksamtsleiter Gerhard Fuchs schrieb die Fraktionen an und hat sich für eine einvernehmliche Lösung eingesetzt. Diese Lösung lag im B-Plan auf einer Gemeinbedarfsfläche. Wie gesagt, diesen Befreiungstatbestand gibt es nicht umsonst. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Insofern finde ich es schon ganz schön interessant, dass Sie auf dem Rücken dieser Kindergarteneinrichtung versuchen Politik zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Im Januar dieses Jahres stimmten alle Fraktionen im Hauptausschuss des Bezirks, also auch SPD und GAL, zu.

(Christian Maaß GAL: Das ist ja auch gar nicht der Punkt!)

Die GAL meinte hierzu, ein Bebauungsplan mit einer entsprechenden Ausweisung würde eine größere Rechtssicherheit geben, weil Ihre Fraktion im Bezirk im Gegensatz zu Ihnen begriffen hatte, worum es ging.

(Christian Maaß GAL: Der Vorwurf richtet sich gegen Sie, Herr Senator!)

– Sie verstehen es ja immer noch nicht. Hören Sie doch einmal zu.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

Es ist das Problem des Baurechts, des bestehenden alten B-Plans und nicht irgendeines Kinderschutzgesetzes. So weit, so gut.

Dann wird noch Folgendes gefordert – bitte einmal auf der Zunge zergehen lassen, meine Damen und Herren von der GAL:

"Für uns macht eine Zustimmung zu der Verlagerung der Kita Marienkäfer in den Zikadenweg nur dann Sinn, wenn Sie ..."

– gemeint war Herr Fuchs –

"... sicherstellen können, das nicht durch Klagen benachbarter Eigentümer die Verlagerung erfolgreich torpediert werden kann."

Genau das hat er sichergestellt, damit dieser Kindergarten weiter existieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Um es allen, die es immer noch nicht verstanden haben, noch einmal ganz deutlich zu sagen. Das ist eine Frage der alten B-Pläne und des Baurechts und nicht eines Gesetzentwurfs, den Sie eingegeben haben. Der hätte nichts im Jota daran ändern können. – Vielen Dank vorerst.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Da war er noch nicht in der Politik. Der weiß das nicht!)

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Niedmers, auch Sie! Zunächst zu der Frage, Frau Strasburger, was wir uns eigentlich aufregen, wo denn das Problem sei? Alle seien doch zufrieden. Frau Strasburger, wenn Sie sich in den letzten Tagen einmal die Medien angesehen haben, und zwar die bundesweiten Medien, und Sie dann immer noch nicht mitbekommen haben, dass es hier ein Problem gibt und dass sich diese Stadt bundesweit der Lächerlichkeit preisgegeben hat, weil Sie noch nicht einmal in der Lage ist, einen stinknormalen Kindergarten in ein stinknormales Wohngebiet zu bauen, ohne eine 60 Meter lange Lärmschutzmur zu errichten. Das finde ich ein ziemliches Problem, Frau Strasburger.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Harald Krüger CDU: Herr Maaß, haben Sie eben nicht zugehört?)

Herr Senator, Sie haben versucht rechtliche Zweifel an unserem Lärmschutzgesetzentwurf zu erwecken. Da müssen Sie sich schon einmal entscheiden. Ich erinnere mich gut an einen Ausspruch Ihres zuständigen Beamten in unserer Anhörung, zu meiner wissenschaftlichen Ausführung, die ich in der "Zeitschrift für Umweltrecht" dazu veröffentlicht habe, wo gesagt wurde ...

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- A – Entschuldigung, wenn der Senator mich persönlich angreift und behauptet, ich würde nicht wissen, wovon ich spreche, dann möchte ich einfach einmal diesen Vorwurf zurückgeben und Ihren Beamten zitieren, der damals gesagt hat, da sei die Sache endlich einmal wissenschaftlich aufbereitet worden. Deswegen möchte ich persönlich diesen Vorwurf ziemlich weit von mir weisen. Ich finde das eine ziemliche Frechheit, was Sie sich erlaubt haben, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte Ihnen deswegen in aller Kürze auch noch einmal darstellen, was das Problem ist. Wir haben im Immissionsschutzrecht den Grundsatz des Trennungsgebotes. Dieses Trennungsgebot ist auch sinnvoll, denn es besagt im Wesentlichen, dass störende Nutzungen getrennt werden sollen von empfindlichen Nutzungen, also dass selbstverständlich ein Gewerbebetrieb nicht in ein Wohngebiet gehört und dass Industriegebiete und Wohngebiete möglichst voneinander getrennt werden sollen.

(Dietrich Rusche CDU: Tolle Neuigkeiten!)

Das ist auch ein vernünftiger Ansatz. Bloß jetzt kommt das Problem, dass es eben in diesem Fall eine Nutzung gibt, wo man will, dass die – in Anführungszeichen – störende Nutzung möglichst nah an dem Wohngebiet dran sein soll, nämlich dass wir Kindergärten doch bitte in den Wohngebieten brauchen und nicht irgendwo in einem Gewerbegebiet. Frau Veit hat das doch vollkommen richtig gesagt.

- B Jetzt ist doch die Frage: Wie lösen wir dieses Problem? Wie gehen wir diesen Grundsatz des Trennungsgebots an, um einen vernünftigen Punkt hinzubekommen? Das heißt doch aber, dass wir eine rechtliche Möglichkeit brauchen, um auch von den Ausnahmemöglichkeiten, die doch das Bundesimmissionsschutzrecht uns als Land an die Hand gibt, Gebrauch zu machen. Die Bayern haben es uns doch vorgemacht.

(Lachen bei der CDU)

Die Bayern haben gesagt: "Unsere Biergärten sind uns heilig, wir machen eine Biergartenverordnung." Die zweite Biergartenverordnung hat dann auch Bestand gehabt. Da hat man gesagt, diese Nutzung privilegiere man. Ich wäre nicht dafür, dass wir in Hamburg unsere Biergärten schützen sollen. Aber ich bin sehr dafür, dass wir sagen: Wir schützen unsere Kindergärten in Hamburg und wir nutzen die entsprechende Kompetenz, die wir hier haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Übrigen, Herr Senator, Sie kennen doch das Baurecht mindestens genauso gut wie unsere Fraktion.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Nein, kennt er nicht!)

Sie hätten doch auch eine B-Plan-Änderung sehr schnell einleiten können. Sie überfallen uns auch regelmäßig mit B-Plan-Änderungen, wo es Ihnen gar nicht schnell genug gehen kann und wir dann auch sehr schnell handeln. Sie hätten eine B-Plan-Änderung einleiten können. Sie hätten dann die Vorweggenehmigungsreife gehabt und Sie hätten diese ganze Problematik, die Sie uns versucht haben, als zwingendes Hindernis aufzuführen, nicht gehabt. Das hätten Sie doch alles machen können.

Im Übrigen, der Vorwurf richtet sich doch nicht gegen das Bezirksamt Wandsbek, Herr Senator. Das Bezirksamt

Wandsbek hat doch in einer Not gestanden. Was sollten die denn machen? Es gab kein vernünftiges Hamburger Gesetz, man war in der von Ihnen richtig beschriebenen Lage, wie sie nach dem Bundesrecht nun einmal ist. Deswegen richtet sich der Vorwurf doch nicht an das Bezirksamt Wandsbek und unsere Kollegen in der Bezirksfraktion haben doch auch vollkommen richtig gehandelt. Der Vorwurf richtet sich an diesen Senat,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

dass Sie nicht bereit sind, in Hamburg die Kindergärten zu schützen, während die Bayern bereit sind, ihre Biergärten zu beschützen. Da kann ich nur sagen: Da stimmt etwas nicht, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Karl-Heinz Warnholz CDU: Das passt doch nicht!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Maaß, ich spreche Ihnen überhaupt nicht Ihre Kompetenz in Sachen Immissionsschutz ab. Aber noch einmal, es geht um eine etwas anders gelagerte Problematik. Genau das habe ich versucht, Ihnen deutlich zu machen. Das haben Sie wieder gekonnt verwischt.

(Beifall bei der CDU)

Bewusst verwischt, weil ich glaube, Sie verfügen natürlich durchaus über die intellektuellen Fähigkeiten, um das tatsächliche Problem zu erkennen. Das Problem ist der alte B-Plan.

(Carola Veit SPD: Es ist überall der B-Plan, Herr Senator!)

Daran ändert ein irgend geartetes neues Gesetz überhaupt nichts. Es war allen klar – wenn Sie einfach einmal so lax sagen, dann ändern wir doch einmal kurz den B-Plan –, die damit zu tun hatten, dass das eben nicht ging. Deshalb wurde genau dieser Weg gegangen. Behandeln Sie diejenigen, die diesen Kompromiss gefunden haben und sich Mühe gegeben haben, doch nicht so schlecht, dass Sie ihnen nicht zutrauen zu bewerten, was der richtige Weg gewesen wäre. Das ist einfach nicht redlich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Böttcher.

Niels Böttcher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Polemische Reden von Frau Veit sind wir gewohnt, aber das war nun der Höhepunkt. Herr Maaß, Sie sprachen die Reaktion in der Presse an. Sie sind genauso polemisch wie die Presse. Sie reden hier vom Einmauern der Kinder und bezeichnen eine Anlage mit drei offenen Seiten als Einmauern. Ich habe mir die Pläne vor Ort angesehen. Sie wollen hier den Eindruck erwecken, als hätte der Gesetzentwurf der SPD an dieser Situation irgendetwas geändert. Es ist eine Folgeerscheinung aus einem Fehlurteil, das zu dem alten Standort gefallen ist. Wir waren uns alle einig, dass das ein Fehlurteil ist. Wir haben damals für neue Gesetzentwürfe und Maßnahmen gesprochen und im Umwelt- und Jugendhil-

- A feausschuss darüber gesprochen, wie solche Fehlurteile in Zukunft vermieden werden können.

Jetzt kritisieren Sie unseren Gesetzentwurf, der überhaupt noch nicht angewendet worden ist, weil es nämlich noch keine neuen Klagen hierfür gibt. Hier ist eine Situation gewesen, dass ein Kindertagesheim verlagert werden musste. Ich kann die Initiatoren, die Eltern und Betreiber des Kindergartens gut verstehen, dass sie sich die Situation, die sie am alten Standort hatten, nicht noch einmal aufbürden wollen, sondern versuchen, das an einem neuen Standort im Vorwege zu klären. Ich weiß nicht, ob Sie einmal vor Ort waren. Ich habe mit der Leiterin der Kita Marienkäfer gesprochen. Sie sagte, sie hätten eine Kröte schlucken müssen, aber sie seien damit einverstanden, weil sie jetzt sicher davor seien, die gleiche Problematik an dem alten Standort nicht mehr zu haben.

Ihre Argumentation ist fadenscheinig. Ich darf Sie einmal an Paragraph 5 Ihres eigenen Gesetzentwurfs erinnern.

"(1) Die zuständige Behörde hat bei der Erteilung der Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung nach § 1 darauf hinzuwirken, dass die von ihr ausgehenden Emissionen durch Lärm mindernde Maßnahmen auf ein Mindestmaß beschränkt werden, soweit diese unter verhältnismäßigem Aufwand zumutbar sind und der Betrieb der Einrichtung nicht in erheblicher Weise beeinträchtigt wird.

(2) Um die von Einrichtungen nach § 1 ausgehenden Immissionen auf ein Mindestmaß zu beschränken, haben die Betreiber Maßnahmen zur Lärminderung zu treffen, soweit sie unter verhältnismäßigem Aufwand zumutbar sind [...].

- B (3) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall entsprechende Maßnahmen anordnen."

Frau Schaal hat dazu am 31. Januar gesagt – ich zitieren –:

"[...] wenn die Anwohner schon den Kinderlärm ertragen, sollen sie nicht auch noch von quietschenden Wippen und zuschlagenden Autotüren oder lautem Ballgepolter belästigt werden."

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

"Hier gilt [...] das Gebot der Lärminderung. Lärminderungsmaßnahmen konkretisieren das Rücksichtnahmegebot [...]."

Die einzige Einschränkung, die ihr später dazu einfällt:

"Lärminderungsmaßnahmen dürfen aber nicht dazu führen, dass eine Kita wirtschaftlich ruiniert wird."

Der wirtschaftliche Ruin und die Zumutbarkeit ist der Maßstab. Ansonsten wird nämlich genau das gemacht, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf fordern. Die Nachbarn haben ihre Ruhe, die Kinder werden vor nörgelnden Nachbarn geschützt, die Kita ist nach drei Seiten offen ...

(Zuruf von Jan Quast SPD)

– Herr Quast, wollen Sie den Kindern tatsächlich den Terror, den sie in der alten Kita hatten, wieder zumuten? Sie können Menschlichkeit nicht per Gesetz verordnen oder Sie müssen hier deutlich sagen, dass Sie das Klagerrecht der Anwohner abschaffen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal C

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, wir sind nicht frustriert, sondern wir finden uns bestätigt, dass das Kinderlärmgesetz der CDU seinen ersten Praxistest nicht bestanden hat und das schon nach weniger als einem Jahr.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL – Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– Appelle, Herr Heinemann, gegen die Kinderfeindlichkeit sind zwar nett, aber sie nützen nichts und das haben wir bereits im Januar gesagt. Mit dem Gesetz, das wir damals in die Bürgerschaft eingebracht haben, wäre so etwas wie in Marienthal nicht passiert.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

– Sie haben unseren Gesetzentwurf doch abgelehnt.

(Bernd Reinert CDU: Weil er falsch war!)

Sie hätten die Probleme jetzt nicht, Herr Heinemann, wenn Sie auf unseren Gesetzentwurf eingegangen wären. Wir empfehlen Ihnen, diesen Entwurf noch einmal zur Annahme. Es ist nicht alles goldrichtig gewesen, Herr Gedaschko, was in Wandsbek gelaufen ist. Das zeigt allein schon die Äußerung von Staatsrat Fuchs, der darauf hingewiesen hat, dass die Gesetzeslage nachgebessert werden soll.

Die SPD-Fraktion will mit ihrem Gesetz ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis herstellen und dazu gehört natürlich, dass man an die Einrichtung und an den Betrieb einer Kindertagesstätte, Herr Böttcher, auch Anforderungen stellt, damit man gedeihlich miteinander leben kann. Aber eine Mauer fördert doch kein nachbarschaftliches Verhältnis, eine Mauer verhindert Nachbarschaft. D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir verlangen in unserem Gesetzesvorschlag von beiden Seiten Rücksichtnahme aufeinander. Was man beiden Seiten abverlangt, muss auch zumutbar sein, Herr Böttcher, und das, was das Bezirksamt in Wandsbek vorgebracht hat, ist aus unserer Sicht für Eltern und Kinder unzumutbar. Die Kinder werden hinter einer zwei Meter hohen Mauer im Südwesten weggesperrt und somit wird dann auch noch die Sonne ausgeschlossen. Diese Regelung erinnert an eine Verwahranstalt aus dem 19. Jahrhundert und nicht an eine moderne Kindertagesstätte. Das ist nicht Rücksichtnahme, sondern das ist Rückschritt. Wir meinen, dass der Lärm, den Kinder machen, unvermeidlich ist. Darüber haben wir oft genug geredet. Aber eine Kita gehört nun einmal in ein Wohngebiet, denn dort in den Wohngebieten leben die Eltern und sie leben nicht in den Gewerbegebieten. Aber das Zusammenleben muss geregelt werden. Natürlich sind die Kinder privilegiert, sie müssen sich kindgerecht ausleben dürfen, aber unnötige Belastungen der Nachbarschaft müssen nun einmal verhindert werden, Herr Böttcher. Dazu gehört, dass die Schaukel nicht quietscht und dass Ballprallgeräusche durch entsprechende Bodenbeläge aufgefangen werden können. Beide Seiten müssen Rücksicht aufeinander nehmen, nicht nur die Kita, sondern auch die Nachbarn müssen auf die Kinder Rücksicht nehmen und dem wird der Gesetzentwurf, den Sie

- A gemacht haben, leider nicht gerecht. Wenn Lärmminde-
rung Wegsperren heißt, dann stimmt da irgendetwas
nicht.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Wegsperren! Sie haben
keine Ahnung!*)

Der Kinderlärm wird durch die Beschränkung der Größe
der Kindertagesstätte begrenzt. Sie muss in einem
bestimmten Verhältnis zu der Wohnbesiedelung stehen.
Feste Öffnungszeiten müssen her – das ist gemacht
worden – und auch die Zahl der Elternabende muss
begrenzt werden. Das finde ich durchaus okay. Trotzdem
kommt es darauf an, ob die Maßnahmen verhältnismäßig
sind. Es ist nun einmal nicht verhältnismäßig, dass die
Fenster im ersten Stock von einem Kindertagesheim
geschlossen bleiben müssen. Das geht nicht. Auch die
Kinder haben ein Recht auf frische Luft. Es ist auch nicht
verhältnismäßig, dass die Kinder nicht bei der Gartenar-
beit helfen dürfen. Der nächste Schritt wäre dann, dass
die Kinder auch nicht mehr im Garten spielen dürfen. Bei
diesem sogenannten Kompromiss, der in Marienthal
ausgehandelt wurde, ist einseitig die Nachbarschaft
bevorzugt und privilegiert worden, nicht die Kinder.

Die Forderung nach gegenseitiger Rücksichtnahme ist
nun einmal keine Einbahnstraße. Die Marienkäfer hatten
offensichtlich im Gegensatz zur Nachbarschaft keinen
Rechtsanwalt ins Gefecht geschickt. Dabei ist es doch
kein Wunder, dass kein echter Interessenausgleich
zustande kommt. Ich meine, dass die Interessen der
Kinder auch von der Stadt und deren obersten Repräsen-
tanten wahrgenommen werden müssen. Aber wie ist das
gewesen? Der Bürgermeister ist, wie immer, wenn es
Probleme und Stress gibt, abgetaucht. Er hätte doch
einmal persönlich in dem Konflikt zwischen den Nachbarn
und der Kindertagesstätte vermitteln können, aber dazu
ist es nicht gekommen. Ich meine, wer eine kinderfreund-
liche Stadt regieren will, muss sich auch für die Kinder
einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch* und
Christian Maaß, beide GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abge-
ordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen
und Herren! Ich finde es geradezu infam, wie dieses
Problem, das wir in der Stadt haben, heruntergespielt
wird, und zwar aus der Sicht der CDU-Fraktion, wo
gesagt wird, das sei doch alles nicht so dramatisch, das
sei ein Einzelfall. Da kommt nur eine kleine Mauer hin.
Ja, es ist richtig, Kinder sind sehr anpassungsfähig. Viel-
leicht gewöhnen die sich auch sehr schnell daran, hinter
dieser Mauer zu spielen, aber es geht doch auch um eine
Signalwirkung, die wir den Kindern und nach außen mit-
geben. Wir suggerieren den Kindern, das, was ihr macht,
wollen wir nicht, wir wollen euren Lärm nicht haben. Wir
integrieren sie nicht in den Stadtteil, sondern wir isolieren
sie. Das ist eine falsche Signalwirkung, die ich in Ham-
burg gar nicht haben möchte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In einem Punkt muss ich Ihnen, Frau Schaal, widerspre-
chen. Ich fand es absolut absurd, als ich in diesen Ver-
einbarungen gelesen habe, dass die Anzahl der Eltern-
abende begrenzt wird. Wo kommen wir denn da hin?
Einer Bildungseinrichtung, es könnte ebenso eine Schule

mit Wohnhäusern in der Nachbarschaft sein, zu sagen,
ihr dürft jetzt nur noch einen Elternabend pro Halbjahr
machen, denn aktive Elternarbeit ist nicht mehr gewollt. In
welcher Bildungswelt leben wir denn, wenn so etwas
begrenzt wird aus Angst vor Lärm. Das ist nicht der rich-
tige Weg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vor allen Dingen, wenn ich mir überlege, dass wir in
Hamburg so viele Lärmgeräusche haben. Eine Großstadt
bietet Bauarbeiten, Straßenlärm, Fluglärm und vieles
mehr, was die Bürgerinnen und Bürger veranlasst, händ-
ernd für den Bau einer Lärmschutzwand zu kämp-
fen. Die Güterumgehungsbahn wurde als Beispiel
genannt. Die Bürger versuchen seit Jahren verzweifelt,
eine Lärmschutzwand zu bekommen und was passiert im
Fall der Kita? Der Senat liefert eine Lärmschutzwand mit
dem Neubau der Kita quasi gleich mit.

Ich würde gerne mit einem Gerücht aufräumen, das
Senator Gedaschko behauptet hat, nämlich dass alles im
Einverständnis mit der Bezirksversammlung Wandsbek
und mit dem Hauptausschuss geschehen ist. Das ist
keinesfalls der Fall, Senator Gedaschko. Vielmehr war es
so, dass dort allen Fraktionen gesagt wurde, die Kita solle
zum Zikadenweg umziehen. Das ist völlig richtig. Seitens
meiner Fraktion gab es eine Zustimmung unter Vorbehalt.
Die GAL-Fraktion hat gesagt, wir stimmen zu unter dem
Vorbehalt, dass Klagen der Anwohner wirklich ausge-
schlossen sind.

(*Bernd Reinert CDU: Das sind sie doch!*)

Von einer Lärmschutzwand war dort nie die Rede und
diese Lärmschutzwand haben Sie sowohl der Bezirksver-
sammlung als auch dem Hauptausschuss, dem gesam-
ten Parlament und der Stadt Hamburg untergejubelt. Da
können Sie jetzt den Kopf schütteln, aber fragen Sie doch
noch einmal genau nach, dann wissen Sie, wie es war.

Meine Damen und Herren, zum einen finde ich es nicht
richtig, wenn man sich immer nur auf das Verfahren
zurückzieht, weil es letztendlich auch um das Leitbild der
CDU-Fraktion und des Senats geht. Das Leitbild – ich
zitiere –:

"Nur eine familien- und kinderfreundliche Stadt ist
eine Stadt der Zukunft. Um zu wachsen, muss sich
Hamburg in besonderer Weise auf die Bedürfnisse
von Familien mit Kindern einstellen."

Ja, meine Damen und Herren der CDU und des Senats,
da haben Sie die Bedürfnisse der Kinder aber gründlich
missverstanden und die der Familien erst recht. Jeden-
falls sehen die Bedürfnisse der Kinder nicht so aus, hinter
Mauern zu spielen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD
– *Stefanie Strasburger CDU: Sie schaden den
Kindern!*)

Natürlich ist es richtig, dass die Kita Marienkäfer und
auch die Abgeordneten der Bezirksversammlung letzt-
endlich diesem Umzug zugestimmt haben. Ich kann auch
die Kita verstehen, dass die jetzt erst einmal zufrieden
damit ist. Die haben ja auch eine Odyssee hinter sich.
Sodass es völlig klar ist, dass man dann erst einmal das
nimmt, was man geboten bekommt. Aber dieser Fall ist
doch kein Paradebeispiel für das, was wir in Hamburg
haben wollen und für uns Politikerinnen und Politiker
sollte er noch längst nicht abgeschlossen sein. Ich warte

A immer noch ein bisschen auf ein Happy End und das Happy End kann nur so aussehen, dass der Gesetzentwurf der GAL-Fraktion, der auf jeden Fall noch einmal beraten wird, in der Richtung abgestimmt wird, dass wir Ihren lauen Gesetzentwurf außer Kraft setzen, der eine derartige Planung zulässt. Denn, Frau Strasburger, ich vertrete da eine andere Ansicht. Ich bin der Meinung, dass wir Kinderlärm privilegieren sollen gegenüber Straßen- und Baulärm. Ihr Wischiwaschi-Gesetzentwurf lässt nämlich genau diese Klagen zu. Wir haben heute schon lesen können, dass es kein Einzelfall ist. Wir werden noch viele dieser Beispiele haben, wenn das erst einmal Schule macht. Für eine wachsende und familienfreundliche Stadt gehört es sich einfach, dass Kinder in Wohngebiete einbezogen werden, dass Kinderlärm privilegiert ist und vor allen Dingen, um auch gerecht zu sein, den Menschen, die händeringend auf Lärmschutzmaßnahmen warten, die Unterstützung des Senats zukommen zu lassen, die Sie jetzt dieser Kita zukommen lassen, denn sonst würde ich diese Gerechtigkeit nicht so akzeptieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will eines vorweg sagen: Es ist natürlich gut, dass es in dem konkreten Fall jetzt zu einer Lösung gekommen ist, aber die Lösung, die gefunden worden ist und so, wie sie zustande gekommen ist, hinterlässt doch einen schalen Beigeschmack. Das ist auch das Echo, das insgesamt in der Stadt zu finden ist. Lesen Sie die Zeitungen.

B

Herr Senator Gedaschko, Sie gelten als Fachmann auf vielen Gebieten. Aber so, wie Sie sich bei der Debatte im Januar auf dem Gebiet des Emissionsschutzes vergaloppiert hatten, so haben Sie es auch jetzt wieder im Baurecht getan. Es ist doch so, wenn es einen Bebauungsplan gab, der ein Vorhaben, wie es jetzt verwirklicht worden ist, verhindert hätte, dann hätte es die Möglichkeit gegeben, den Bebauungsplan zu verändern. Wenn sich nun alle Fraktionen in der Bezirksversammlung Wandsbek einig darüber gewesen wären und das Bezirksamt – und ich unterstelle das mal –, dann gibt es auch Mittel und Wege, solch ein Verfahren in den Fristen abzukürzen und schnell zu Lösungen zu kommen.

Wenn es rechtliche Bedenken gab, dann hätte man Zuflucht nehmen können – wenn es denn geeignet gewesen wäre – zu dem von Ihnen mit der Mehrheit der CDU durchgedrückten Gesetz mit der Ergänzung des Paragraphen 29 a zum Ausführungsgesetz des Achten Sozialgesetzbuches. Aber das war völlig ungeeignet und es ist bedauerlich, aber ich habe recht behalten, dass es ein Placebo war, nein, es war weniger als ein Placebo, denn bei Placebos kann manchmal der Glaube helfen, aber hier nützt der Glaube nichts, wenn es harte Interessen sind, die aufeinanderstoßen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir haben Ihnen damals einen Gesetzesvorschlag geliefert, der es im Rahmen der Abwägung eines Bebauungsplanverfahrens oder auch eines Befreiungsverfahrens möglich gemacht hätte, zugunsten der Kinder zu votieren.

(Wilfried Buss SPD: Aha! – Niels Böttcher CDU: Das stand aber nicht drin!)

C Das hätte allerdings bedeutet, dass Sie sich dazu bekannt hätten, dass Ihnen die Föderalismusreform diese Gesetzgebungskompetenz gegeben hat. Das haben Sie nicht gewollt. Das haben Sie nicht geglaubt und das steht in einem seltsamen Kontrast zu einem anderen Bereich. Von der Gesetzgebungskompetenz, die Sie im Bereich des Strafvollzugs bekommen haben, haben Sie willigst Gebrauch gemacht und sind noch darüber hinaus gegangen und haben ein Gesetz gemacht, das bundesweit Hohn und Spott verdient und das auf dem Prüfstand der Gerichte und bei wechselnden Mehrheiten keinen Bestand haben wird. Aber als Sie die Gelegenheit gehabt hätten, sich für die Kinder zu entscheiden, da haben Sie versagt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist kein Einzelfall, Frau Strasburger. Ich brauche nur in das "Hamburger Abendblatt" von heute zu gucken. Dort steht:

"Laut Anfrage gibt es laufende Verfahren gegen Jugendeinrichtungen in Bergedorf, Harburg, Mitte sowie Wandsbek."

Wahrscheinlich ist das "Hamburger Abendblatt" klüger als Sie.

(Stefanie Strasburger CDU: Nein! – Ingo Egloff SPD: Das ist nicht schwierig!)

Nur noch ein kleiner Hinweis, Herr Senator Gedaschko: Die Baunutzungsverordnung ist Bundesrecht. Das hat nicht die SPD in Hamburg gemacht. Wahrscheinlich meinen Sie ein anderes Regelungsverfahren, aber das Stichwort müssen Sie selbst finden.

D

Ich will zum Schluss – Sie wissen ja, dass ich Ihnen gerne schöne Zitate gebe – folgendes wunderbare Zitat sagen:

"Drei Dinge sind uns aus dem Paradies geblieben: Die Sterne der Nacht, die Blumen des Tages und die Augen der Kinder."

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das hat im 13. Jahrhundert Dante Alighieri, der große italienische Philosoph und Dichter gesagt.

Wenn es Ihnen ernst ist, dass die Augen der Kinder weiter leuchten und sich nicht verdunkeln,

(Robert Heinemann CDU: Das ist unverschäm!)

weil es Ihnen erschwert wird, kindergerecht in Einrichtungen zu leben, dann tun Sie etwas dagegen, machen Sie Nägel mit Köpfen und verändern Sie die Gesetze so, dass Entscheidungen in Zweifelsfällen zugunsten der Kinder ausgehen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Beuß CDU: Hat einer mal ein Taschentuch?)

Präsident Berndt Röder: Herr Senator Gedaschko hat das Wort.

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manche wollen die Wahrheit nicht wahrhaben und verschließen die Augen davor – insbesondere der letzte Redner –, dass die Zeit nicht da war, um den B-Plan zu ändern.

(Carola Veit SPD: Zwei Jahre hatten Sie Zeit!)

- A – Alle in Wandsbek waren sich darüber im Klaren, dass die Zeit nicht da war, diesen bestehenden B-Plan zu ändern. Akzeptieren Sie es einfach. Sie können Vieles wissen, das glaube ich Ihnen, aber ich glaube, das wussten die Damen und Herren in Wandsbek besser.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ein B-Plan dem Grunde nach nicht geändert wird, wäre überhaupt kein Raum für Ihr Gesetz. Ich weiß gar nicht, wo Sie das immer wieder herholen.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Abwägung, Abwägung!
– Ingo Egloff SPD: Der Kollege macht seit 30 Jahren Verwaltungsrecht! Der wird es besser wissen als Sie!)

Ich habe das schon dreimal erklärt. Ich würde mich freuen, wenn Sie das einfach einmal akzeptieren. Wenn Sie einen bestehenden B-Plan mit einer Ausnahmeregelung versehen, greift das Gesetz nicht. Ich würde mich freuen, wenn das auch bei Ihnen einmal Realität würde.
– Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, wir können das letztlich hier nicht endgültig in einem juristischen Seminar klären. Ich bleibe jedenfalls dabei. Spätestens seit dem Urteil des Landgerichts Hamburg gegen die Kita Marienkäfer im Jahre 2005 – sicherlich gab es anschließend noch eine Phase von Unsicherheit – hätten doch bei Ihnen die Alarmglocken läuten müssen und hätte man einmal gucken können, ob es nicht irgendwo in der Nähe einen Standort gibt, wo man schon einmal planungsrechtlich die Voraussetzungen dafür schafft, dass diese Kita im Notfall umziehen kann. Dann sagen Sie kurz vor Toresschluss, als es droht, dass für die Kita kein neuer Standort da ist, jetzt haben wir nicht mehr genug Zeit. Selbst wenn Sie juristisch recht haben würden, was ich bezweifle, dann müssen Sie sich politisch schon den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie sich selbst in diese Zeitnot gebracht haben. Es wäre genug Zeit gewesen, wenn Sie frühzeitig angefangen hätten zu handeln, Herr Senator.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt sollten wir auch einmal von diesem Einzelfall Marienkäfer abstrahieren, damit wir nicht immer über die Spitzfindigkeiten dieses Einzelfalls reden, sondern lassen Sie uns doch einmal über die Zukunft reden. Die Anfrage der Kollegen von der SPD hat ja auch ergeben, dass es genug Konfliktfälle gibt, wo absehbar ist, dass hier auch wieder der Rechtsweg beschritten werden wird, wo Nachbarn gegen Kindertagesstätten oder Schulen klagen werden. Da muss Ihnen einfach klar sein, dass es um die Frage geht, was im Sinne des Emissionsschutzrechts und was ortsüblich im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs zumutbar ist. Das ist die entscheidende Frage und da dürften auch keine zwei Meinungen zwischen uns bestehen. Da möchte ich Sie bitten, dass Sie einmal in Paragraph 3 Absatz 1 unseres Gesetzentwurfs schauen, den wir gestern eingebracht haben, in dem der Grundsatz aufgestellt wird, dass Kindergärten wohnortnah zu errichten sind. Wenn wir erst einmal diese gesetzliche Feststellung haben, dass wir die Kindergärten in der Nähe unserer

Wohngebiete haben wollen und es eben nicht diese sonderbare Perversion des Rechts gibt, die Kindergärten möglichst weit weg von den Wohnorten zu schaffen, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt und wir diese Situation nutzen, dann haben wir doch schon mal einen richtigen Fortschritt. Ich denke, diesen Weg müssen wir auch beschreiten.

(Beifall bei der GAL und bei Ingo Egloff SPD)

Ich möchte Sie bitten, sich diesen Gesetzentwurf wirklich noch einmal in aller Ruhe anzugucken. Ich finde es auch gut, dass Ihr Staatsrat Fuchs bei der Eröffnung der Kita Marienkäfer gesagt hat, dass es sein kann, dass wir hier ein rechtliches Defizit haben und wir uns das noch einmal angucken müssen. Ich habe mich daher ein bisschen gewundert, dass Ihre Reaktion heute und auch die von Frau Strasburger so war, warum wir uns so aufregen, wenn Ihr eigener Staatsrat in diesem Zusammenhang Nachdenklichkeit hat erkennen lassen. Ich glaube, Ihnen allen würde diese Nachdenklichkeit gut zu Gesicht stehen. Letztlich geht es doch darum, ob es wirklich angehen kann, dass wir Kinderlärm in dieser Gesellschaft als schädliche Umwelteinwirkung im Sinne des Emissionsschutzrechtes behandeln oder ob wir das nicht wollen. Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, als Gesetzgeber alle Mittel auszuschöpfen, die uns zur Verfügung stehen. Wir werden es nicht durchgehen lassen, wenn Sie sich aus Hasenfüßigkeit, warum auch immer, nicht darauf einlassen wollen, bundesweit einen neuen Weg zu beschreiten und die Gesetzgebungskompetenzen, die der Landesgesetzgeber hat, auch wirklich auszureizen. Hier kann Hamburg wirklich einmal vorangehen, denn wir haben in Hamburg dieses Problem am Hals. Deswegen sollten wir diejenigen sein, die die Rechtsgrundlagen schaffen, um das Problem zu lösen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Niedmers.

Ralf Niedmers CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klooß, nach Ihren Einlassungen bin ich wirklich froh, dass Sie nicht mehr für den Wahlkreis Wandsbek für die Hamburgische Bürgerschaft kandidieren,

(Rolf-Dieter Klooß SPD: So schnell werden Sie mich nicht los! Ich kandidiere auf der Liste!)

denn Sie haben sich mit Ihren Einlassungen endgültig disqualifiziert.

(Beifall bei der CDU)

Im Stadtteil Marienthal wird gebaut. Das ist ein Erfolg aller Beteiligten, die sich zusammengesetzt und einen Kompromiss erarbeitet haben. Das ist auch ein Zeichen für bürgerschaftliches Engagement, wenn es widerstrebende Interessen gibt und man das außergerichtlich löst. Wären wir bei den Obstbauern, dann würde geklagt bis nach Lereimie und es würde Jahre dauern, bis es eine Entscheidung gebe. Das ist gerade nicht der Fall und das spricht auch für die Marienthaler, dass sie in der Lage sind, sich auf eine vergleichsweise Lösung zu einigen. Das verdient unseren Respekt und auch unsere Anerkennung.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A Dieses Gerede über Kinder und Kinderfeindlichkeit kann ich allmählich nicht mehr ertragen.

(Beifall bei der CDU)

Wer selbst Kinder hat und weiß, wie es in einer Kita zugeht, der weiß ganz genau, dass eine moderat gestaltete Lärmschutzwand dem Betrieb einer Kita überhaupt keinen Abbruch leistet. Es kommt auf die Erzieher an, die die Kinder betreuen und nicht ob da baulich im Außenbereich eine Lärmschutzwand steht oder nicht. Das ist doch Popanz.

(Beifall bei der CDU)

Sie versuchen hier, das große Husarenstück aufzuziehen. Nur weil Wahlkampf ist, machen Sie solch ein Getöse, aber am Ende wird es Ihnen nicht gelingen, denn auch Sie werden zur Einweihung dieser Kita kommen und werden sich freuen, dass wieder viele Marienthaler Kinder eine neue Einrichtung haben.

(Beifall bei der CDU – *Rolf-Dieter Klooß SPD*: Sie haben ja gar nicht zugehört! Hören Sie doch einmal zu!)

Schließlich wurde auch von den Beteiligten im Stadtteil versucht, Ausweichflächen zu finden, aber wer Marienthal kennt – und offensichtlich kennen Sie Marienthal nicht, denn sonst würden Sie nicht so etwas erzählen –, der weiß, dass Marienthal großflächig verdichtet ist und es nicht so einfach ist, geeignete Grundstücke zu finden. Es wurden geeignete Grundstücke ausfindig gemacht. Dort konnte eine Bebauung leider nicht stattfinden. Am Ende war dies das einzige Grundstück, das man so schnell hat bebauen können, um allen Beteiligten zu helfen. Das passiert nun. Darauf sollen wir alle gemeinsam nicht unbedingt stolz, aber sehr glücklich sein, dass es so schnell gelungen ist, den Kindern zu helfen. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Veit.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Carola Veit SPD: – Regen Sie sich nicht so auf. Ich habe nur fünf Minuten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat ist ja heute richtig engagiert. Schade, dass er auf die Hauptkritikpunkte nicht eingeht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch* und *Christian Maaß*, beide GAL)

Ich frage mich, Herr Dr. Jäger, so wie Sie offensichtlich hinter dieser Aktion stehen, ob Sie für alle anderen 800 Hamburger Kitas auch prüfen wollen, ob die eventuell Voraussetzungen haben, dass sie eigentlich eine Lärmschutzwand bräuchten.

Der Punkt ist doch, dass Sie zwei Jahre lang im gesamten Stadtteil Marienthal nicht in der Lage waren, ein Grundstück oder ein Objekt zu finden für diese Kita. Sie hätten die Sache auch ganz anders lösen können für die Marienkäfer als jetzt über unser Gesetz oder das der GAL. Das ist nicht der Punkt, aber Sie haben sie gar nicht gelöst in den zwei Jahren und das ist schlecht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es mag sein, dass der Bauträger zufrieden ist mit der Lösung, wenn die Stadt die Mauer bezahlt. Das kann ich mir vorstellen. Natürlich gönnen wir der Kita von Herzen ihre neue Einrichtung, aber es geht uns darum, Lösungen zu finden, die solche Konflikte künftig möglichst vermeiden, Herr Senator. Sie kritisieren unsere Gesetzentwürfe und machen aber keine eigenen Vorschläge. Sie finden das alles normal und werden es beim nächsten Mal – hoffentlich nicht –, aber wahrscheinlich genauso machen oder wie sollen wir uns das vorstellen.

C

(*Christian Maaß GAL*: Das sind Einzelfälle!)

Mauern vor Kinder zu bauen, um die Menschen vor den Kindern zu schützen, ist unserer Meinung nach, Herr Böttcher, jedenfalls nicht verhältnismäßig und keine gute Abwägung. Sie sind die erste Regierung in Hamburg und der erste Senat, der in einem Neubaugebiet eine Kita auf dem Dach baut und der eine Lärmschutzwand um eine Kita zieht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Wortmeldung des Senats sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 16, Drs. 18/7142, Senatsmitteilung: Stellungnahme zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2006 "Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg".

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 13. Dezember 2006
"Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg"
– Drucksache 18/5462 –
– Drs. 18/7142 –]**

D

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Meyer-Kainer hat es.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wir alle wollen die Wachsende Stadt. Wir wollen aber zugleich auch eine Stadt, die lebenswert ist und in der alle Menschen eingebunden werden, auch diejenigen, die nicht in unmittelbarer Form vom Aufschwung profitieren.

Daher hat meine Fraktion gemeinsam mit dem Senat die Initiative "Lebenswerte Stadt Hamburg" auf den Weg gebracht, ein bundesweit einmaliges Projekt, das bis 2011 fast 100 Millionen Euro für Maßnahmen sowohl in sozial benachteiligten Stadtteilen, als auch im ganzen Stadtgebiet vorsieht.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Rahmen senken wir die Klassenfrequenzen der Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen seit August dieses Jahres auf 18 Schüler ab. Wir stellen zusätzlich Erzieher für Ganztagschulen zur Verfügung. Kinder mit einem erheblichen Sprachförderbedarf können die Vorschule seit August gebührenfrei besuchen. Wir passen die Ressourcen dem Bedarf für die Kinderbetreuung an. Mehr Kinder, mehr Geld, lautet die Devise. Unser Kita-Gutscheinsystem hat sich so gut bewährt, dass

- A immer mehr Kinder betreut werden. Das sind in Tageseinrichtungen mittlerweile rund 56.000 Kinder und die Tendenz steigt. Dem tragen wir Rechnung und sichern die Mehrbedarfe auch finanziell ab.

Ziel sämtlicher Maßnahmen in diesem Kontext ist es,

(*Christiane Blömeke GAL: Das Thema ist Spielhäuser!*)

Familien noch besser zu fördern sowie die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Hierzu gehört auch der Ausbau niedrigschwelliger Angebote. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die 22 Nachbarschaftszentren, die in den Stadtteilen entstehen, und auf ein neues Konzept für die 39 bezirklichen Spielhäuser verweisen, über die wir heute näher diskutieren wollen.

Lassen Sie mich betonen, dass es sich hierbei um einen Baustein der Initiative "Lebenswerte Stadt" handelt. Vorgesehen ist eine ganz erhebliche Unterstützung, nämlich jeweils 780.000 Euro in den Jahren 2007 und 2008 zur Finanzierung von Honoraren und Sachmitteln für den verbindlichen Vormittagsbetrieb von 9.00 bis 12.30 Uhr in den Spielhäusern.

An vielen Standorten, beispielsweise Harburg oder Nord, war der Vormittagsbetrieb stark eingeschränkt und fand zum Teil gar nicht mehr statt. Gerade vormittags kommen aber auch viele Kinder mit Eltern, sodass auch hier ein Kontaktnetzwerk für junge Eltern entsteht.

Die Spielhäuser leisten wichtige Bildungs- und Integrationsaufgaben. Wir werden auch solche Familien erreichen, die keinen Kita-Platz in Anspruch nehmen. Das sind beispielsweise Kinder in den Altersgruppen von null bis drei Jahren und vielfach auch Eltern mit einem Migrationshintergrund. Ich begrüße daher ausdrücklich die Unterstützung für die Spielhäuser. Aus der vorliegenden Senatsmitteilung können wir entnehmen, dass die Mittel bereits zu 93 Prozent abgerufen wurden.

B

Ich persönlich finde es auch sehr gut, dass die Gelder, die wir den Spielhäusern zur Verfügung stellen, an ein qualitatives Konzept gebunden sind. So sollen die Spielhäuser noch stärker die Eltern mit einbinden. Zudem sollen an jedem Standort mindestens drei Konzeptschwerpunkte verwirklicht werden, beispielsweise die Förderung von sozialen Kompetenzen, Sprachförderung oder auch die Leseförderung.

Wir alle wissen, dass ein niedrigschwelliges Angebot in den Stadtteilen wichtig ist, um auch dort die Menschen zu erreichen. Daher ist es entscheidend, dieses Angebot inhaltlich zu gestalten, wie wir das im Übrigen im Kita-Bereich getan haben, beispielsweise mit den Bildungsempfehlungen.

Wenn es uns allen gelingt, vor Ort Kitas, Schulen und niedrigschwellige Angebote noch enger zu vernetzen, haben wir ganz viel erreicht. Sie sehen also, wir reden nicht nur, sondern wir setzen auch um.

Die Initiative "Lebenswerte Stadt" wird nach und nach mit Leben gefüllt. Was vor einem Jahr noch auf dem Papier stand, ist nun bereits in vielen Bereichen qualitativ aufgegriffen worden. Wir ernten nicht zuletzt die Früchte unserer erfolgreichen Politik, sondern wir setzen sie auch in ein soziales Hamburg um.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

C

Carola Veit SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die chinesischen Philosophen haben derzeit Konjunktur, wobei die verschiedenen Senatsmitglieder sie dann auf den Pressekonferenzen auch gern einmal durcheinanderwerfen. Ich zitiere einmal:

"Es ist besser, ein kleines Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu jammern."

Das hat auch ein kluger alter Chinese gesagt.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Sind Sie denn ein kleines Licht?*)

– Ich habe grundsätzlich nichts gegen ein kleines Licht, Herr Harlinghausen, aber die Menschen und besonders die Eltern und Familien dieser Stadt warten darauf, dass endlich die großen drängenden Probleme angepackt werden und dass bei Kinderarmut, bei teilweise verschlechterten Bedingungen in den Kindertagesstätten, bei etlichen katastrophalen Ergebnissen in der Schulpolitik sowie bei stetig wachsender Jugendgewalt nicht kleine Lichter, sondern Scheinwerfer angehen, um bildlich zu bleiben. Und hierauf warten die Eltern und Familien bei Ihnen und Ihrer Politik vergeblich.

(Beifall bei der SPD)

Wer den Hamburgerinnen und Hamburgern und insbesondere Familien neben Steuern, Gebühren und Abgaben immer neue Lasten auferlegt, der muss auch etwas bieten. Aber die 725.775 Euro aus dieser Drucksache sind wahrlich kein bedeutender Ansatz, der zu feiern wäre. Ich vermute, die Lärmschutzwand ist nicht wesentlich günstiger.

D

Verstehen Sie mich nicht falsch. Selbstverständlich sind wir dafür, dass diese angesichts der gravierenden Probleme in diesem Bereich sehr kleine Maßnahme bei den Spielhäusern in Angriff genommen wird, weil das ein klitzekleines bisschen hilft. Aber es bleibt nur ein kleines Licht.

Ein Punkt liegt mir zu diesem Thema noch am Herzen. Wenn man Presseverlautbarungen glauben darf, dann hat der Bürgermeister im Rahmen seiner Feierstunde zur angeblichen Sanierung des Haushalts unter anderem ausgeführt, dass für ein solches Ziel, also die Haushaltskonsolidierung, die Bürger schon schmerzhaftes Opfer bringen müssten. Als Beispiel hat er das Büchergeld, also die von der CDU verfügte Aufhebung der Lernmittelfreiheit angeführt. Abgesehen davon, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass es eigentlich lächerlich ist, erst das von Generationen tüchtiger Hamburgerinnen und Hamburgern zusammengetragene Staatsvermögen zu verschern, um dann erstaunt festzustellen, dass man etwas im Portemonnaie hat.

(*Jörn Frommann CDU: Thema Spielhäuser!*)

Aber wenn Herr von Beust, der unter anderem die Verantwortung für ein 300 Millionen Euro Grab namens U 4, für eine teure Umgestaltung des Jungfernstiegs, der jetzt schon wieder aufgerissen wird, für das zum Glück verworfene Protzobjekt auf dem Domplatz und für jede Menge Schickimicki hier und dort zu übernehmen hat, also wenn ausgerechnet dieser Bürgermeister den Hamburger Müttern und Vätern sagt: "Schade, aber künftig müsst ihr für die Vorschule eurer Kinder zahlen, für die

- A Schülerinnen und Schüler tief in die Tasche greifen und studieren können eure Kinder auch nicht mehr so ohne Weiteres",

(Lars Dietrich CDU: Zu welchem Thema reden Sie eigentlich?)

dann war das mindestens geschmacklos, wenn nicht zynisch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Meyer-Kainer, ich lasse erst einmal Ihre Lobdudeleien auf die lebenswerte Stadt weg und beschäftige mich mit dem eigentlichen Thema. Und das sind die Spielhäuser.

Die Drucksache und Ihr Vorhaben sind aus unserer Sicht in zweierlei Hinsicht kritikwürdig, und zwar erstens hinsichtlich der finanziellen Ausstattung, vor allem mit Blick auf das neue Aufgabenspektrum der Spielhäuser, sowie zweitens im Hinblick auf die Ausweitung des Aufgabenspektrums als solches.

Ich fange mal mit dem Aufgabenspektrum an. Was ist überhaupt ein Spielhaus? Ich will Ihnen das noch einmal kurz zitieren, was die Spielhäuser selbst von sich sagen.

(Lars Dietrich CDU: Das brauchen Sie nicht, das wissen wir selbst!)

- B "Ein Spielhaus ist eine auf einem Spielplatz gelegene pädagogisch geleitete Freizeitbegegnungsstätte für Kinder und Jugendliche im Alter von drei bis 14 Jahren. Es ist ein idealer Treffpunkt zum kommunikativen Austausch. Die Freizeit der Kinder wird pädagogisch begleitet. Spielhäuser sind Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Der Besuch dieser Einrichtung ist freiwillig und kostenlos."

(Lars Dietrich CDU: Niedrig schwelliges Angebot!)

Nicht mehr, aber keinesfalls auch nicht weniger ist ein solches Spielhaus. Hiermit wird eigentlich die Funktion der Spielhäuser bereits klar definiert und vor allen Dingen werden ihre Grenzen deutlich. Spielhäuser – und das betone ich ganz deutlich – sind ein wichtiger Bestandteil der offenen Kinder- und Jugendarbeit und verdienen als solche bereits eine optimale Förderung. Aber, Frau Meyer-Kainer, die Spielhäuser können einfach kein Ersatz für den Besuch einer Kita sein.

Genau hier liegt der Kritikpunkt an dem Senat. Der Senat hat nämlich den Spielhäusern eine Aufgabe aufgedrückt, die diese mit ihrer eigentlichen Bestimmung gar nicht erfüllen können und auch nicht erfüllen sollen. Eine pädagogisch geleitete Freizeitstätte kann nicht zum Ersatz einer Kita werden.

Die 39 in Hamburg vorhandenen Spielhäuser sollen jetzt ganzjährig in der Zeit von 9.00 bis 12.30 Uhr Vormittagsöffnungszeiten sicherstellen. Unser Wunsch ist aber, dass die Kinder genau in der Zeit in eine Kita oder in eine andere vorschulische Bildungseinrichtung gehen. Unser politisches Anliegen muss doch sein, möglichst viele Kinder und vor allem auch Kinder von bildungsfernen

Schichten in die Kita hineinzuholen, damit sie dort optimal gefördert werden.

Vielleicht für alle noch einmal zur Erinnerung: Um diesen hohen Anforderungen einer Kita gerecht zu werden, haben wir im Parlament die verbindlichen Bildungspläne für die Kitas mühsam verabschiedet und zunächst auch viel daran kritisiert. Wir streiten zwar, sind uns aber eigentlich über eine Ausbildungs-offensive, die für Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschule-niveau aufgehoben werden soll, einig.

Kitas haben eine verbindliche Sprachförderung zu leisten und wir arbeiten gemeinsam an dem Übergang Kita-Schule. Für Spielhäuser gelten alle diese Anforderungen nicht. Das heißt keineswegs, dass sie schlechter arbeiten, aber ihr Arbeitsauftrag ist ein komplett anderer und nicht mit der Kita zu vergleichen.

(Lars Dietrich CDU: Ja, das wissen wir!)

Genau darum sollte es auch hier nicht zu einer Vermischung kommen. Frau Meyer-Kainer, anstatt parallel zur Betreuung der Kita und Familienzentren oder Eltern-Kind-Zentren, wie Sie sie nennen, die wir auch noch haben, noch zusätzlich ein Betreuungsangebot für Drei- bis Sechsjährige zu schaffen, sollte sich der Senat lieber darauf konzentrieren, dass alle Kinder frühzeitig und unabhängig von der Lebenslage ihrer Eltern eine Kita besuchen können sowie vor allem auch Kinder unter drei Jahren ein Anrecht auf einen Kita-Platz haben.

(Lars Dietrich CDU: Da wurde ja schon was gemacht!)

– Aber das kommt doch nicht, Herr Dietrich. Das grenzen Sie immer noch aus.

Anstatt Eltern mit kostenlosen Betreuungsangeboten in Spielhäusern zu reizen – der Eintritt der Spielhäuser ist kostenfrei – muss es doch darum gehen, dass wir kostenfreie Bildungsangebote in dem Jahr vor der Schule schaffen, dass wir den Beitrag für die Mindestbeitrag-zahler streichen und dass wir für einkommensschwache Familien den Beitrag senken.

Meine Fraktion und ich sind der Ansicht, dass der Senat sich hier aus seiner Verantwortung stiehlt und versucht, möglichst kostengünstig die Löcher seiner verfehlten Kita-Politik zu stopfen.

Und hiermit komme ich zu meinem zweiten Punkt. Schauen wir uns doch einmal die Zuwendungen an, die die Spielhäuser erhalten. Rund 730.000 Euro sollen im Konzept "Lebenswerte Stadt" für den Ausbau der Vormittagsbetreuung in der Kita zur Verfügung stehen. Bei 39 Spielhäusern sind das pro Spielhaus etwa 18.000 Euro. Wissen Sie, was hierbei täglich herauskommt? Es kommt die ironische – ich will sie mal nennen – große Summe von 51 Euro heraus. Was glauben Sie denn, Frau Meyer-Kainer – Frau Senatorin Schnieber-Jastram ist nicht mehr anwesend –, wie weit ein Spielhaus mit diesem Betrag kommen kann, um diesen Bildungsauftrag und den Betreuungsauftrag zu erfüllen, den Sie jetzt den Spielhäusern zuschustern?

(Lars Dietrich CDU: 51 Euro mehr als Sie je finanziert haben!)

Das ist einfach unehrlich sowie unseriös und der Arbeit der Spielhäuser nicht würdig.

C

D

A (Beifall bei der GAL – *Lars Dietrich CDU*: Sie haben nichts für die Spielhäuser gemacht!)

– Herr Dietrich, wie wäre es, wenn Sie sich melden würden. Dann haben Sie hinterher noch die Möglichkeit, zu reden.

Aber es ist typisch für diesen Senat und auch für Herrn Dietrich, dass er sich hier nur echauffiert, anstatt hinter das Pult zu kommen und dann seinen Kommentar abgibt, damit wir in die Debatte treten können.

Es ist typisch für diesen Senat, dass er sich in der Kita-Politik nicht an einem roten Faden orientiert,

(*Lars Dietrich CDU*: Peinlich!)

sondern lieber Klein-klein-Konzepte in Angriff nimmt, die natürlich in die Hose gehen müssen, weil er hierfür nur Spielgeld anstatt reelle Summen vergibt, die dringend benötigt werden.

Es fehlt der große Wurf, der rote Faden und das Ganzheitliche, was Frau Veit bereits ausgeführt hat. Aus der Sicht der GAL will ich Ihnen gern noch einmal auf die Sprünge helfen, Herr Dietrich, was für uns dazu gehört.

(*Lars Dietrich CDU*: Brauchen Sie nicht, Sie erzählen nur die Sachen, die offensichtlich sind!)

– Ich erzähle das gern jedes Mal wieder, weil nichts von dem passiert, was wir umsetzen wollen.

Wir wollen den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr, der Ausbau von Ganztagesplätzen für Drei- bis Sechsjährige, das kostenlose Bildungsjahr "Fünf Plus" im Jahr vor der Schule, keine Gebühren für Mindestbeitragszahler, die Rücknahme der Mittagessenpauschale, niedrige Gebühren für einkommensschwache Familien und der Ausbau von weiteren Eltern-Kind-Zentren als niedrigschwelliges Angebot. Das haben wir und haben Sie gerade angefangen. Jetzt kommen Sie wieder mit den Spielhäusern.

B

Aber ich möchte ganz deutlich zum Ausdruck bringen: Wenn Sie die Spielhäuser als Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit fördern wollen, dann bin ich die letzte, die sich gegen eine Finanzspritze von 18.000 Euro pro Spielhaus wehrt,

(*Lars Dietrich CDU*: Ach, jetzt auf einmal!)

aber, Herr Dietrich, nicht geknüpft an die Bedingung, dass Sie plötzlich alle diejenigen Kinder vormittags in die Spielhäuser holen wollen, denen Sie den Zugang zur Kita verwehren.

Abschließend möchte ich noch eine kleine Anekdote erzählen. Ich hatte vor Kurzem ein Gespräch mit Vertretern der Spielhäuser. Das waren eine ganze Menge und dann musste ich erfahren, dass sie überhaupt nicht in die Planungen mit einbezogen waren. Wissen Sie, woher die Vertreter der Spielhäuser von diesem Konzept erfahren haben? Aus den Medien, aus den Zeitungen und aus dem Fernsehen. Zuerst dachten sie, dass es ein Witz wäre, weil sie nicht glauben konnten, dass sie einen solchen Auftrag erfüllen sollen, ohne dass weder der Senat noch die CDU-Fraktion mit ihnen darüber gesprochen haben. Aber es war kein Witz, denn das Konzept ist ihnen dann schriftlich zugegangen.

So ist Ihre Politik. Gemeinsame Gespräche gab es nicht, sondern vielmehr diktierte Maßnahmen von oben. Aber ich erzähle Ihnen auch wenig Neues. Wir brauchen nur

an die Schulpolitik zu denken – ich sehe, dass wenigstens Frau Dinges-Dierig noch anwesend ist –, in der auch ganz viel von oben diktiert wird und die letzten, die es erfahren, sind diejenigen in der Schule.

C

Genauso hat das Frau Schnieber-Jastram gemacht. Das Leiden teilt sie mit ihrer Schulsenatorin. Ich bin der Meinung, dass hier nicht nur vom Verfahren her etwas falsch gelaufen ist, sondern auch seitens der Verantwortung des Senats.

(Zuruf von Lars Dietrich CDU)

Ich merke an Ihrer Reaktion, Herr Dietrich, dass ich doch irgendwie den Nerv bei Ihnen getroffen habe, weil Sie nämlich die Schwachstelle in Ihrer Politik nicht wegre-den können.

((*Lars Dietrich CDU*: Da klagt nur Ihr linkes Netzwerk! – Beifall bei der GAL und der SPD))

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich war etwas darüber erstaunt, dass der Kollege Frommann nicht auch noch ans Pult kommt, denn eigentlich wollte er auch noch das verteidigen, was uns der Senat als dünnen Bericht vorgelegt hat. Wir haben etwas mehr erwartet, wenn wir diesen großspurigen Titel "Bericht an die Bürgerschaft über das Konzept Lebenswerte Stadt" lesen. Aber, Herr Frommann, Sie haben wahrscheinlich recht, dass Sie über den uns vorgelegten Bericht lieber schweigen, anstatt noch weniger als die Vorrednerin aus Ihrer Fraktion zu sagen.

D

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vor einem Jahr mit großen Worten die Initiative "Lebenswerte Stadt" gestartet, nachdem Sie jahrelang nur zugesehen haben, wie in Hamburg die soziale Spaltung zugenommen hat und vor allen Dingen, wie Sie auch durch Ihre Politik immer stärker geworden ist.

Dann kamen Sie mit einer Initiative, die seinerzeit bereits zu kurz gesprungen war. 13 Stadtteile haben Sie ursprünglich in Hamburg erkannt, die Hilfe benötigen. Das sind die Stadtteile, in denen jeder fünfte Hamburger wohnt. Sie haben aber dann gerade mal für sechs Stadtteile, die noch nicht einmal deckungsgleich mit den 13 genannten sind, eine Initiative "Lebenswerte Stadt" gestartet. Das alles war seinerzeit schon zu wenig und was wir jetzt lesen, ist noch viel peinlicher.

Von Ihrem uns vorgelegten 100 Millionen Euro-Programm belegen Sie nur 725.000 Euro. Das ist nicht einmal 1 Prozent von 100 Millionen Euro, die Sie doch angeblich in die lebenswerte Stadt Hamburg investieren wollten.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf* und *Dr. Andreas Dressel*, beide SPD)

Und noch viel schlimmer ist, dass Sie uns in Ihrer Drucksache nur belegen, dass die Mittel an die Bezirksämter ausgekehrt sind. Aber Sie belegen an keiner einzigen Stelle, was mit dem Geld konkret veranlasst wird. Das heißt, Sie haben Geld ausgezahlt, aber passiert ist nichts.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven* GAL)

Insofern bekommt das in Ihrem Antrag vom letzten Jahr formulierte Wort von der langfristig angelegten Entwick-

- A lungsstrategie eine vollkommen andere Wendung. Langfristig und langsam, das sind Sie, aber nicht zeitgerecht. Wir haben keine Zeit mehr. Wir müssen in den Stadtteilen etwas unternehmen und dürfen die Menschen dort nicht länger warten lassen.

Ein wesentliches Problem ist, dass Sie offenbar die Initiative "Lebenswerte Stadt" mehr als PR-Aktion verstehen. Was Sie konkretisieren konnten – meine Kollegin Frau Veit und ich hatten eine Anfrage gestellt – waren immerhin 280.000 Euro. Das ist schlapp ein Drittel dessen, was Sie uns heute vorlegen. 280.000 Euro konnten Sie für eine PR-Kampagne konkretisieren, die das Ganze begleitet.

Ich glaube, Sie sind auf einem falschen Weg. Es geht nicht darum, PR zu machen und den Leuten vorzugaukeln, dass Sie etwas unternehmen, sondern es geht darum, dass Sie tatsächlich etwas in dieser Stadt tun und den Leuten helfen, die Hilfe benötigen.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven und Martina Gregersen, beide GAL – Rolf Harlinghausen CDU*: Vom Vorgaukeln verstehen Sie eine ganze Menge!)

So ist dann auch der Einsatz Ihrer Staatsräte als Paten in den sechs Stadtteilen zu verstehen. An sich ist das eine gute Idee, die ursprünglich auch von der SPD gewesen ist, aber Sie machen daraus nichts. Wir haben nachgefragt, was Ihre Staatsräte als Paten für sechs Stadtteile unternehmen? Wir haben sicherlich hohe Erwartungen, dass sie auch etwas für die Stadtteile bewegen. Aber die Nachfrage hat kein einziges konkretes Projekt aufgezeigt, das die sechs Staatsräte in den sechs Stadtteilen vorangebracht haben, weil sie gar nicht in der Lage sind, Konkretes auszuführen. Insofern passt dann auch, wenn als Qualifikationskriterium, um als Staatsrat Pate für einen Stadtteil zu werden, es vollkommen ausreicht, dass man Vorsitzender der Jungen Union und der CDU in Bramfeld gewesen ist. Das hilft Steilshoop aber wirklich nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich den Titel dieser Drucksache gelesen habe, war ich auch der Meinung, dass wir jetzt den Bericht über das 100 Millionen Euro-Programm erhalten. Als ich dann das dünne Papierchen in die Hand genommen hatte, war mein erster Gedanke, dass das nicht ganz stimmen kann. Aber es war tatsächlich – Herr Quast hat das bereits ausgeführt – der Bericht über 0,75 Prozent dieses 100 Millionen Euro-Programms, das Sie letztes Jahr angekündigt und beschlossen hatten. Das ist ein ganz winziger Ausschnitt.

Tatsächlich ist es auch nicht einmal ein wirklicher Bericht über die Umsetzung dieses 100 Millionen Euro-Programms, sondern es ist eigentlich nur ein Bericht darüber, wie das Konzept disponiert worden ist. Es wird über Ziele und Zielgruppen gesprochen und es wird berichtet, wie viel Geld den Bezirksämtern zur Verfügung gestellt worden ist. Und von den zur Verfügung gestellten Mitteln haben die Bezirksämter 93 Prozent abgerufen.

- Aber was ist davon in den Spielhäusern angekommen? Was haben Sie mit den Mitteln gemacht? C

Die Vormittagsöffnungszeiten sind angesprochen worden. Hierüber steht kein Satz in dem Bericht. Wie viele Vormittagsöffnungszeiten haben wir denn jetzt mehr? Wie viele Kinder mehr sind in den Spielhäusern angekommen oder werden dort betreut? Kein Satz ist hierüber geschrieben worden. Es ist also in Wirklichkeit kein Bericht. Es ist auch kein Bericht darüber, was mit den Millionen Euro für die Schulen, beispielsweise für die Verkleinerung der Klassen, passiert ist. Es sind zwar die ersten Klassen verkleinert worden, aber bei den zweiten, dritten und vierten Klassen ist nichts passiert. Es ist auch kein Bericht darüber, was mit den 10 Millionen Euro passiert ist, die Sie für die sechs Stadtteile zur Verfügung gestellt haben.

Im Übrigen möchte ich bemerken, dass es 67 Schulen sind, in denen die Klassen verkleinert werden sollen, und diese Schulen liegen in 32 Stadtteilen. Aber nur sechs Stadtteile werden in Schwerpunktmaßnahmen von der Initiative "Lebenswerte Stadt" gefördert. Von den 10 Millionen Euro, die für diese sechs Stadtteile zur Verfügung gestellt worden sind, sind jetzt tatsächlich 15 Prozent der Mittel disponiert. Das war neulich in einem Newsletter zu lesen.

Aber von diesen 15 Prozent sind ein Drittel – das sind 5 Prozent – für externe Gutachter ausgegeben worden. Das haben sie als erstes durchgeführt. Sie haben eine Marketing-Kampagne in Gang gesetzt. Sie haben sich externe Management-Unterstützung besorgt und Sie haben ein Controlling-Verfahren aufgesetzt, weil das Amt, das hierfür in den letzten Jahren viel zu stark zusammengespart worden ist, das nicht mehr schafft. Das ist kein Bericht über die Initiative "Lebenswerte Stadt", sondern das ist ein Satz mit "x". Das war nix. D

Aber wir werden die Debatte über den Stand der lebenswerten Stadt weiterführen. Wir haben hierzu eine Große Anfrage eingebracht. Die Ergebnisse werden demnächst vorliegen und dann werden wir hoffentlich die Gelegenheit haben, einen etwas mehr ausgedehnten und fundierten Aufriss der Sache vorzubringen, als das, was Sie jetzt abgeliefert haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Ein Satz mit 'x', das war wohl nix", gilt auch für Herrn Lieven. Wenn Sie sich ein wenig um das Thema gekümmert hätten, wären Sie genau über Ihre Schriftlichen Kleinen Anfragen oder die Ihrer Kollegen zum Thema Erzieherstellen gefallen. Sie wären über die Anfragen zu den Ausgaben der bereits differenziert frei gegebenen Mittel gekommen und hätten daran festgestellt, dass es weitaus mehr ist, als Sie hier vorgeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich verweise auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen aus den Drucksachen 18/6607 und 18/6558, jeweils aus Juli dieses Jahres. Wenn Sie erst ab Oktober Ihre Unterlagen anschauen, kann das nicht das Problem des Senats und dieser Stadt sein.

- A Das Problem des Senats und dieser Stadt sind die Hinterlassenschaften.

(Zurufe der SPD: Oh, oh! Nein!)

– Klar, es wiederholt sich fortwährend, man geht gleich wieder an die Decke.

Wir diskutieren seit vielen Jahren – ich will nicht sagen seit Jahrzehnten – über die Vernachlässigung von Stadtteilen. Dann kommen immer wieder ein paar Claqueure aus der rotgrünen Fraktion

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sechs Jahre regieren Sie schon!)

und behaupten, dass mit Regierungsübernahme der CDU das Böse über die Stadt gekommen sei. Das Böse für Sie, das kann ich mir gut vorstellen, aber für die Bürgerinnen und Bürger ist es ein voller Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Was hören wir aus den Stadtteilen? Leider ist Ihr Kollege, der einem sozial schwächeren Stadtteil angehört, heute nicht anwesend. Er wohnt nämlich mit mir zusammen in Wilhelmsburg. Die Stimmung dort ist eine andere. Und das fängt bei kleinen Maßnahmen an, beispielsweise bei den Spielhäusern. Ich vermag inhaltlich vielleicht nicht mit jedem Spielhaus d'accord gehen, aber ich bin der Meinung, dass das genau die richtige Maßnahme ist, die bei den Bürgern vor Ort ankommt.

Es gibt Spielhäuser in Hamburg,

(Doris Mandel SPD: Die gibt es schon seit 30 Jahren!)

- B die es ohne diese Unterstützung und Sonderförderung nicht mehr gegeben hätte.

Frau Blömeke, eines müssen Sie auch anerkennen. Nur mit Kitas oder Ähnlichem erreichen wir nicht alle Eltern und ihre Kinder. Wir benötigen dafür auch spezialisierte Angebote. Und das haben wir geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Hinterlassenschaft waren Spielhäuser ohne Konzepte, in Teilen ohne Verstand und vor allen Dingen ohne bildungspolitische Maßstäbe, um wirklich Eltern und Kinder heranzuziehen und sie in eine positive Zukunft zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Projekt "Lebenswerte Stadt Hamburg" werden diese Stadtteile gezielt stabilisiert und Schwächen ausgeglichen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach!)

Ich bin natürlich froh, wenn es uns gelingt, weitere Stadtteile an das Projekt anzudocken und vielleicht auch andere Stadtteile aus den 13 von Ihnen zitierten Bereichen mit auf die Liste zu nehmen. Man muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass die Gießkannenpolitik ehemals rotgrüner, aber insbesondere roter Zeiten, endgültig vorbei ist. Sie haben 20.000 D-Mark genommen und mal eben 1.000 D-Mark in Neugraben verteilt,

(Jürgen Schmidt SPD: Und was ist mit dem Tronc?)

1.000 D-Mark in Wilhelmsburg und 1.000 D-Mark in Volksdorf. Das ist keine ehrliche, sondern eine Beruhi-

gungspolitik gewesen! Damit konnten und können wir nicht leben, denn damit haben Sie den Bürgern nicht geholfen und damit haben sie keine Perspektive gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Uns geht es mit den Maßnahmen und den Projekten um die Unterstützung von Haushalten vor der Familiengründung, über die stärkere Einbindung der Schulen und Kitas in die Prozesse der Integration von Ausländern, der Förderung der Sprachkompetenz, eine Erhöhung der Erfolgsquote bei Schulabschlüssen bis hin zur Reduzierung der Abwanderung und Förderung des Zuzugs von sozial stabilen Familien.

Gerade in den Punkten, was die Abschlüsse angeht, kann ich für meinen Stadtteil einmal ganz klar feststellen, dass wir Ende der Neunzigerjahre, als Rotgrün noch regierte, noch rund 30 Prozent ohne Schulabschluss hatten. Zwischenzeitlich, sogar vor zwei Jahren – das hat auch eine Schriftliche Kleine Anfrage nachdrücklich erwiesen –, waren es nur noch knapp 20 Prozent. Das sind Erfolge, die dem Bürger und vor allen Dingen den Kindern helfen. Daran sieht man, dass Hamburg in guten Händen ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frommann, ich wollte ursprünglich mit meinem Redebeitrag warten, bis Sie gesprochen haben, dann hätte ich das alles gleich mit unterbringen können.

Ich frage mich, Herr Frommann, wenn es denn so ist, dass die Stadt diese Probleme seit vielen Jahren hat, warum haben Sie denn, als Sie 2001/2002 den Senat gestellt haben, erst einmal angefangen, die Mittel in der sozialen Stadtteilentwicklung um ein Drittel zu kürzen, und bei der Sanierung waren es zwei Drittel. Warum haben Sie das gemacht, wenn die Probleme so dringlich gewesen sind.

(Lydia Fischer CDU: Haben Sie schon mal was von Haushaltskonsolidierung gehört?)

Damit haben Sie die Probleme verschärft.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Herr Frommann, wir beklagen uns doch nicht darüber, wenn Sie etwas tun. Es ist in Ordnung, dass Sie für die Spielhäuser etwas unternehmen wollen. Wenn aber die Hinterlassenschaft aus rotgrüner oder SPD-Zeit so schlecht gewesen ist, frage ich mich nur, warum Sie fünf Jahre gewartet haben, bis Sie endlich gehandelt haben, Herr Frommann. Und konkret ist bisher immer noch nichts passiert. Das werfe ich Ihnen vor.

Abschließend, Herr Frommann, möchte ich Ihnen sagen, dass ich es schon als Hohn empfinde, wenn Sie davon sprechen, dass die Zeit der Gießkannenpolitik vorbei sei. Das ist Hohn, wenn der Senat selbst 13 Stadtteile benennt, in denen jeder fünfte Hamburger wohnt und in denen es Probleme gibt, und Sie sich dann konkret um sechs, zum Teil ganz andere Stadtteile kümmern.

(Beifall bei der SPD)

- A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 49 der Tagesordnung, Drs. 18/7243, Antrag der SPD-Fraktion: Schutz vor Stalkern verbessern – Regelungslücken schließen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Schutz vor Stalkern verbessern
– Regelungslücken schließen
– Drs. 18/7243 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort?
– Frau Mandel, bitte.

Doris Mandel SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hartnäckige Verfolgung und Belästigung, Telefonterror, permanentes Auflauern vor den Wohnungen oder vor dem Arbeitsplatz sind Phänomene, die wir vor 20 Jahren noch nicht mit einem Begriff belegen konnten. Heute nennen wir diese Straftat Stalking und dieser Begriff ist – dank des Bundesgesetzgebers – inzwischen in der Strafgesetzgebung als Straftatbestand verankert worden.

In der Öffentlichkeit ist es nach wie vor nicht im Bewusstsein vorhanden, welche Ausmaße diese Art von Straftaten inzwischen angenommen haben und wie viele es davon gibt. Erst am 9. Oktober wurde in Hamburg eine junge Frau von einem Stalker lebensgefährlich verletzt. Der Stalker war der Polizei bekannt. Die junge Frau hatte vor dem Angriff auf sie alles bis jetzt rechtlich Mögliche veranlasst und unternommen, um den Stalker von sich fernzuhalten. Leider war das vergebens.

B

Mit dem am 31. März 2007 in Kraft getretenen Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen – so heißt dieses Gesetz – werden die Opfer jetzt strafrechtlich besser geschützt. Der Bundesgesetzgeber hat mit diesem Gesetz bis dahin bestehende Regelungs- und Gesetzeslücken, Strafbarkeitslücken geschlossen. Die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU haben am 19. September im Bundestag gemeinsam einen Antrag beschlossen, in dem es um eine umfassende Gesamtkonzeption geht. Es wurde festgestellt, dass es einen dringenden Bedarf für eine solche Gesamtkonzeption gibt, um Gewalt gegen Frauen besser und wirkungsvoller bekämpfen zu können.

Leider können wir für Hamburg kein Konzept erkennen und wenn es eines gäbe, dann müsste es so große Lücken haben, dass wir es nicht sehen können.

Die beiden Bundestagsfraktionen fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung unter anderem dazu auf, Herr Innensenator, bei den Ländern darauf hinzuwirken, dass der am 31. März 2007 in Kraft getretene Straftatbestand der beharrlichen Nachstellung in der Praxis angewandt wird. Die Bundesregierung soll die Länder dazu anregen, bei Polizei und Staatsanwaltschaften darauf hinzuwirken, dass Sonderzuständigkeiten eingerichtet werden. Nun wissen wir, dass wir in Hamburg mit unserer Polizei sehr gut aufgestellt sind. Wir haben inzwischen Fachkompetenz, die wir unbedingt nutzen und fachgerecht einsetzen sollten. Dazu bedarf es – das geht aus unserem Antrag hervor – einer Änderung des Polizeigesetzes, des SOG. Das möchten wir mit unserem Antrag bewirken. Wir wissen uns in einer großen Koalition mit den Bundestags-

fraktionen beider großen Parteien einig. Wir bitten Sie inständig, unseren Antrag an den Innenausschuss zu überweisen, damit wir den Opfern von Stalking möglichst kurzfristig helfen können, sie geschützt sind und eine Wegweisung aufgrund dieses Straftatbestandes von der Polizei sofort verhängt, verordnet und überwacht werden kann. Dazu bedarf es aber der Änderung des SOG.

Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit uns und der GAL gemeinsam dafür zu stimmen, dass wir diesen Antrag an den Innenausschuss überweisen und damit die Gesetzesänderung des SOG auf den Weg bringen. Die Opfer haben es verdient, dass wir versuchen, sie so weit wie es irgend geht und bestmöglich zu schützen. Dafür brauchen wir die Änderung des SOG. Ich bitte um Ihre Zustimmung zur Überweisung dieses Antrags. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Mandel, ich glaube, in der Sache sind wir uns einig, dass wir die Opfer schützen wollen. Aber das, was Sie hier gemacht haben, war Aktionismus und Blendwerk pur und das kann ich nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine Regelungslücke. Sie führen den Fall vom 9. Oktober an, als eine junge Frau von einem Stalker überfallen worden ist. Hätten wir die Ingewahrsamnahme, wie Sie sie sich vorstellen, dann hätte das gar nichts gebracht.

(Doris Mandel SPD: Das Näherungsverbot!)

– Das gibt es schon.

Frau Mandel, ich habe als Anwältin gerade gestern einen Fall bekommen. Heute haben wir die Wohnungswegweisung und das Näherungsverbot. Das ist alles nicht das Problem. Sie wollen eine Ingewahrsamnahme. Das hätte in dem Fall, den Sie hier ansprechen, gar nichts genützt, denn der Mann war noch nie gewalttätig geworden. Er hat die Frau seit drei Jahren belästigt, aber mehr nicht.

(Zuruf von Doris Mandel SPD)

– Frau Mandel, Sie müssen mir zuhören. Es hätte Ihnen nichts genützt. Einen Haftbefehl hätte kein Richter unterschrieben. Es gab keinen Haftgrund.

(Doris Mandel SPD: Aber natürlich, weil Stalking ein Straftatbestand ist!)

Insoweit geht das, was Sie hier fordern, völlig fehl. Sie betreiben Aktionismus, schieben Opferschutz vor und praktizieren stattdessen Selbstdarstellung, mehr ist es nicht. Das geschieht zulasten der Opfer und das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Doris Mandel SPD: Das ist nun wirklich Opferverhöhnung, Frau Spethmann!)

Frau Mandel, hier gilt dasselbe, was bereits gestern gesagt wurde: Kümmern Sie sich eher um Ihre Bundespolitiker. Im Jahre 2005 hat die CDU in Hamburg eine Initiative gestartet. Alle CDU-regierten Bundesländer haben gewollt, dass Stalking bestraft werden soll. Durch

C

D

- A die lange Blockadehaltung Ihrer Bundesjustizministerin ist es erst im März 2007 dazu gekommen, dass dieser Straftatbestand eingeführt worden ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Vor diesem Hintergrund zu behaupten, hier würde nichts gemacht werden, kann nicht richtig sein. Dann bitte ich Ihre Bundespolitiker aktiv zu werden, dass sie in diesen Fällen etwas machen. Aber in Hamburg zu sagen, eine Ingewahrsamnahme sei die letzte Maßnahme, ist unsinnig. Wir brauchen sie nicht, wir haben Maßnahmen, die wirken. Ich nenne folgendes Beispiel: Gestern geschah ein Übergriff auf eine Frau, heute haben wir bereits den Beschluss des Gerichts: Der Mann darf sich der Frau nicht nähern, es ist sogar der eigene Ehemann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was passiert dann?)

– Er wird festgenommen, weil er dann gegen einen Straftatbestand verstößt, Herr Dressel.

(Doris Mandel SPD: Der wird doch aber nicht festgenommen!)

Ihre gesamte Argumentation geht völlig ins Leere.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie diesen Aktionismus und das Blendwerk zulasten der Opfer und ziehen Sie diesen Antrag zurück.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

B

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Spethmann, dass Sie hier von "Blendwerk" und "zulasten der Opfer" reden, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatten, die wir hier führen, gehören in den Innenausschuss, weil es möglicherweise rechtlich hoch strittig ist, ob das, was im SOG steht, ausreichend ist oder ob es geändert werden muss, wie die SPD es vorschlägt. Nach unserer Einschätzung wäre das SOG ausreichend, um die neuen geregelten Vorfälle, die es im Strafgesetzbuch und im Gewaltschutzgesetz gibt, umzusetzen. Aber dass Sie eine dermaßen polemische Rede zu einem Thema halten, das wir alle ernst zu nehmen haben, ist unglaublich.

(Beifall bei Christiane Blömeke GAL und bei der SPD)

Es ist kein Aktionismus. Aktionismus ist, wenn man am Tag nach einem Vorfall etwas tut. Wir haben Wochen ins Land gehen lassen, aber von Ihnen ist nichts gekommen, nur von der SPD ist ein Antrag gestellt worden. Wir haben in der nächsten Woche eine Innenausschusssitzung und vonseiten des Senats oder der CDU-Fraktion hätte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Das ist aber nicht geschehen, Sie wollen nicht darüber reden. Ich sage es noch einmal: Dieser Antrag gehört in den Innenausschuss. Wenn er aber dort nicht hinkommt, dann muss man inhaltlich sehr deutlich sagen, worum es hier geht. Es geht um eine Gesetzesänderung, die wir auch kritisch sehen. Aber es geht natürlich vor allem darum, dass der Senat berichtet, was im Detail getan wird. Auch das gehört in den Innenausschuss. Oder sol-

len wir erwarten, dass Herr Senator Nagel hier die Punkte A bis J der SPD sozusagen "aus der Hand" beantwortet? Das kann ich mir nicht vorstellen.

C

Grundsätzlich muss man aber noch einmal sagen, dass sich alle einig sind, dass wir hier nicht über Bagatelledelikte reden, sondern dass Stalking insgesamt gravierende Beeinträchtigungen der Lebensqualität und der Gesundheit der Opfer nach sich zieht. Deswegen gibt es diese Debatte und zum Glück auf einem anderen Niveau, als Sie sie eben geführt haben.

Es gehört zu unseren Aufgaben, die Öffentlichkeit darüber herzustellen und Empfindsamkeit gegenüber den Opfern zu zeigen.

(Viviane Spethmann CDU: Das tun wir doch! Unverschämt! – Gegenruf von Petra Brinkmann SPD: Na, na!)

– Das tun Sie doch nicht, wenn Sie hier von einer Debatte zulasten der Opfer sprechen. Was Sie eben gesagt haben, ist unverschämt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wo ist die öffentliche Auseinandersetzung der CDU mit diesem Thema? Die Polizei hat richtig reagiert, sie hat die Person nicht schützen können. Man muss sich zusammensetzen und darüber diskutieren, was passiert ist. Es ist das Mindeste, dass im Innenausschuss dargestellt wird, wie der genaue Ablauf war, welche Möglichkeiten das Gesetz gegeben hat, welche genutzt wurden und welche zusätzlich nötig sind. Das muss man erwarten und nicht eine solche Diskussion, wie Sie sie hier führen.

Natürlich hat die Novellierung des SOG in diesem Fall die Kompetenzen der Polizei erweitert. Selbstverständlich kann nach Paragraf 3 auch schon bei bevorstehender Gefahr – ich weiß nicht, ob Sie das anders sehen, Herr Dr. Dressel – eingreifen. Ihre Formulierung wäre "gegenwärtige Gefahr", das heißt, man sollte erst dann eingreifen, wenn die Person schon vor der Tür steht. Darüber müssen wir diskutieren. Sind das feine Unterschiede, ist das eine Debatte unter Juristen oder haben wir politisch tatsächlich etwas dazu beitragen und vor allem den Opfern etwas mitzugeben? Das ist die eine Frage.

D

Die andere Frage betrifft die Ingewahrsamnahme.

Nach unserer Einschätzung kann man jetzt schon den Paragraphen 13 Absatz 2 dafür nehmen, nämlich dann, wenn Straftaten abzusehen sind, um die Ingewahrsamnahme durchzuführen. Auch das muss man klären. Warum hat die Polizei es nicht getan? In welchen Fällen tut sie es? Und warum tut sie es manchmal nicht? Das ist Bestandteil des Teils B des SPD-Antrags. Wann bekommen wir Antworten darauf, wenn nicht in einer Innenausschusssitzung? Von daher kann ich nur noch einmal an Sie appellieren, sich Ihre Entscheidung zu überlegen. Wenn Sie diese Fragen nicht beantworten wollen, dann müssen wir gleich die öffentliche Diskussion darüber führen, und Sie sehen bei diesem Thema im Moment nicht besonders gut aus.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Spethmann, wir sind

- A beide Mitglieder des Weißen Rings, einer über alle Fraktionsgrenzen hinweg anerkannten Opferschutzorganisation, und setzen uns – das nehme ich Ihnen persönlich auch ab – für diese Belange in unseren politischen Funktionen ein. Gerade vor diesem Hintergrund finde ich es unangemessen, wie Sie mit diesen Fragestellungen umgehen. Man kann selbstverständlich zu der Frage der Gesetzesnovellierung geteilter Ansicht sein, aber man kann nicht geteilter Ansicht darüber sein, dass wir uns von der Innenbehörde im Ausschuss zu der Ziffer 2 des Antrags, zu der Frage, was die Polizei unternimmt, welche Möglichkeiten und Grenzen gibt, Bericht erstatten lassen. Darüber kann es in diesem Hause keine zwei Meinungen geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir sind auf Bundesebene durchaus im Einvernehmen miteinander Schritte gegangen. Darauf hatte meine Kollegin Frau Mandel auch schon hingewiesen. Das Gewaltschutzgesetz wurde mit Zustimmung der CDU im Bundestag verabschiedet, wir haben jetzt den Paragraphen 238 des Strafgesetzbuches. Da muss man sich fragen – das ist der Punkt, an dem wir ansetzen –, ob das an der Stelle landesrechtlich so flankiert ist, dass es auch in allen Fällen, um die es geht, vernünftig greift. Das Gewaltschutzgesetz setzt darauf, dass das Opfer erst einmal etwas tun muss, das Opfer muss zum Gericht gehen, das Opfer muss sich kümmern – so steht es in Ihrem Flyer zum Thema Stalking –, es muss Beweise sammeln und dann gibt es irgendwann eine Anordnung. Das ist eine ganze Menge, was wir dem Opfer an der Stelle zumuten. Das ist Punkt 1.

- B Punkt 2: Es gibt eine Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz. Was passiert, wenn sich der Täter – so war es im Falle der jungen Frau – der Anordnung widersetzt? Welche Möglichkeiten gibt es hier für den Staat, für die Polizei? Klar, es ist eine Straftat nach dem Gewaltschutzgesetz, man kann zum Beispiel eine Anzeige aufgeben. Auch da muss natürlich erst etwas passieren. Unsere Überlegung ist aber, ob wir nicht auch nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz im Polizeigesetz das Näherungsverbot, das Kontaktverbot wollen. Das ist ja nicht irgendeine spinnerte Oppositionsidee, sondern dieses geschieht in einem anderen Bundesland. Das ist etwas anderes – das wissen Sie auch, weil Sie sich in dem Bereich auskennen – als die Wegweisung, die sich auf den häuslichen Zusammenhang bezieht, und auch das Betretungsverbot bezieht sich auf die Wohnung von Täter und Opfer, wenn sie zusammenleben. Das heißt, in den Fällen von Stalking, bei denen es um Expartnerschaften geht und Täter und Opfer gar nicht zusammengewohnt haben, müssen wir diese Lücke schließen, wo es ein Näherungsverbot und ein Kontaktverbot gibt. Das gibt es nach dem Gewaltschutzgesetz, aber nicht nach dem hamburgischen Polizeirecht. Darum geht es uns an der Stelle. Sie wissen ganz genau, wenn wir es im Polizeirecht verankern, dann haben wir bei entsprechenden Anhaltspunkten, die darauf hinweisen, dass verstoßen wird, die Möglichkeit, dann auch eine Ingewahrsamnahme anzuordnen. Die hilft natürlich auch nicht ewig, das ist klar, sondern es gibt die Grenzen des Paragraphen 13 im Hamburgischen SOG, aber das ist ein Warnschuss, der an der Stelle gegeben wird. Man kann den potenziellen Täter vor einer Eskalationssituation für eine gewisse Zeit aus dem Verkehr ziehen. Genau das hätte in diesem Falle auch dem Opfer helfen können und deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C

An der Stelle nenne ich einige Zahlen. Wir haben gestern durchaus emotional und hitzig über das Thema Jugendgewalt und Innere Sicherheit diskutiert. Wir haben aber als weitere Bereiche, bei denen sich die Gewaltentwicklung in den letzten Jahren massiv gezeigt hat, innerfamiliäre Gewalt, häusliche Gewalt, Gewalt gegen Frauen. Das zeigen die uns vorliegenden Opferzahlen. Ich hatte gestern von insgesamt 20 Prozent Zunahme bei den Opfern seit 2001 gesprochen. Wenn man sich die Zahlen geschlechtermäßig anguckt, dann sind in der Zeit von 2001 bis 2006 18 Prozent mehr Männer Opfer geworden, aber 23 Prozent mehr Frauen. Das heißt, die Gewaltentwicklung in dieser Stadt geht erheblich, und zwar überdurchschnittlich, zulasten von Frauen. Genau deshalb wird es weiter Politik der SPD-Fraktion sein, dass unser Landesrecht immer auf der Höhe der Zeit sein muss. So war es immer unter der SPD. Wir haben es vor 2001 auch auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass das weiterhin so bleibt und deshalb sollten Ihnen diese Zahlen Anlass zur Sorge geben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben weitere Zahlen. Wir haben abgefragt, wie sich die Wegweisung entwickelt hat. 2002 gab es 961 Wegweisungen, im Jahre 2006 sind wir bei 828 Wegweisungen und Betretungsverboten angekommen. Die Zahlen sind also – mit leichter Schwankung – rückläufig, obwohl es eine Dunkelfeldaufhellung gegeben hat und obwohl es seitdem das Gewaltschutzgesetz gibt.

(Antje Möller GAL: Zunahme der Opfer!)

– Ja, die Zahlen müssten eigentlich weiter nach oben gehen. Trotzdem bleibt die Zahl der Wegweisungen und Betretungsverbote gleich.

D

Schöpfen wir wirklich alle Möglichkeiten aus? Genau deshalb wollen wir mit Ihnen – wir können das nicht coram publico in allen Einzelnen machen – die Diskussion im Innenausschuss suchen, ob die Möglichkeiten ausgeschöpft sind oder nicht. Wir wollen das nicht parteipolitisch diskutieren, sondern im Sinne der Opfer. Dieser Diskussion sollten Sie sich als Mitglied des Weißen Rings – ich betone es noch einmal – ernsthaft widmen und deshalb in Ruhe im Innenausschuss miteinander sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen zum Beispiel auch wissen, wie sich die Strafbarkeit im Bereich Stalking entwickelt. Wir hatten die Zahlen abgefragt. Im ersten Halbjahr gab es 84 Strafverfahren mit dem neuen Straftatbestand Stalking. Wie hat sich das entwickelt, wie ist das Anzeigeverhalten in dem Bereich? Das sind alles Fragen, die die Stadt und viele Frauen in dieser Stadt angehen. Wir wollen das Thema weiter mit Ihnen behandeln und auch alle Punkte des Berichtersuchens; das hatte Frau Möller angesprochen. Es gibt viele Fragen: Was machen sie bei Gefährdeanalysen? Wird das gemacht? Mit welchem Ergebnis? Was passiert an der Stelle? Wenn Sie wirklich so viel Interesse am Opferschutz haben, wie Sie uns erzählen – Sie wollen uns immer weismachen, dass Sie die Opferschutzpartei sind –, dann müssen Sie mit uns darüber sprechen. Überweisen Sie deshalb diesen Antrag an den Innenausschuss, stellen Sie sich dort der Diskussion und weichen Sie der Diskussion nicht aus. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren! Herr Dressel, dass Sie einmal eine Sache nicht parteipolitisch sehen, würde mich sehr wundern. Ich glaube, Sie sehen sie nur parteipolitisch.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind der Meinung, es müsse darüber diskutiert werden. Ich erinnere mich an diverse Ausschüsse in den letzten Jahren. Wir hatten ausführliche SOG-Beratungen, wir hatten im Sozialausschuss und im Rechtsausschuss – in verschiedenen Zusammenhängen, mit sehr vielen Drucksachen – ausführliche Beratungen zum Thema Opferschutz. Dass es im letzten halben Jahr außergewöhnliche Neuerungen gegeben haben soll, muss ich bezweifeln. Das ist noch einmal die Bestätigung, die ich hier anführen möchte: Was Sie hier machen, ist parteipolitisch, ist Wahlkampfakt, und nichts weiter. Das ist das, was ich Ihnen vorgehalten habe, sie machen das zulasten der Opfer.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Das ist doch Unsinn, wenn Sie die Bundesgesetzgebung nicht mitbekommen haben, ist das nicht unser Problem!)

Noch einmal zu dem Thema, dass wir in diesem Bereich steigende Opferzahlen haben. Wir können feststellen, dass es in den letzten Jahren zu einem erhöhten Anzeigeverhalten gekommen ist, weil Frauen sich mehr trauen und sie es nicht mehr akzeptieren, dass ein Mann sie schlägt. Deswegen können Sie nicht sagen, wir haben ein steigendes Feld, sondern Sie müssen es differenzierter beurteilen. Sie wiederholen eine Diskussion schlichtweg nur, um die Öffentlichkeit mit hineinzuziehen, aber nichts weiter.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal den Fall, den Sie hier anführen, zitieren. Die Frau, die von dem Stalker überfallen worden ist, hat den Stalker am Montag vor der Tat angezeigt. Die Polizei hat ihn mit zur Wache genommen. Am nächsten Morgen kam es zu der bekannten Tat. Der Stalker war aber in den letzten drei Jahren zuvor nie wegen Gewalttätigkeiten aufgefallen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Er hatte sich aber den Anordnungen widersetzt!)

Spielen wir nun die von Ihnen beantragte Gesetzesänderung durch, wenn es sie schon gegeben hätte: Es hätte das Kontakt- und Näherungsverbot gegeben. Hierdurch hätte es für ein paar Stunden eine Ingewahrsamnahme gegeben. Aber was wäre dann passiert? Ein Richter hätte ihn freigelassen, weil keine Haftgründe vorliegen. Herr Dressel, wir leben in einem Rechtsstaat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie haben doch eine vierzehntägige Ingewahrsamnahme vorgesehen!)

– Herr Dressel, wenn keine Haftgründe vorliegen, dann sind Sie doch derjenige, der am lautesten schreit, wenn jemand in Haft bleibt.

Hier ist der Beweis für Aktionismus pur gegeben und nichts weiter.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Spethmann, ich verstehe nicht, dass Sie uns Aktionismus vorwerfen. Wir haben einen aktuellen Fall.

(*Wilfried Buss SPD:* Richtig!)

Wir haben Zahlen, die man statistisch erklären kann. Wir wollen sie aber gern vom Innensenator aufgrund seiner Erfahrungen erklärt bekommen. Wir wollen die Missverständnisse, die sich möglicherweise durch diese Zahlen ergeben, gern vom Tisch haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Seine Präsidialabteilung hat ihm keine Rede aufgeschrieben!)

Was ist der Grund dafür, dass Sie diese Überweisung an den Innenausschuss nicht wollen?

(Zurufe von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Herr Dr. Dressel, jetzt lassen Sie mir doch einmal das Wort.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

– Ja, das freut Sie, das denke ich mir.

Ich möchte von Ihnen qualitativ gern etwas mehr hören. Sie haben kein Problem damit, den Änderungsantrag für das SOG abzulehnen, aber es könnte doch eine inhaltliche Befassung mit dem Thema geben. Sie können auch den Sozialausschuss nehmen, wenn Sie wollen, in ihm ist vor ungefähr zwei Jahren darüber geredet worden. Irgendwo muss doch Raum sein, über dieses Thema zu sprechen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drs. 18/7243 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt. Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

(*Uwe Grund SPD:* Ignorant. Das wird euch noch leidtun. Ein schwerer Fehler!)

Die GAL-Fraktion möchte die Punkte A und B getrennt abstimmen lassen.

Wer Punkt A des SPD-Antrags annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Punkt B seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Punkt B ist mit Mehrheit abgelehnt.

B

D

- A Wir kommen zu Punkt 17 der heutigen Tagesordnung, Senatsmitteilung, Drs. 18/7143: Hamburger Mittelstandsbericht 2007.

**[Senatsmitteilung:
Hamburger Mittelstandsbericht 2007
– Drs. 18/7143 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort?
– Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Hamburg gehört mit seinem wirtschaftlichen Potenzial zu den aufstrebenden Wirtschaftszentren Deutschlands und Europas. Ohne die derzeitige Konjunkturlage wäre dieses nicht so möglich und ohne leistungsbereite mittelständische Unternehmen schon gar nicht.

Die Hamburger Senatspolitik hat sich auf die Fahnen geschrieben, gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Es ist die Aufgabe von Senat und Bürgerschaft, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt zu legen. Wir sind dieser Aufgabe mit beachtlichem Erfolg nachgekommen. Wir haben Hamburgs Profil als Wirtschaftsstandort durch das Konzept "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" nachhaltig geschärft und der Senat und die CDU-Fraktion setzen sich mit aller Kraft für den Mittelstand ein, denn er ist die tragende Säule unserer Wirtschaft.

- B Unsere Wirtschaftspolitik ist und bleibt in erster Linie Mittelstandspolitik, denn Hamburgs Wirtschaft ist sehr mittelständisch geprägt. Die kleinen und mittleren Betriebe einschließlich des Handwerks machen rund 90 Prozent der aktiven Hamburger Unternehmen und Gewerbetreibenden aus. Ihre ökonomische und soziale Bedeutung mit 430.000 oder 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist für Hamburg natürlich dementsprechend groß. Kleine und mittlere Betriebe bilden außerdem mehr als die Hälfte aller Hamburger Auszubildenden aus.

Warum wir so erfolgreich arbeiten, kann man dem uns nun vorliegenden Mittelstandsbericht entnehmen. Ich halte diesen Bericht für sehr sinnvoll und für sehr gelungen, denn er zeigt uns übersichtlich die Leitlinien, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die große Anzahl von wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Senats. Das schafft Transparenz für uns Abgeordnete und für die hier ansässigen sowie ansiedlungsinteressierten Unternehmen und Existenzgründer.

Nur vier Dinge möchte ich hervorheben, da die eigentliche Diskussion sicherlich noch im Wirtschaftsausschuss in die Tiefe gehen wird, vier Knackpunkte, die man dem Bericht entnehmen kann und die ich für außerordentlich wichtig und ursächlich für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt halte.

Erstens: Der Hamburger Senat arbeitet sehr eng mit der Hamburger Wirtschaft zusammen und diese Nähe garantiert, dass der Senat weiß, was die Wirtschaft braucht, wo der Schuh drückt, und dass gemeinsam mit den Unternehmen nach Lösungen gesucht und sie auch umgesetzt werden.

Zweitens: CDU und Senat haben sich klar dafür entschieden, nicht mehr alles und jedes mit der Gießkanne zu fördern, sondern wir konzentrieren uns branchenüber-

C greifend auf Erfolg versprechende und zukunftsweisende Bereiche und richten danach alle Fördermaßnahmen an den Bedarfen der Wirtschaft aus. Nur so kann man Wachstum und Beschäftigung weiterhin schaffen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Drittens: Der Mittelstandsbericht enthält eine eindrucksvolle Bandbreite von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, mit denen der Mittelstand – insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe – gefördert wird. Sie umfassen von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, über Innovation und Existenzförderung Beratung für Nachfolgeregelung sowie Bereitstellung von Flächen und kapitalen Hilfen alle Schwerpunkte, die für die kleineren und mittleren Unternehmen wichtig sind.

Viertens: Alle Fördermaßnahmen unterliegen einer Erfolgskontrolle, das heißt, sie werden entsprechend ihrer jeweiligen Zielsetzung von Anfang an intensiv hinsichtlich ihrer Annahme bei der Zielgruppe und der angestrebten Wirkung untersucht. Dadurch erhalten wir konkrete Informationen über die Wirksamkeit der einzelnen Programme und die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Es erscheint mir aber sinnvoll, die Erfolgskontrolle auch noch auf andere Bereiche auszuweiten, zum Beispiel hinsichtlich einer Untersuchung wie die kleinen und mittleren Unternehmen von der Clusterpolitik direkt profitieren oder wie erfolgreich die Arbeit der Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken ist.

D Fazit: Die vom Senat ergriffenen Maßnahmen unterstützen den Mittelstand dort, wo es notwendig und sinnvoll ist. So bleiben diese Betriebe wettbewerbsfähig und können den heutigen Herausforderungen flexibel und rasch begegnen. Diese Herausforderung zu bewältigen, ist primär natürlich unternehmerische Aufgabe. Wir, die politisch Verantwortlichen, schaffen mit entsprechenden Rahmenbedingungen ein investitions- und innovationsfreundliches Klima und sorgen somit dafür, dass die Hamburger Unternehmen ihre Chancen nutzen und zukunftsorientiert am Standort Hamburg investieren können.

Unsere clusterorientierte Wirtschaftspolitik geht gezielt auf die Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen ein. 19.000 mittelständische Neugründungen im Jahre 2006 machen das Vertrauen der Unternehmer in den Wirtschaftsstandort Hamburg deutlich. Diesen Weg lohnt es sich weiter fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der jetzt vorliegende Mittelstandsbericht ist ohne Zweifel eine Fleißarbeit. Hätte man in dem Bericht auf einige Prosa verzichtet, hätte wahrscheinlich mancher Baum überlebt.

In der Sache zeigt der Bericht allerdings nichts, was wir nicht schon wussten. Dass die BG und BTG mit Finanzmitteln im Laufe der Jahre ausgestattet wurden, wussten wir schon, das haben wir hier einstimmig beschlossen, dass es verschiedene Player auf dem Feld der Mittelstandspolitik gibt, wussten wir schon. Nun können wir

- A sie alle noch einmal auf einen Blick sehen. Dass der Senat alle Aktivisten in der Habichtstraße zusammengefasst hat, hat uns Herr Uldall oft genug erzählt und dass der Senat eine Clusterpolitik verfolgt, ist auch nichts Neues gewesen. Wahrscheinlich wird im Rahmen dieser Clusterpolitik auch irgendwo Mittelstandspolitik gemacht wie ich überhaupt bei diesem gesamten Bericht das Gefühl habe, dass es ein Ritt durch die Wirtschaftspolitik ist und man schon sehr genau hingucken muss, wo in den allgemeinen Schilderungen über die Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats der Mittelstand in einzelnen Fällen vorkommt. Aber es ist Wahlkampf und deswegen ist es natürlich auch legitim, all das aufzuzählen, was man schon immer mal sagen wollte.

Wenn man sich im Bericht die konkreten Aussichten für die Zukunft anguckt, dann wird es schon ein bisschen dünner. Nehmen wir als Beispiel die Außenwirtschaftspolitik für kleine und mittlere Unternehmen, die der Senat fördern will. Er nennt acht Schwerpunkte, angefangen bei der Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Unterstützung von KMU, der Erschließung ausländischer Märkte bei Messen über die Verbesserung der Informationspolitik gegenüber Unternehmen bis hin zur konsequenteren Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Länder. Natürlich will man auch die asiatischen Märkte erschließen, insbesondere China, Indien und Japan. Das ist ein ambitioniertes Programm und man erwartet dann, dass es entsprechende Maßnahmen gibt, aber da muss man lange suchen.

Zunächst erfolgt die Aufzählung einiger Institutionen, die dieses Geschäft seit vielen Jahrzehnten betreiben – der Ostasiatische Verein, die Kammern, andere Vereinigungen – und dann findet man in diesem Bericht, dass immerhin zum 1. April 2005 aus Mitteln des ESF mit Unterstützung der BWA bei der Handwerkskammer eine Außenwirtschaftsberaterin eingestellt wurde; aber das war es dann auch.

- B

(Egbert von Frankenberg CDU: Das war die SPD-Fraktion!)

Lieber Herr Kollege, die SPD-Fraktion hat mehrfach in diesem Hause beantragt, die Außenwirtschaftsförderung für mittelständische Unternehmen voranzutreiben und größer aufzustellen. Das ist von Ihrer Fraktion immer abgelehnt worden und das Ergebnis sehen wir hier.

Es fehlt eine Aussage über die strategische Ausrichtung beispielsweise für den Raum, der gerade für kleine und mittlere Unternehmen viel näher liegt als China oder Indien, nämlich den Ostseeraum. Da heißt es dann:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg wird sich außerdem weiterhin gemeinsam mit der Handwerkskammer Hamburg im Hanse-Parlament zur Stärkung des Handwerks im europäischen Ostseeraum engagieren."

Immerhin haben Sie gemerkt, dass es so etwas gibt und man vielleicht die Betriebe dort unterstützen muss. Aber was im Einzelnen außer dieser globalen Aussage passieren soll, ist nicht ausgeführt.

Meine Damen und Herren! Was das Thema Außenwirtschaftsförderung angeht, kann ich nur feststellen, dass viele Worte gefunden und die Ziele und Handlungsfelder richtig beschrieben sind, allerdings fehlt es auf der Handlungsebene.

Richtig skurril wird es in dem Bericht, wenn ich mir die Äußerungen zur Novellierung des Hamburger Vergabegesetzes angucke. Da heißt es dann, das sei eine Entbürokratisierungsmaßnahme gewesen. Wir haben hier oft genug darüber diskutiert, dass das Gesetz zum Schutz der Hamburger Handwerksbetriebe und ihrer Mitarbeiter, der Betriebe im Baubereich, erlassen worden ist. Das hat Ihnen nicht gepasst und deswegen haben Sie versucht, das abzuschaffen und da haben Sie sich wegen der Widerstände, die es gegeben hat, nicht getraut.

(Barbara Ahrons CDU: Wir haben nie versucht, es abzuschaffen!)

Herr Uldall hat sich in einer Fernsehdiskussion zusammen mit Herrn Pumm und Herrn Becker bei Herrn Schalthoff entsprechend geäußert und war seinerzeit böse erschrocken, kurz nach der letzten Wahl, dass er die volle Breitseite von Handwerkskammer und Gewerkschaften bekommen hat. Als der Baugewerbeverband sich dann auch noch entsprechend geäußert hat, hat er sich nicht getraut, es ganz abzuschaffen, aber dem Gesetz die Zähne gezogen. Das ist keine Entbürokratisierung gewesen, sondern eine falsche Maßnahme gegen den Mittelstand.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL – Barbara Ahrons CDU: Stimmt überhaupt nicht!)

Verlassen Sie sich darauf: Nach dem 24. Februar wird das Gesetz wieder geändert werden und wir werden auch das Korruptionsregister wieder einführen und vor allen Dingen wird dann alles das, was in diesem Bereich passiert, auch entsprechend überwacht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Schluss das Thema Finanzierung. Dazu ist eine Menge gesagt worden, die ganzen traditionellen Instrumente, die wir seit vielen Jahren kennen, die auch gut sind: BTG, BG, Innovationsstiftung. Gesagt wurde natürlich nichts zum Thema Investitionsbank, weil Sie die nicht wollen.

(Barbara Ahrons CDU: Das steht auch darin!)

Aber auch das wird ein Punkt sein, den wir nach dem 24. Februar verwirklichen werden. Dann wird es eine Investitionsbank in dieser Stadt geben, dann werden wir neue Formen der regionalen Wirtschaftsförderung betreiben. Die Aussage Ihres Senators ist so, Frau Ahrons, dass Sie keine Investitionsbank haben wollen. Herr Uldall hat von diesem Pult hier wörtlich gesagt, es sei die Bank der notleidenden Kredite; das können Sie in den Protokollen nachlesen. Dass das Unsinn ist, beweisen die Investitionsbanken aller anderen 15 Bundesländer. Wir werden dafür sorgen, dass es in Hamburg auch so etwas gibt, aber lassen Sie uns das ruhig im Ausschuss diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

(Lars Dietrich CDU: Wir überweisen das an den Ausschuss!)

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Bericht ist eine sehr schöne und sehr dicke Darstellung des Ist-Zustands. Am Anfang der Drucksache können Sie lesen, was Ziel und Zweck die-

C

D

- A ses Berichts ist, es sollen zum einen die Rahmenbedingungen in Hamburg für den Mittelstand und zum anderen die Ziele und Pläne der Fortentwicklung und Weiterentwicklung und in Zukunft geplante Maßnahmen dargestellt werden. Wenn Sie sich diesen Bericht ansehen, dann werden Sie feststellen, dass es, wie so häufig bei "Konzepten", wie der Senat seine Papiere nennt, eine sehr gute Ist-Beschreibung ist. Aber über einen Ausblick oder über Schwerpunktsetzungen in der Zukunft steht in diesem Bericht herzlich wenig.

Wenn man über den Mittelstand redet, dann ist das immer eine Debatte über viele Tausende Unternehmerinnen und Unternehmer und Betriebe, die aber sehr unterschiedliche Bedingungen am Markt vorfinden und sich in ganz unterschiedlichen Situationen befinden, sodass es immer schwierig ist, in einer so globalen Debatte über den Mittelstand zu reden. Es geht hier nicht um einen Stand, sondern um viele Unternehmen in unterschiedlichen Lagen. Da die Lagen so unterschiedlich sind, braucht man auch sehr unterschiedliche Maßnahmen, um verschiedene Problemlagen zu bewältigen. Sie werden mit Ihrer Politik, dass Sie entbürokratisieren wollen, also möglichst wenig Förderprogramme haben wollen – Sie rühmen sich ja auch, fünf Förderprogramme in eines zusammengeführt zu haben –, aber häufig der Situation nicht gerecht. Sie können nicht mit einem Programm den vielen unterschiedlichen Formen des Mittelstands gerecht werden, denn das sind Unternehmensgründer, das sind mittelständische Unternehmen, die Probleme mit der Nachfolge haben, das sind Unternehmen im traditionellen Bereich oder in Hightech-Bereichen.

- B Wenn man sich Ihren Bericht ansieht, dann haben Sie damit begonnen, Programme zusammenzulegen. Nachdem Sie sechs Jahre regiert haben, haben Sie jetzt fünf Programme zusammengelegt, aber fünf bis sechs andere Programme an anderer Stelle wieder neu aufgelegt. Daran wird die Problematik dieser Debatten, die wir häufig so generell über den Mittelstand führen, sehr deutlich. Den Mittelstand und eine Politik für den Mittelstand gibt es eigentlich nicht. Wenn man über einzelne Säulen dieses Berichts reden würde, dann würde man feststellen, dass Sie in vielen Bereichen das fortgeführt haben, was Sie vorgefunden haben, und die großen neuen Impulse letztendlich so beeindruckend nicht sind. Ihr Flaggschiff, dieser eine Standort, an dem fünf verschiedene Wirtschaftsförderungsinstitutionen räumlich zusammengeführt wurden, die Synergieeffekte, die Sie bewirken wollten, kann man bisher nicht so richtig erkennen.

(Barbara Ahrons CDU: Haben Sie sich die Mühe gegeben, sie zu erkennen?)

Man kann aber erkennen, dass der Standort, den Sie für diese fünf Institutionen gefunden haben, für den Zweck, den dieses Zentrum erfüllen soll, weit ab vom Schuss und ziemlich cityfern ist. Schön ist, dass es jetzt, nachdem diese Institutionen mehr als ein Jahr unter einem Dach sind, endlich eine gemeinsame Telefonzentrale geben wird. Das hätte man vielleicht auch ohne eine räumliche Konzentration hinbekommen können.

Ich möchte nur noch auf zwei Punkte der Mittelstandspolitik eingehen. Ziemlich auffällig ist bei den verschiedenen Clustern, die Sie immer beschwören, der Bereich erneuerbarer Energien, der gerade für Handwerk und mittelständische kleine Planungsbüros ein enorm wichtiger Bereich ist, der auch stark wächst, in Ihrer Clusterpolitik aber nicht auftaucht. Man kann auch nicht feststellen,

dass Sie den Handwerksbetrieben, die versuchen, in diesem Bereich ein zusätzliches Geschäftsfeld zu erschließen, sonderlich unter die Arme greifen. Dieser Bereich – gestern haben wir über Ihren Klimacenter debattiert – wird ja von den Wissenschaftspolitikern so beschworen. Es wäre jetzt wirklich an der Zeit, dass das endlich ein Tätigkeitsfeld für die Wirtschaftspolitiker, für diesen Wirtschaftssenator wird, damit er die Chancen, die Hamburg durchaus hätte, europäisches Zentrum für erneuerbare Energien zu werden, auch nutzt. Das wird nur durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik funktionieren. In diesem Bereich – das zeigt der vorliegende Bericht auch sehr deutlich – ist das bisher bei Ihnen eine Nullnummer.

Der zweite wichtige Bereich ist die Wirtschaftsförderung. In der Einleitung stand irgendwo, Sie hätten vermehrte Aktivitäten gestartet, um die lokale Wirtschaftsförderung zu befördern. Da war ich sehr interessiert, weil das ein Punkt ist, den wir Grüne schon seit vielen Jahren fordern. Ich habe dann im Bericht nicht viel gefunden außer dem Hinweis, dass es einen Mittelstandslotsen gibt und der mit den Wirtschaftsbeauftragten vor Ort kräftig zusammenarbeitet. Das ist allerdings ein bisschen wenig, wenn man lokale Wirtschaftsförderung betreiben will. Gerade wenn man sich die soziale Spaltung dieser Stadt ansieht, dann stellt man fest, dass die sozial benachteiligten Stadtteile sehr häufig eine sehr prekäre Wirtschaftsstruktur haben.

Unser Konzept lokaler Wirtschaftsförderbüros, die versuchen, die Bevölkerung vor Ort mit zusätzlichen Dienstleistungen zu aktivieren, Unternehmensgründungen zu aktivieren, eine lokale Einzelhandels-, aber auch Unternehmerkultur zu stärken, um in diesen Bevölkerungskreisen durch Unternehmensneugründungen vor Ort die Selbsthilfekräfte zu stärken, aber dadurch auch die soziale Spaltung zu beseitigen, ist ein ganz wichtiger Punkt. In Ihrem vorgelegten Bericht nehmen Sie in der Einleitung zwar verbal auf diesen Bereich Bezug, aber konkrete Maßnahmen fehlen.

Das sind zwei Bereiche der Mittelstandspolitik, die auch gesellschaftspolitischen Zielen dienen soll – Klimawandel und Bekämpfung der Spaltung in dieser Stadt –, die von Ihnen vernachlässigt wurden. Wir wollen in Zukunft dafür sorgen, dass in diesem Bereich mehr passiert zum Wohle der Stadt, zum Wohle der Bevölkerung, aber auch zum Wohle des Mittelstands. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe ehrlich zu, dass das eine wunderbare Debatte ist.

(Jürgen Schmidt SPD: Ja!)

Erst kam eine sehr gute Rede von Frau Ahrons, in der die wichtigen Punkte dargestellt wurden, und dann kamen zwei Oppositionsredner, denen man anmerkte, mit welcher Mühe sie in den letzten Tagen überlegt haben, was man denn Kritisches zu der Wirtschaftspolitik des Senats sagen könne.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A Herr Kerstan sagte eben schon, das sei all das, was wir seit Langem forderten. Wunderbar, Sie sind immer schon dafür gewesen, wir wollen Ihnen das Urheberrecht gar nicht streitig machen. Wenn es ein hübsches Kind geworden ist, so wie wir es draußen gesehen haben, dann sind immer alle dafür gewesen und sagen, toll, dass das unser Kind ist.

Wenn aber irgendetwas schlecht gelaufen ist in der Politik, dann will es keiner gewesen sein. Wenn alle hier sagen, so klang es auch bei Ihnen durch, Herr Egloff, das ist eine tolle Geschichte, was dabei herausgekommen ist, das haben wir schon immer gefordert, dann gibt es mit Ihnen über diesen Punkt gar nichts zu diskutieren und zu streiten. Entscheidend ist, dass das, was herausgekommen ist, gut für den Mittelstand in Hamburg ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur einen Ihrer Punkte aufnehmen, Herr Kollege Egloff, die Investitionsbank, eines Ihrer Lieblingsthemen. Da gibt es nun wirklich einen Unterschied zwischen Ihnen und uns. Ich bin mit aller Energie dagegen, in Hamburg eine Investitionsbank zu errichten, denn – Sie haben genau den treffenden Terminus getroffen – dieses wird eine Bank der notleidenden Kredite. Alle Kredite, die im normalen Bank- oder Sparkassenwesen in Hamburg nicht mehr unterzubringen sind, werden dann über politischen Einfluss, der zu Diskussionen im Parlament führen wird, dazu gebracht werden, dass man sagt, da muss doch die Hamburger Bank einsteigen, die ist doch für diese Art von Krediten da, aber dieser Weg geht in die Irre. Wir haben, wie Sie es richtig gesagt haben, Herr Egloff, mit der Bürgerschaftsgemeinschaft und der Beteiligungsgesellschaft gut funktionierende Instrumente. Ich möchte es vermeiden, die ganzen Zahlen hier vorzutragen. Es würde alle nur noch einmal in Begeisterungstürme versetzen, welche Erfolge dort erzielt worden sind, aber die bestreiten Sie auch gar nicht und deswegen will ich das nicht wiederholen.

B

Wir haben vier Ziele, die wir mit unserer Politik für den Mittelstand erreichen wollen. Wir wollen erstens ein investitions- und innovationsfreundliches Klima für die kleinen und mittleren Unternehmen schaffen, zweitens Flächen und auch Kapitalhilfen zur Verfügung stellen und drittens die mittelständischen Interessen auf EU- und auf bundespolitischer Ebene verstärkt vortragen. Und wir wollen einen engen Dialog zwischen Behörde, Bezirksämtern und den mittelständischen Betrieben herstellen, denn wir alle wissen – darin sind sich sicherlich die drei Fraktionen einig –, dass es den Betrieben in Hamburg gut gehen muss, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Leitlinie verfolgen wir und ich hoffe sehr, dass jetzt nicht nur die CDU klatscht, sondern auch die Sozialdemokraten und die GAL.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern Abend ist der Bericht des Sachverständigenrats für das Jahr 2008 vorgelegt worden. Der Sachverständigenrat geht im kommenden Jahr von einem Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent aus. Ich selber habe hier schon einmal gesagt, dass wir von einem höheren Wert ausgehen. Ich veranschlage für das kommende Jahr in Hamburg ein Wachstum von 2,5 Prozent. Nun kann man fragen, was Wachstum bedeutet. Wachstum ist die Grundlage für die Schaffung von neuen Jobs in Hamburg. Jeder weiß doch, wenn die Wirtschaft nach unten geht, werden Arbeitsplätze

abgebaut, neue Arbeitsplätze entstehen, wenn die Wirtschaft nach oben geht. Deswegen müssen wir alles tun, um Wachstum zu erreichen.

(Uwe Grund SPD: Das gilt auch schon nicht mehr!)

Bezeichnenderweise haben die Sachverständigen ihre Gutachten unter den Titel gestellt: Das Erreichte nicht verspielen. Dieses ist eine Mahnung, die sich an die Bundesregierung richtet. Dieses ist aber auch eine Mahnung, die sich an uns alle, die wir Wirtschaftspolitik in Hamburg betreiben, richtet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie hier so offen gesagt haben, dass die CDU gegen eine Investitionsbank sei. Dann haben wir Klarheit, was diese Forderung angeht.

(Bernd Reinert CDU: So ist es!)

Nur, ich glaube, Herr Senator, dass Sie mit Ihrer Aussage nicht ganz richtig liegen. Es ist nicht so, dass wir blauäugig diese Forderung erhoben haben. Wir haben uns natürlich erkundigt, wie das in den anderen Bundesländern läuft und haben beispielsweise Veranstaltungen gemacht und auch mit Vorstandsmitgliedern der Investitionsbanken in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gesprochen. Wenn es in allen anderen 15 Bundesländern Investitionsbanken gibt, dann frage ich mich, was daran verkehrt sein kann und warum es in Hamburg die Bank der notleidenden Kredite sein wird, wenn das in den anderen Bundesländern nicht der Fall ist. Das ist ein bisschen schräg in der Aussage, Herr Senator, und auch nicht zutreffend.

Wir erinnern uns alle an die Situation, die wir gehabt haben und zum Teil noch haben, dass die Geschäftsbanken die Kredite, die die KfW, und zwar zu Zeiten, als wir eine höhere Arbeitslosigkeit in dieser Stadt hatten, für kleine und mittlere Unternehmen angeboten hat, gesagt haben, wir haben kein Interesse daran, die an den Endverbraucher durchzuleiten, weil wir zu wenig daran verdienen. Das ist die Situation gewesen und ich finde es nicht in Ordnung, dass wir eine staatliche Institution haben, die sagt, wir können mehrere Milliarden Euro bereitstellen, um Wirtschaftsförderung zu betreiben, und die Geschäftsbanken, die es eigentlich machen sollen, sagen, wir wollen es nicht, weil wir nicht genug daran verdienen. Ich bin schon der Auffassung, dass eine solche Bank, die wir dann als Stadt betreiben, die Aufgabe hat, diese Wirtschaftsförderungsaufgabe wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Außerdem vergeben Sie sich einer Chance, Infrastrukturinvestitionen zu finanzieren. Eine Investitionsbank ist eine Bank mit einer staatlichen Haftung, wie es früher die Landesbanken waren, die es aufgrund der europäischen Gesetzgebung nicht mehr sind. Die letzte Bundesregierung hat mit der Europäischen Kommission über die Frage der Investitionsbanken verhandelt und es gibt eine Übereinkunft, die es den Ländern erlaubt, regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben, Infrastrukturprojekte, Umweltschutzmaßnahmen und Wohnungsbau zu finan-

C

D

- A zieren. Das heißt, wir haben hier ein Instrument, um staatliche Infrastrukturpolitik in vielen Bereichen und zum Teil auch vernetzt durchführen zu können und die Möglichkeit, dass diese Bank sich am internationalen Kapitalmarkt günstig refinanziert, weil sie der Staatshaftung unterliegt und deswegen ein AA-Rating bekommt. Um diese Chance bringen Sie sich, wenn Sie es nicht machen wollen. Wir werden versuchen, nach dem 24. Februar diese Chance zu ergreifen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GAL*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/7143 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Punkt 7, Drs. 18/6968, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Leseförderung in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Leseförderung in Hamburg
– Drs. 18/6968 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Frau Strasburger.

- B **Stefanie Strasburger** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lesekompetenz hat eine Schlüssel-funktion für eine intakte Gesellschaft, denn Lesekompetenz fördert Chancengerechtigkeit. Leseförderung hat daher für unsere Fraktion einen hohen Stellenwert. Jedes Kind zu erreichen, ist unsere Devise und das gelingt uns auch, wie ich Ihnen gleich erzählen werde.

(*Uwe Grund SPD*: Sie lesen was vor, das ist richtig!)

Hamburg hat ein flächendeckendes Bücherhallensystem mit 34 Filialen, einer Kinderbibliothek, einer Trendbibliothek für Jugendliche, zwei Fahrbibliotheken, Medienboten auch für Menschen, die nicht mobil sind, und Internet. Die CDU-Fraktion hat erkannt, dass das Vorhalten von Bücherhallen nicht ausreicht. Viele Kinder und Familien haben keinen Bezug zu Büchern, zum Lesen und werden nie eine Bücherhalle von alleine aufsuchen. Deshalb muss das Buch zum Kind gebracht werden und die Kinder müssen durch gezielte Aktionen in die Bücherhallen gezogen werden. Die Bücherhallen haben diese Strukturveränderung erkannt beziehungsweise sie haben ihre Strukturen verändert, weil sie das erkannt haben, und die HÖB arbeitet nun sehr erfolgreich, wie die folgenden Zahlen belegen.

Es gibt jährlich 1.800 Klassenführungen, 2 Millionen Kinder und Jugendliche besuchen jährlich Bücherhallen. Insgesamt sind 40 Prozent der Besucher der Bücherhallen Kinder und Jugendliche und im Jahr 2006 wurden über 2,8 Millionen Ausleihen für Kinder und Jugendliche registriert. Über 2.200 buchbezogene Kinderveranstaltungen bietet die HÖB jährlich an.

Mit der BBS gibt es Kooperationen. An den Schulen gibt es Lesekisten, Bücherhallenpässe und Ausleihen sowie obligatorische Bücherhallenprojekte. Mit der BSG gibt es auch Kooperationen. Es gibt Medienkisten und so werden

die Kinder schon früh gezielt in den Kitas an die Bücher herangeführt. Die Kulturbehörde hat neben dem Projekt "Seiteneinsteiger" und den Lesecclubs das hamburgweite Projekt für frühkindliche Leseförderung "Buchstart" eingerichtet, das die Veranstaltung "Gedichte für Wichte" organisiert. Dieses Projekt, obwohl es erst seit Kurzem läuft, ist jetzt schon eine Erfolgsgeschichte, die wirklich bemerkenswert ist. Bisher wurden knapp 13.500 Buchpakete durch die Kinderärzte vergeben und täglich werden mehr angefragt. Sowohl vonseiten der Kinderärzte als auch vonseiten der Eltern ist die Resonanz nur positiv. Die Aktion "Gedichte für Wichte" kann schon heute 20 teilnehmende Gruppen vorweisen. Weitere Anfragen beschaffen uns Wartelisten, die demnächst abgearbeitet werden.

Hier möchte ich ausdrücklich Senatorin Frau von Welck danken, die sich in ganz bemerkenswerter Weise für Leseförderung für Kinder einsetzt. Also Ihnen ganz herzlichen Dank für alle Anstrengungen der Kulturbehörde.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit nicht genug. In den Bezirken gibt es viele Veranstaltungen, Autorenlesungen und Kindertheatergruppen, Ferienprogramme zum Thema Lesen und Vorlesen, Projekte für Migrantenfamilien wie "Family Literacy" oder "Mentor Hamburg". Und ganz nebenbei: Hamburg gibt dafür ungefähr 25 Millionen Euro im Jahr aus.

(Beifall bei der CDU)

Als letzten, aber besonders wichtigen Punkt, möchte ich erwähnen, dass sich in diesem Bereich besonders viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Ob in der Bücherhalle oder in anderen Einrichtungen, an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an alle Menschen, die sich für die Leseförderung für unsere Kinder in dieser Stadt engagieren.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Auch möchte ich allen Spendern und Sponsoren danken, die in diesen Bereich viel Geld hineinfließen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD)

Nach genauer und intensiver Betrachtung aller Ergebnisse dieser Großen Anfrage zeigt sich für die CDU-Fraktion deutlich ein durchdachtes und auf die Zielgruppe hervorragend zugeschnittenes Konzept unter Federführung der Kulturbehörde. Es wird in der breiten Öffentlichkeit sehr gut angenommen und auch gerne ehrenamtlich begleitet; wir nehmen alle Kinder mit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Schön lesen!)

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die spannende Frage ist natürlich, warum dann diese Große Anfrage an den Kulturausschuss überwiesen wird; aber erst einmal zur Sache.

Leseförderung für Kinder ist, Frau Strasburger, in der Tat von herausragender Bedeutung nicht nur für die Lernfähigkeit, sondern auch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und die kulturelle Bildung, die uns allen hier am Herzen liegt; da sind wir uns in diesem Hause sicherlich alle

A einig. Das Interessante an der ganzen Geschichte ist, dass wir eine Große Anfrage haben, die sich im Wesentlichen mit der außerschulischen Leseförderung in Hamburg befasst. Da haben Sie zu Recht die Bemühungen der Kultursenatorin gelobt, hier weiter voranzukommen. Was wir aber im Rahmen der Diskussion um Kinder- und Jugendkultur diskutieren und als Sozialdemokraten kritisch sehen ist die Frage, wie denn die Vernetzung zwischen der Bildungssenatorin, die eigentlich für Leseförderung per se verantwortlich ist, und diesen lobenswerten Anstrengungen der Kultursenatorin läuft. Sie verweisen zu Recht auf das Lesekistenprogramm der Bücherhallen, das jetzt sogar mit Kofinanzierung der Sozialsenatorin auf die Kitas ausgeweitet werden konnte, was wir auch sehr begrüßen und was ein sehr wichtiger und richtiger Schritt ist. Aber noch einmal: Es ist auffällig, dass diese Vernetzung nicht so vorankommt, dass man sagt, das fängt in einer bestimmten Linie an und läuft automatisch so weiter. Die Kultursenatorin hat erkannt, dass es richtig ist, auf Veranstaltungen wie "Gedichte für Wichte" und auf dieses Buchstart-Programm zu setzen. Sie wissen im Übrigen auch, verehrte Frau Strasburger, meine Damen und Herren von der CDU, dass viele dieser Maßnahmen deswegen möglich gemacht worden sind, weil es der Kultursenatorin in ihrer unnachahmlichen Art immer wieder gelingt, Sponsoren für diese Sachen zu finden und weil es auf der anderen Seite, wie wir hier schon zu Recht gewürdigt haben, inzwischen so viele ehrenamtliche Helfer für den Bereich Leseförderung gibt. Ohne diese beiden Säulen würde das Ganze völlig in sich zusammenbrechen.

(Stefanie Strasburger CDU: Aber da spricht doch gar nichts dagegen!)

B – Vielleicht ist das der Grund, Frau Strasburger, warum Sie es gerne noch einmal im Kulturausschuss intensiv besprechen wollen, denn eigentlich ist es doch eine typische Anfrage einer Regierungsfraktion. Sie wollen Zahlen haben, die Sie zu Recht bejubeln wollen. Das ist es in erster Linie und da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen,

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben die falsche Rede, Herr Buss! – Dr. Martin Schäfer SPD: Nee, schon richtig!)

Zufriedenheit allein kann bei Ihnen doch gar nicht aufkommen, wenn man erfährt, dass ausgerechnet in der Zielgruppe der Lesefördermaßnahmen die Zahl der Bücherhallennutzer deutlich rückläufig ist. Wir haben in der letzten Kulturausschusssitzung, die sich damit befasst hat, wie es denn bei den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen um diese Leseförderung bestellt ist, erfahren, dass, bezogen auf das Jahr 2006, die Zahl der Nutzer im Grundschulalter um deutliche 31 Prozent rückläufig ist. Dieses Problem muss doch der CDU in ihrer Jubelstimmung zu denken geben; dazu haben wir aber nichts gehört. Im Ausschuss haben wir zwar diese Zahlen zur Kenntnis genommen, aber nicht vertieft darüber gesprochen.

Um so wichtiger wäre es gewesen, Frau Strasburger, genau diesen Aspekt noch einmal in der Großen Anfrage aufzunehmen und zu zeigen, dass Sie dieses Problem als wesentliches Problem erkennen und möchten, dass einmal vom Senat dargelegt wird, wie man diesem Problem zu begegnen gedenkt.

Also insgesamt zeugt das nicht von Problembewusstsein. Vernetzung findet in dem Bereich nicht genügend statt.

C Es geht aber gar nicht darum, Frau Strasburger, dem Senat vordergründig den Schwarzen Peter zuzuschieben, denn dass sich das Leseverhalten von Kindern zum Teil so entwickelt, ist kein isoliertes Hamburger Problem, aber es stellt sich die Frage, warum Sie nicht den Möglichkeiten nachgehen, wie man es in den Problembereichen aufgreifen könnte.

(Stefanie Strasburger CDU: Wo denn?)

Trotzdem ist es so, Frau Strasburger, dass Leseförderung trotz dieser eindrucksvollen Anstrengungen der Bücherhallen ein schwieriges Geschäft ist, das die Unterstützung des ganzen Hauses verdient, und zwar außerschulisch wie schulisch. Das gilt, Frau Strasburger, nicht nur verbal, sondern auch handfest und finanziell. Da erinnern wir uns doch, wer hier im Jahre 2004 eine Kürzung von einer guten halben Million Euro für die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen durchgesetzt hat, an der die Bücherhallen immer noch zu knapsen haben.

(Dietrich Rusche CDU: Nee, das stimmt nicht, denen geht es prima!)

Auch wenn sich die Bildungs- und Sozialbehörde anteilig an den Kosten der Bücherhallen beteiligen, wie Ihre Große Anfrage gezeigt hat, kompensiert dieses aber die Kürzung, die Sie durchführen lassen, nicht. Die HÖB waren insgesamt gezwungen, den Ausbau der Maßnahmen von Leseförderung gegen die Leseinteressen anderer Altersgruppen auszuspielen und das zeugt nicht von einer lesefreundlichen Einstellung für alle Menschen in diesem Stadtteil. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Rusche CDU: So kann man sich irren!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Strasburger, Herr Buss und ich haben kürzlich auf einer Podiumsdiskussion gesessen, bei der es um moderne Methoden der Leseförderung ging. Letztendlich ist es unter dem Strich doch so, dass man nicht sagen kann, das eine lasse ich und das andere tue ich, sondern wir reden hier von zwei Strängen. Es ist doch so – da hat Herr Rusche zwar den Kopf geschüttelt, aber er müsste es am besten wissen –, dass die Bücherhallen Kürzungen von knapp 600.000 Euro haben hinnehmen müssen, dass sich insgesamt die Öffnungszeiten reduziert haben – das ist schlecht – und dass es weniger Nutzer gibt.

(Dietrich Rusche CDU: Das stimmt nicht!)

Das ist die eine Seite. Da gibt es jetzt einen Dialog zwischen den Kulturmenschen.

(Uwe Grund SPD: Profis unter sich!)

Das ist aber Fakt und kann jeder nachvollziehen. Das heißt aber nicht, dass auf der anderen Seite Projekte nicht nur gestartet, sondern auch entwickelt werden, um tatsächlich das Leseinteresse und die notwendige Lesekompetenz, von der wir gestern im Rahmen der Debatte über Abbrecher und Schulabschlüsse intensiv sprechen konnten, zu fördern. Das sind zwei Ebenen. Zum einen haben Sie gekürzt, zum anderen geht es mir an dieser Stelle darum, wie die Leseförderung, die außerschulisch und schulisch stattfindet, in verschiedenen Projekten,

- A verstetigt werden kann, weil sie sinnvoll ist. Einerseits haben Sie von den ganz Kleinen gesprochen, Frau Strasburger – "Gedichte für Wichte", eine tolle Sache –, aber es geht hier darum, wie die Leseförderung in Kitas, Grundschulen und auch in den weiterführenden Schulen durch die außerschulischen Anbieter, die ehrenamtlich und aber auch koordiniert und betreut, zum Beispiel durch die Seniorenbildung, die die Lesementoren ausbilden, verzahnt werden kann, zum Beispiel auch mit der Entwicklung Ganztagschule. Das ist eigentlich die Frage und darauf haben Sie bisher keine Antwort.

Die GWA St. Pauli Kōlibri machen eine hervorragende Leseförderung in den verschiedensten Grundschulen in St. Pauli, aber auch in Altona-Altstadt und Altona-Nord. Das ist vorbildlich und wirksam, ist aber nicht weiter durchzuführen, wenn man auf die Honorarmittel der Schulen angewiesen ist, die qualifizierte Fachkräfte nicht ausreichend bezahlen können. Das heißt, diese Leseförderung muss zum einen ehrenamtlich laufen, zum anderen aber auch professionell betreut werden. Da müsste eine Verstetigung einsetzen, damit es wirklich strukturell sinnvoll ist und nicht nur, dass Leseförderung, wie es jetzt passiert, Gruner + Jahr bezahlt. Das ist schön und gut, aber man kann auf Dauer nicht immer nur auf Sponsoren angewiesen sein, wenn man wirklich Leseförderung als Enrichmentprojekt in den Schulen etablieren will.

Lesecafés sind eine gute Einrichtung. Dann fiel das Wort "Family Literacy", ganz tolle Sache, wunderbares Projekt, wirksam, wird evaluiert, aber dann muss man auch schauen, wie man das verstetigt. Das sind alles Konzepte, die außerhalb der Bücherhallenfrage und Bücherhallenproblematik stattfinden müssen. Da müssen Kulturbehörde, Schulbehörde, Sozialbehörde und die Bezirke zusammenarbeiten. Das ist allerdings etwas, das bisher nicht funktioniert. Ich würde mir wünschen, dass genau diese Probleme im Rahmen der Ganztagschulentwicklung gelöst werden und eine Verstetigung dieser interessanten, guten und wirksamen Leseförderungsprojekte stattfinden und die außerschulischen Anbieter im Stadtteil das auch entsprechend weiterführen können. Im Augenblick sind sie jedes Jahr darauf angewiesen, ob zufällig ein Sponsor oder mal Geld von irgendeiner Behörde vorhanden ist. Insofern müssen gute Projekte, die wirksam sind, entsprechend verstetigt werden.

(Stefanie Strasburger CDU: Wir sprechen ja weiter!)

Das ist unser Ziel. Sie müssen Sorge dafür tragen, dass die Öffnungszeiten wieder steigen, dass also auch im Bücherhallenbereich entsprechend genug getan wird. Herr Rusche, da haben Sie den Sündenfall begangen und nicht wir.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Kultursenatorin von Welck.

(Uwe Grund SPD: Sie sind doch gelobt worden, Frau von Welck!)

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass fraktionsübergreifend erkannt worden ist, wie wichtig Leseförderung in unserer Stadt ist und dass wir uns alle dafür einsetzen. Das finde ich sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Dass die Leseförderung ein schwieriges Geschäft ist, haben wir alle miteinander festgestellt. Aber eine Einschätzung, Herr Buss, ist nicht richtig, dass nämlich die schulische Leseförderung nicht strukturell vorgenommen wird. Da klappt die Zusammenarbeit zwischen der Kulturbehörde und der Schulbehörde wirklich sehr gut, so wie sie auch in vielen anderen Fällen sehr gut klappt.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt zum einen – und das haben Sie vielleicht in der Großen Anfrage überlesen – ein Schulbibliotheksprogramm, das wir ständig mit Qualitätssiegeln und ähnlichen Dingen weiter ausbauen, und es gibt das Lesekistenprogramm für Grundschulen.

(Christa Goetsch GAL: Das gibt es schon 30 Jahre!)

In den ersten und zweiten Grundschulklassen wird auch systematisch die Hinführung zum Buch betrieben. Insofern gibt es da schon eine vernünftige Struktur.

Zu Frau Goetsch möchte ich sagen, dass es falsch ist, was Sie da entnehmen. Die Öffnungszeiten der öffentlichen Bücherhallen haben sich nicht verschlechtert, sondern sie sind ausgeweitet worden. Wir haben jetzt eine ganze Reihe mehr Bücherhallen, in denen wir zum Beispiel Samstagsöffnungen anbieten können aufgrund kluger Organisationsmaßnahmen der Leitung der Öffentlichen Bücherhallen. Es wird auch von dem Betriebsrat der Öffentlichen Bücherhallen – und das finde ich ganz toll – genauso gesehen, dass diese Angebote wichtig sind und dass man sich dafür immer wieder gute Konzepte ausdenken muss.

Bei einem anderen Eindruck, der sich eingestellt hat, möchte ich Ihnen auch widersprechen und bin dankbar, dass ich das kann, nicht weil ich Ihnen widersprechen möchte, sondern weil die Voraussetzungen anders sind als der Eindruck, den Sie haben. Institutionen wie die Leseklubs, zum Beispiel Kōlibri in Sasel oder Dulsberg, sind keineswegs abhängig von Zufallslaunen von Sponsoren. Meine Strategie ist, dass wir, wenn wir Drittmittel einwerben, diese nicht für ein kleines Projekt einwerben – so schön das natürlich auch immer mal ist –, sondern dass wir mit den Förderern vereinbaren, parallel zu den Geldern, die wir aus Mitteln der Stadt geben, mittelfristige Verträge abzuschließen, Verträge für über drei bis fünf Jahre. Das, finde ich, ist eine wirkliche Qualität, auch dass da die Förderer mitmachen. Wir haben jetzt schon in der Kulturbehörde Mittel bis einschließlich 2010 eingeworben. Wir gucken also nicht auf irgendwelche Legislaturperiodenzeiten, sondern achten darauf, dass wir bestimmte Projekte nachhaltig und gut fördern können. Ich denke, das ist ein großer Qualitätssprung.

(Beifall bei der CDU)

Ein Punkt ist mir noch wichtig, weil er in den Debattenbeiträgen noch nicht genannt worden ist. Deshalb ist es auch schön, dass wir die Große Anfrage noch einmal an den Kulturausschuss überweisen. Da können wir sicher viele Fragen noch etwas intensiver diskutieren, zum Beispiel, dass wir die Leseförderung deshalb so wichtig finden, weil wir natürlich sehen, dass in unserer Stadt circa 48 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren – diese Zahl kennen wir alle – aus Familien mit Migrationshintergrund kommen. Es hat sich immer wieder gezeigt,

A dass die Integration in die Gemeinschaft, in den Kindergarten, in die Schule steht und fällt mit dem Erlernen der deutschen Sprache. Da ist Leseförderung von unglaublicher Wichtigkeit. Deshalb auch Buchstart, "Gedichte für Wichte" und ähnliche Aktivitäten. Wir sind auch sehr dankbar, wenn wir dabei unterstützt werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass Hamburg als Stadt der Kinderbuchverlage und Kinderbuchillustratoren bereits eine große Nähe zur Leseförderung hat und in Verbindung mit hervorragenden staatlichen Kultur- und Bildungsinstitutionen, vielen innovativen Ideen, engagierten und kreativen Bürgern und großer Bereitschaft von Unternehmern und Stiftungen, uns zu unterstützen, auf einem sehr guten Weg ist, was auch durchaus überregional wahrgenommen wird. Darüber freue ich mich für die Mitarbeiter in den Bücherhallen, aber auch in der Kulturbehörde. So hat zum Beispiel die Staatsministerin Böhmer, die für Integration zuständig ist, einen Rundbrief an alle Institutionen, die sich mit Migrationsfragen befassen, geschrieben und gesagt, so wie wir es in Hamburg machen, sollte das eigentlich überall stattfinden. Da werden wir also gut unterstützt. Ich hoffe und denke auch, dass wir gemeinsam mit allen Fraktionen in der Frage der Leseförderung weiter gute Wege beschreiten werden. Ich freue mich auf die Diskussion im Kulturausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

B Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6968 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 43, Drs. 18/7236, Antrag der CDU-Fraktion: Aviation Center für Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Aviation Center für Hamburg
– Drs. 18/7236 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: * Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte der Luftfahrt in Hamburg ist ein einziges Erfolgsmodell. Hamburg gehört mittlerweile neben Seattle und Toulouse mit über 30.000 Beschäftigten weltweit zu dem größten Standort der zivilen Luftfahrt. Wir haben die große Freude, neben dem Global Player Airbus hier auch die Lufthansa und einen erfolgreichen Flughafen zu haben. Darauf kann Hamburg wirklich stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege von Frankenberg hat gestern ein gutes Beispiel gegeben, wie man mit Reden umgehen kann, denn ich denke, dieser Antrag, den wir heute eingebracht haben, kann eigentlich nur Zustimmung im gesamten Plenum finden, denn mit diesem Antrag wollen wir versuchen, etwas in unserer Stadt zu schaffen, was es bisher noch nicht gab. Wir wollen die Kompetenz, die in unserer Stadt vorhanden ist, bündeln, zusammenführen und den Menschen, die unsere Stadt besuchen, aber auch den Menschen unserer Stadt zugänglich machen. Das ist ein richtiger Ansatz,

Luftfahrt greifbar zu machen, Luftfahrt erlebbar zu machen. Deswegen, denke ich, ist es richtig, endlich auch eine dauerhafte Luftfahrtpräsentation in Hamburg zu suchen und auch zu finden.

(Uwe Grund SPD: Endlich war das Stichwort!)

– Lieber Kollege Grund, die Geschichte der Luftfahrt ist nicht nur in den letzten fünf Jahren entstanden,

(Uwe Grund SPD: Richtig!)

insofern ist es nicht so, dass die Idee erst in den letzten fünf Jahren hätte geboren werden können, auch etwas für die Luftfahrt zu tun. Insofern freuen Sie sich doch mit uns gemeinschaftlich, dass diese Initiative jetzt kommt und maßen Sie nicht rum, dass sie nicht letztes oder vorletztes Jahr gekommen ist, sondern tun Sie etwas dafür, dass wir sie bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaftsbehörde ist in engen Gesprächen mit den in Hamburg ansässigen Unternehmen. Die Wirtschaftsbehörde hat auch schon angekündigt, dass sie ein Kompetenzzentrum für die Unternehmen, für die Zuliefererbetriebe machen möchte. Wir wollen aber mehr. Ich denke, dass es deswegen richtig ist, dass an unserem Standort solch eine Luftfahrtpräsentation, ein Museum entsteht. Ich glaube auch, dass es sehr wichtig ist zu sagen, dass das keine Aufgabe der Stadt alleine sein darf. Wir haben kompetente Unternehmen vor Ort, wir haben solvente Unternehmen vor Ort und ich denke, dass diese drei Unternehmen, insbesondere die Lufthansa, der Airport Hamburg und auch Airbus ihren Teil dazu beisteuern sollten. Insofern bitte ich Sie, stimmen Sie diesem Antrag zu und sorgen Sie dafür, dass unser Senat gemeinschaftlich mit diesen drei Unternehmen solch ein Projekt auf den Weg bringt und den Hamburgern in den nächsten Jahren eine greifbare Luftfahrtpräsentation ermöglicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fünf Blitzpunkte.

Erstens: Wenn Politik Einfluss auf Wirtschaft hat, dann will ich feststellen, dass die Erfolgsgeschichte der Luftfahrtindustrie in Hamburg mehr mit SPD als mit CDU zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Im Regierungsprogramm dieser Regierung aus dem Jahre 2004 steht der Satz:

"Eine Beteiligung an der Realisierung des von Airbus geplanten 'Aviation Center Hamburg' soll durch Bereitstellung geeigneter Flächen erfolgen."

Die Legislaturperiode ist fast rum. Sie haben noch 100 Tage.

Drittens: Lese ich den Antrag der CDU, steht dort nichts mehr von der Bereitstellung von Flächen, sondern:

"... eine Lösung zu finden für die Finanzierung und den Betrieb ..."

- A Das macht mich sehr hellhörig. Ich habe irgendwie den Eindruck, dass es gar nicht mehr um Flächen, sondern um Durchfinanzierung geht. Das finde ich richtig schwierig.

Viertens: Wer sehen will, wie es geht, muss – im Moment noch – am besten nach Seattle fahren. Da kann man die vor zwei Jahren eingeweihte Luftfahrtpräsentation angucken. Ein PPP-Projekt.

Fünftens: Außerdem haben Sie gesagt, man möge suchen. Es wird Zeit, dass der Senat sucht. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich habe überhaupt keine Einwände, wir auch als Fraktion nicht, gegen einen Schau- und Repräsentationsraum der Hamburger Luftfahrtindustrie. Ich finde nur, die Jungs und Mädchen sind schon groß, die können das alleine, denen muss man nicht unter den Popo greifen.

(Heiterkeit bei der GAL und der CDU)

Das können sie wirklich ohne staatliche Finanzierung hinbekommen, zumal wir sagen können, wenn irgendjemand neben dem Hafen richtig subventionsmäßig gepöppelt worden ist durch große Flächen, die wir nicht nur bereitgestellt haben, wo wir 100 Millionen Euro und mehr hineingepackt haben, dann ist es die Luftfahrtindustrie. Warum wir nun noch ihre Musealisierung finanzieren sollen, versteht niemand richtig. Ich verstehe es nicht, zumal man, wenn man einmal die Hamburger Museumslandschaft Revue passieren lässt, leicht auf die Idee kommen kann, dass uns nichts so wenig fehlt wie ein Luftfahrtmuseum.

- B Wir haben gerade mit Mühe und Not die Entschuldung der öffentlichen Museen auf den Weg gebracht. Wir haben gerade mit Mühe und Not ihren Zuschuss etwas erhöht. Der Kulturhaushalt ächzt noch darunter. Gleichzeitig ist ein Science Center geplant und im Bau, in dem man auch das eine oder andere Flugzeugmodell gut ausstellen könnte, wenn es denn nun partout sein muss. Die BallinStadt ist frisch angelaufen. Wir wissen noch nicht, ob sie sich trägt. Die ersten Rückmeldungen sind nicht gerade überschäumend, was den Publikumszuspruch angeht. Dann haben wir die "50er Schuppen" in Bezug auf Hafenmuseum, auch noch nicht so ganz klar, ob und wie sich das alles finanziert und tragen soll. Das Kommunikationsmuseum am Stephansplatz ächzt, weil es nicht weiß, wie die Bundesfinanzierung weitergeht, auch ein Teil der öffentlichen Geschichte. Ein Pressemuseum ist schon seit Jahren in Planung, wo auch die lokale Wirtschaft sagt, wir würden gerne, aber der Senat möchte uns gerne ein bisschen zusätzlich helfen. Dann gibt es eine Halbzusage für ein John-Neumeier-Ballett-Museum. Nun kommen Sie auch noch an und wollen ein Luftfahrtmuseum haben. Ich denke, ich bin im Weihnachtsfilm, wo einfach mal gesagt wird: Liebe Kinder, schreibt mal eure Wünsche auf und dann guckt der Papa mal und vielleicht sagt der Weihnachtsmann: Ja. Hier hat es sich aber merkwürdigerweise ereignet, dass eine komplette Regierungsfraktion offenbar im Moment völlig unbeaufsichtigt durch den Finanzsenator und die Kultursenatorin richtig

- C Unsinn beschließt, also nicht einfach ein individueller Beschluss von Herrn Hesse, sondern ein kollektives Nebelwerden und das ist schwer verständlich.

Außerdem muss ich noch ein bisschen grundsätzlicher sagen, dass mich schon immer irritiert hat, wieso ausgerechnet die konservative Partei in Deutschland eine so besondere Zuneigung und Mentalität für Brumm-Brumm-Geräusche, für Motoren und Technik und Beschleunigung hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe wirklich manchmal den Eindruck, Sie firmieren ja als christlich-demokratische Partei, aber dass bei Ihnen weniger das Kreuz von Golgatha Leitlinie ist, sondern mehr der Mercedes-Stern. Das ist doch ein bisschen merkwürdig,

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

wenn Sie da noch einen draufsetzen mit solch einer Geschichte. Jetzt zitiere ich mal einen richtig Konservativen, einen tiefschwarzen Menschen, den Kolumbianer Gómez Dávila. Der hat einen hübschen Aphorismus gesagt:

"Die Dummheit des Einzelnen entspricht in etwa proportional dem Enthusiasmus, den eine Maschine in ihm erwecken kann."

– Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

- D **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

(Zurufe von der GAL: Oh, oh!)

Klaus-Peter Hesse CDU:* Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Maier! Zum Schluss Ihrer Rede ist deutlich geworden, wofür die Grünen stehen. Sie stehen gegen eine Elbvertiefung und eine erfolgreiche Politik von Luftfahrtunternehmen wie Airbus. Ich finde es schade. Ich denke, lieber Kollege Maier, dass auch Sie so viel Größe haben sollten anzuerkennen, dass wir so große Arbeitgeber in dieser Stadt haben, die so viel geleistet haben, die auch zu Ihrer Zeit als Senator in dieser Stadt gewachsen sind

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir haben sie finanziert!)

und die es durchaus – und jetzt komme ich zu Ihrem Finanzierungsaspekt, lieber Kollege Maier – gemeinschaftlich schaffen sollten, solch eine Luftfahrtpräsentation darzustellen. Ich habe hier – und es steht auch nirgendwo in diesem Antrag, lieber Kollege Grund – in keiner Art und Weise gesagt, dass der Senat oder dass die Stadt Geld in die Hand nehmen soll, um solch ein Museum durchzufinanzieren oder aus dem Boden zu stampfen. Ich habe gesagt, dass der Senat die Gespräche mit den Unternehmen, die wir hier am Luftstandort haben, suchen soll, denn ich habe den Eindruck – und das haben die letzten Jahre auch gezeigt –, dass die Gesprächskultur nicht so ist, dass unbedingt zwischen diesen Unternehmen ein Ergebnis herauskommt, was solch eine Luftfahrtpräsentation bedeutet. Deswegen eher eine Maklerfunktion als vielmehr eine Finanzierungsfunktion. Ich glaube, auf dieser Basis können wir alle diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL*: Das stand aber nicht da und Sie haben auch etwas anderes gesagt!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drs. 18/7236 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 30, Drs. 18/7189, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 3.1 "Behörde für Bildung und Sport"; Kapitel 3370 "Sportförderung", Titel 3370.684.02 "Sportveranstaltungen", Nachbewilligung von Haushaltsmitteln gemäß Paragraf 33 Landeshaushaltsordnung in Höhe von 200.000 Euro für das Haushaltsjahr 2007 und 400.000 Euro für das Haushaltsjahr 2008 zur Absicherung des Deutschen Derbys im Galopprennsport.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6845: Haushaltsplan 2007/2008

Einzelplan 3.1 "Behörde für Bildung und Sport"

Kapitel 3370 "Sportförderung"

Titel 3370.684.02 "Sportveranstaltungen"

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln gemäß § 33 (2) Landeshaushaltsordnung (LHO) in Höhe von 200 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2007 und 400 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2008 zur Absicherung des Deutschen Derbys im Galopprennsport (Senatsantrag) – Drs. 18/7189 –]

B

Wer wünscht das Wort? – Herr Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Falls Sie es noch nicht wissen sollten, der Senat hat hellseherische Fähigkeiten. Er ist in der Lage, das Wetter drei Wochen vorher zu bestimmen.

(*Dietrich Rusche CDU:* Das beschließen wir einfach!)

Er ist darüber hinaus in der Lage, ohne weitere Unterlagen ein kräftiges Minus bei künftigen Veranstaltungen einzuschätzen. Auf beide Qualitäten, die der Senat bei dieser Drucksache gezeigt hat, werde ich noch zurückkommen.

Grundsätzlich sollte man als Mitglied des Sportausschusses froh sein, wenn sich der Senat dazu entschließt, mehr Geld für Sport auszugeben. Aber dieser Frohsinn ist bei uns Sozialdemokraten durch die Sportpolitik dieses Senats bereits seit Langem abhanden gekommen. Es ist wieder einmal der Profisport der Begünstigte. Es ist die alte Leier, Sie lassen den von Ihnen so stiefmütterlich behandelten Breitensport erneut links liegen. Das Signal, das damit ausgesendet wird, ist ebenso klar wie fatal. Sie geben einer Profiveranstaltung einen Dauerezuschuss für laufende Aufwendungen, Sie lassen sich erpressen und Sie zeigen dem Hamburger Breitensport erneut die kalte Schulter.

(Beifall bei der SPD)

C

Es ist in der Tat wirklich kein Zeichen von Besonnenheit, sich 14 Tage vor dem Galoppderby auf einen Antrag des Veranstalters so unter Druck setzen zu lassen und offensichtlich ohne ausreichende Unterlagen so schnell zu reagieren. Es ist falsch, die Schotten zu öffnen und unreflektiert Geld auszugeben, nur weil danach von dritter Seite für ein Event gefragt worden ist. Im Übrigen kann man auch von der zuständigen Senatorin verlangen, ihr Handeln klar und nachvollziehbar zu erklären. Die nicht eindeutigen Äußerungen der Senatsvertreter in den Ausschusssitzungen haben dazu geführt. Wir konnten den Grund für die aktuelle Situation des Hamburger Rennclubs in diesem Sommer und den Sinn für die Bereitstellung der Mittel auch für das Jahr 2008 nur schwerlich nachvollziehen.

Hinzu kommt das zumindest grenzwertige haushaltsrechtliche Verfahren der Mittelvergabe, das sich auch auf unsere Nachfrage hin im Haushaltsausschuss nicht vollkommen erschlossen hat. Ich will gleich hinzufügen, dass es eine Pflicht des Senats gegenüber dem Haushaltsrecht des Parlaments gewesen wäre, die Bürgerschaft wesentlich zeitiger und nicht erst nach Monaten zu unterrichten.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist das abgelaufen? Die Senatorin hat im Ausschuss erklärt, der Hamburger Rennclub sei 14 Tage vor Rennbeginn mit einem Antrag an die Behörde für Bildung und Sport herangetreten, die Einnahmen für das Jahr 2007 reichten nicht, es entstünde ein Defizit. Aufgrund der für den Senat so kurzfristig und anscheinend überraschend eingetretenen Situation sollte schnell gehandelt werden. Das Scheckbuch wurde gezückt und das Defizit ausgeglichen. Man wundert sich doch sehr. Da werden Pläne für die Doppelrennbahn geschmiedet und andere Gespräche geführt und kein Wort über die auch in der Presse erwähnten latenten Schwierigkeiten dieses Rennclubs und das bei einer Senatorin, die sich selbst als Pferdenärrin bezeichnet.

(Heiterkeit bei der SPD)

D

Vielleicht wäre da ein Zugehen der Senatorin sinnvoll gewesen. Dies wäre die zu erwartende Kontrollfunktion gewesen, die man vom Senat erwarten kann. Oder hängt die Schiefelage des Inhalts dieser Drucksache damit zusammen, dass die Senatorin nur im Wege einer sehr späten Auftragserfüllung anderer Senatoren tätig werden musste und deshalb nicht so recht informiert war? Ich kann an dieser Stelle die Weitsichtigkeit der Kollegen der CDU erwähnen. Diese wiesen nämlich in der Ausschusssitzung darauf hin, dass sich aus ihrer Sicht das entstandene Defizit 2007 in den letzten Jahren schon abgezeichnet hätte, allein schon aufgrund der zurückgehenden Totalisatorenumsätze und den rückläufigen Zuschauerzahlen.

Nun zurück zur Aufarbeitung dieser 400.000 Euro, denn das ist die Summe, die der Hamburger Rennclub verlangt hatte. Gleichzeitig wurde für das kommende Jahr aus dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht heraus die gleiche Summe noch einmal beantragt. Das ist für den Hamburger Rennclub eine wunderbare Einladung, sich im nächsten Jahr nicht besonders anzustrengen.

Nun, die wirkliche kaufmännische Vorsicht und im Übrigen der gesunde Menschenverstand rät einem doch, in

- A einem solchen Fall sich mit den Gründen der finanziellen Misere auseinanderzusetzen, bevor man einen Scheck ausstellt

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und erst recht natürlich bei einer Quasizusage, dass das Jahr 2008 haushaltsmäßig abgesichert sei.

Was waren die Ursachen für das Defizit? Wir haben im Ausschuss nachgefragt. Im Ausschuss wurde uns Abgeordneten zunächst das schlechte Wetter als Grund präsentiert. Das hätte unter anderem dazu geführt, dass ein ganzer Renntag buchstäblich ins Wasser fällt. Woher wussten die Antragssteller und Sie, Frau Senatorin, Mitte Juni, wie das Wetter Anfang Juli sein wird? Und woher wollen Sie jetzt wissen, wie das Wetter während der Renntage 2008 werden wird? Der Rennclub hat am 15. Juni den Antrag gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war es – und das wird, glaube ich, jeder nachvollziehen können –, jedenfalls für uns Sterbliche nicht möglich, die Auswirkungen der Wetterlage zu prognostizieren.

Dann wurde im Ausschuss als weitere Begründung das Defizit des geringeren Spendenaufkommens nachgeschoben. Wieso ein geringeres Spendenaufkommen, wo doch der wirtschaftliche Aufschwung gerade für diese Klientel bereits im Frühjahr dieses Jahres erkennbar war?

Alles das könnte ein Grund für Alarmzeichen von strukturellen Problemen im Konzept der Veranstalter sein, doch hiermit wurde sich bei der zuständigen Behörde offensichtlich nicht befasst. Auch zu den Abschlüssen der vergangenen Jahre konnten die Senatsvertreter mangels entsprechender Unterlagen – wie sie selbst ausführten – keine Auskunft geben.

B

Unerklärlich ist auch, dass man sich bei einer derart hohen Summe nicht die Abschlusszahlen so zeitig vorlegen lässt, damit aus dritter Sicht die möglichen Ursachen für das Defizit gezogen werden, um dann dem Parlament hinreichend Auskunft geben zu können.

Zu dieser Situationsanalyse muss man das Fazit ziehen, dass die Senatorin ihre Hausaufgaben, wie Analyse, Controlling und Aufsicht, einfach nicht gemacht hat.

Eine solche Prüfung hätte im Übrigen den Vorteil gehabt, bestimmte Ungereimtheiten aufzuklären. Beispielsweise die Tatsache, dass vom Jahre 2006 auf 2007 höhere Preisgelder ausgelobt worden sind. Das macht insgesamt – man höre und staune – 45 Prozent der Gesamtaufwendung von 4 Millionen Euro aus, was der Steuerzahler mit begleichen soll.

Die gesamte Veranstaltung ist ein Defizit und das wird von der Hansestadt ausgeglichen. Und damit werden letztendlich auch diese Preisgelder einschließlich deren Steigerung mit finanziert. Das kann nun wirklich nicht die Aufgabe der Politik sein. Wir Sozialdemokraten lehnen das ganz entschieden ab.

(Beifall bei der SPD und bei *Manuel Sarrazin GAL*)

Im Übrigen muss man deutlich machen, dass diese Nachbewilligung eine Steigerung des bisherigen Haushaltsansatzes im Jahre 2007 und für 2008 von rund 50 Prozent ausmacht. Eine derart hohe Summe für eine einzelne Maßnahme finden Sie bei keiner anderen Position dieses Haushaltsansatzes.

Das ist im Vergleich zu anderen Bereichen der Sportförderung mehr als unverhältnismäßig. Ich wiederhole an

dieser Stelle noch einmal: Sie halten an der finanziellen Einschränkung des Breitensports fest. Sie zwingen den Hamburger Sportbund in diesem Jahr erneut, den haushaltsmäßig festgelegten Zuschuss von 6,7 Millionen Euro um mehr als 10 Prozent zu kürzen. Wir Sozialdemokraten haben für diese Entscheidung kein Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Wer bei dieser arroganten Haltung gegenüber dem Breitensport auf dem hohen Ross sitzt, muss sich nicht wundern, wenn er am 24. Februar 2008 vom Pferd fällt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dietrich.

Lars Dietrich CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was mich jetzt bereits am Anfang der Debatte ein wenig stört, ist wieder die sehr ideologische Ausrichtung des Redebeitrags des SPD-Abgeordneten. Es ist immer wieder festzustellen, dass Herr Schmidt seit drei Jahren versucht, in diesem hohen Hause zu penetrieren, dass in dieser Stadt nur der Spitzensport und nicht der Breitensport stattfindet. Aber das Gegenteil ist hier der Fall.

(*Jürgen Schmidt SPD:* 6 Jahre!)

– Herr Schmidt, für mich seit drei Jahren, seitdem ich als sportlicher Sprecher die Replik auf Ihre Reden halten darf.

(Beifall bei der CDU)

In Hamburg geben wir 8,1 Millionen Euro überwiegend für den Breitensport aus. Für die Jahre 2007 und 2008 sind es sogar 16,2 Millionen Euro. Zudem, Herr Kollege Schmidt – das habe ich bereits mehrmals ausgeführt –, bedingen sich Breitensport und Wettkampfsport einander. Ohne den Breitensport ist der Wettkampfsport nichts und ohne den Wettkampfsport fehlen auch die Vorbilder für den Breitensport. Das gehört seit Jahrzehnten zusammen, was auch jeder Sportpolitiker und derjenige, der etwas von Sport versteht, weiß. Und die Spitzensportveranstaltungen sind die flankierende Maßnahme. Also nochmals, mir würde es wesentlich besser gefallen, wenn wir zu einer sachlich orientierten sportpolitischen Debatte kommen und nicht versuchen, mit ideologischen und klassenkämpferischen Ausführungen das Thema zunichte zu machen.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD:* Was Sie machen, ist doch Klassenkampf!)

– Herr Buss, Sie sollten sich zurückhalten. Sie sind mit Ihrem Sohn ein gern gesehener Gast auf dem Galoppderby in Hamburg-Horn.

(*Wilfried Buss SPD:* Was hat das denn damit zu tun. Ja, ja, ich komme gleich nach vorn!)

Und Sie als Altlinker sollten sich hier nicht so aufspielen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Thomas Böwer SPD*)

– Herr Kollege Böwer, man muss nur seine Debattenbeiträge hören.

(Unmutsäußerungen von der SPD)

C

D

- A Das Deutsche Galoppderby ist ein Spitzenereignis internationalen Ranges. Im Jahre 2006 haben 65.000 Zuschauer den Weg nach Hamburg-Horn gefunden und im Jahre 2007 waren es sage und schreibe 82.000 Zuschauer, Herr Buss mit seinem Sohn war einer davon.

(Petra Brinkmann SPD: Wohl auch da gewesen!)

Hamburg ist eine Stadt des Pferdesports und jetzt kommen wir vielleicht auf die Versachlichung des Themas. Wir haben nicht nur das Deutsche Dressur- und Springderby, sondern auch mehrere Trabrennveranstaltungen in Bahrenfeld und wir haben als flankierende Maßnahme die Ausstellung "Hansepfed".

Was besonders bemerkenswert ist – und das mag man gar nicht vermuten, außer derjenige, der aus dem Wahlkreis Bergedorf kommt und das größte Flächengebiet, nämlich die Vier- und Marschlande, vor der Haustür hat –, in Hamburg gibt es 70 Reit- und Fahrvereine mit 8.500 Reitsportlerinnen und Reitsportlern. Wir haben 50 Reithallen und 4.000 Pferde, die auf hamburgischem Gebiet zu Hause sind

(Thomas Böwer SPD: Die Pferde!)

– ja, Pferde – sowie 120 Kilometer Reitwegenetz, Herr Kollege Böwer.

Die Synergien von den Breiten- und Spitzensportveranstaltungen sind gesellschaftsübergreifend. So hat beispielsweise das Deutsche Galoppderby – das wissen viele, die Hamburg-Horn besuchen – familienfreundliche Eintrittspreise.

(Thomas Böwer SPD: Ja, das weiß der Kollege Buss!)

- B – Ja, das weiß der Kollege Buss.

Ich komme jetzt zum Thema Finanzen. Es handelt sich hierbei um eine einmalige beziehungsweise vorsorgliche Bereitstellung von Finanzmitteln. Stellt man sich einmal das Argument vor, dass es – wie der Kollege Schmidt das propagiert hat – besser wäre, wenn das Geld ausschließlich in den Breitensport fließen würde, dann muss man zunächst grundsätzlich gegen den Verbleib des Deutschen Galoppderbys in Hamburg stimmen. Ich bin gespannt, ob die sozialdemokratische Fraktion gegen ein solches internationales Event, das schlicht und ergreifend zu Hamburg gehört, stimmt und damit deutlich macht, dass sie das Deutsche Galoppderby nicht mehr will, denn das ist die Schlussfolgerung des Redebeitrags des Kollegen Schmidt.

(Wilfried Buss SPD: Glatte Erpressung! – Thomas Böwer SPD: Galoppieren ohne Sully!)

Die Summe deckt unter anderem die hohe und jährlich wiederkehrende finanzielle Belastung des Hamburger Rennclubs durch die wettkampfgerechte Herstellung des sanierungsbedürftigen Geläufs und weiterer Maßnahmen, wie beispielsweise die Herstellung der Tribünen und anderer Zuschauerbereiche. Das, Kollege Schmidt, haben Sie heute der Bürgerschaft vorenthalten.

Es handelt sich also um investive Dinge, ohne die, wenn sie nicht vorgenommen werden, die Veranstaltung einfach nicht durchführbar wäre. Eine Sanierung des Geläufs, der Tribünen und der Catering-Bereiche kommt aber erst nach oder durch die noch ausstehende Entscheidung über eine Kombibahn von Trab- und Galopprennbahn in Hamburg-Horn in Betracht. Erst dann fallen

diese hohen jährlichen Instandsetzungskosten für den Hamburger Rennclub weg. Das heißt, wenn wir in Hamburg-Horn die Doppelrennbahn erhalten, machen wir heute eine Zukunftsinvestition, weil wir über zwei Jahre lang das Deutsche Galoppderby in Hamburg sichern und in drei Jahren die Doppelrennbahn erhalten. Dann brauchen wir auch keine so hohen Betriebsdefizite mehr zu befürchten.

(Beifall bei der CDU)

Ein zusätzliches und für mich sehr wichtiges Argument ist, dass eine neue Kombibahn zur Folge hat, dass ein weiteres, qualitativ hochwertiges Event organisiert werden kann. Das generiert wiederum Mehreinnahmen und erhöht damit auch die Qualität des gesamten Deutschen Galoppderbys. Hieraus könnten wiederum höhere Einnahmen durch Spenden und Sponsoren folgen. Insofern ist der Zuschuss in den Pferderennsport und für die Stadt Hamburg wirklich eine gute Investition.

Für mich ist es grundsätzlich wichtig, das Deutsche Galoppderby in Hamburg zu halten, Herr Kollege Schmidt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Der Breitensport – das habe ich bereits erwähnt – darf von Ihnen nicht ständig gegen den Spitzensport ausgespielt werden. Die Sportstadt Hamburg benötigt beides.

Wie hätten Sie denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, reagiert, wenn der Senat nicht so schnell gehandelt hätte und das Derby nun in einer anderen Stadt seine Heimstätte gefunden hätte? Der Ruf, Herr Kollege Buss, warum der Senat das international renommierte Deutsche Galoppderby in eine andere Stadt ziehen lässt, würde mir jetzt schon in den Ohren hallen. Das haben Sie in der Vergangenheit schon immer bewiesen. Wenn der Senat aus Ihrer Sicht nicht schnell genug reagiert hat, dann haben Sie sofort geschimpft, gemeckert, gemotzt und gemosert. Jetzt hat der Senat eine richtige zukunftsweisende Entscheidung gefällt.

(Beifall bei Kai Voet van Vormizeele CDU)

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wären Sie noch in der Regierungsverantwortung – und, gottlob, er möge das die nächsten zwanzig, dreißig oder vierzig Jahre für diese Stadt verhindern –, hätten Sie die Fehlbedarfsfinanzierung verweigert und das Galoppderby in eine andere Stadt ziehen lassen? Wenn ja, dann bekennen Sie sich heute eindeutig dazu und wenn nein, dann sollten Sie der Finanzierung und ebenso dem Petition zustimmen. Diese Frage und diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU – Manuel Sarrazin GAL: Sie haben auf das falsche Pferd gesetzt! – Gegenruf Thomas Böwer SPD: Vergaloppiert!))

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, über das Vergaloppieren müssen wir jetzt noch ein bisschen reden.

Lieber Herr Kollege Dietrich, ich möchte an den 5. September dieses Jahres erinnern, als wir im Sportausschuss die Debatte zu dieser Drucksache geführt haben.

- A Seinerzeit haben Sie sich deutlich kritischer geäußert und selbst auch gewisse Bedenken gehegt. Ihnen war auch klar, dass es eine hohe Summe ist. Sie haben zwar erklärt, dass Sie diese Summe ausgeben wollen, aber sie war aus Ihrer Sicht zumindest ein bisschen kritikwürdig. Diese Summe sollte auf jeden Fall eine Ausnahme bleiben, was sie meiner Meinung nach nicht sein wird, weil ich davon überzeugt bin, dass diese Summe bestimmt auch ein zweites Mal gegeben wird.

Weiterhin haben Sie ausdrücklich noch einmal daran erinnert, dass die Senatorin aus Ihrer Sicht eine begrüßenswerte Aussage gemacht hätte,

(Bernd Reinert CDU: Viele begrüßenswert!)

nämlich, dass die Stadt keine Preisgelder finanzieren würde. Genau das ist nicht passiert. Das hat Herr Schmidt bereits sehr klar und deutlich ausgeführt und ich kann das nur unterstützen. Auf der einen Seite steigen seit drei Jahren regelmäßig die Preisgelder beim Deutschen Derby beziehungsweise bei der Rennwoche und auf der anderen Seite will man plötzlich Geld von der Stadt haben. Das muss man mir erst einmal erklären.

Dahinter steckt meiner Meinung nach, dass man nicht in der Lage war, rechtzeitig auf die ungefähr seit dem Jahre 2000 bestehenden Einnameausfälle aus den Totalisatoreinnahmen zu reagieren. Das betrifft nicht nur Hamburg, sondern auch andere Rennbahnen. Man hat es nicht geschafft, hiermit sinnvoll umzugehen und ein neues Konzept zu entwickeln. Die einzige Antwort ist, die Preisgelder zu erhöhen. Das können wir als Stadt nicht unterstützen.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Ganz abgesehen davon haben Sie in dieser Ausschusssitzung auch noch einige sehr kritische Fragen gestellt. Eine Frage war beispielsweise, ob – und wenn ja in welcher Höhe – in den vergangenen Jahren bereits Defizite bei der Ausrichtung des Deutschen Derbys aufgetreten seien. Hierauf hat Ihnen der Senat keine Antwort gegeben.

Das Erschreckende an der ganzen Debatte und Auseinandersetzung ist aus meiner Sicht gewesen, dass ich den Eindruck gewonnen habe, dass man nur auf das bloße Wort des Hamburger Rennclubs reagiert und nicht genau geprüft hat, was eigentlich die Hintergründe hierfür sind und sich aufgrund einer solchen Prüfung vielleicht auch andere Unterstützungsmöglichkeiten hätte überlegen können, die überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden sind. Wir haben nachgefragt, warum der Senat nicht über Ausfallbürgschaften nachgedacht hat, worauf wir keine Antwort erhalten haben.

Man hätte bestimmte Investivmittel unterstützen können. Allerdings ist noch die Frage zu klären, was man unter Investivmittel versteht. Das ist beispielsweise die temporäre Geläufwiederherstellung, was ein wichtiges Thema ist und meinerseits der einzige Punkt wäre, der berechtigterweise aus der öffentlichen Hand zu finanzieren ist.

Das Zurverfügungstellen einer funktionsfähigen Infrastruktur für Sportstätten, auch für Profisportstätten, ist, glaube ich, ein Stück weit Konsens. Das tragen alle mit. Das war beim HSV so und ist bei St. Pauli nicht anders. Man hätte das Geläuf für die Übergangsphase hergestellt, bis die neue Bahn angelegt ist. Das wäre dann eine klare Abgrenzung gewesen. Sie aber werden darüber

C hinaus Gelder zur Verfügung stellen und das ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt.

Ich habe heute ein bisschen bei Google im Internet geblättert und bin auf interessante Äußerungen des Vorsitzenden des Hamburger Rennclubs im Vorfeld der Veranstaltung in diesem Jahr gestoßen. Er hat auf NDR 90,3 erfreut verkündet, dass es dieses Jahr zum ersten Mal gelingen würde, über 1 Million Euro Preisgeld nur für das Derby zu dotieren und die verbliebene 1 Million Euro von insgesamt 2 Millionen Euro Preisgeld verteile sich auf die anderen Rennen in der gesamten Woche. Das sei das höchste Preisgeld, was es je in einem einzigen Rennen auf einer deutschen Galopprennbahn gegeben habe.

Wenn man sich mit einer derartigen Aussage rühmt, kann man nicht allen Ernstes von der Stadt erwarten, noch entsprechend finanziert zu werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das machen wir nicht mit und werden uns dem verweigern. Das macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn und schon gar nicht, wenn man eine Art Vorratsabschluss und Freibrief für das nächste Jahr ausstellt und nicht von dem Veranstalter – genau wie bei anderen Zuwendungsempfängern auch – verlangt, dass sie sinnvolle Planungen vornehmen, die man sich genau anschaut.

In diesem Fall war es möglich, innerhalb von vier Wochen einen Zuwendungsbescheid zu erstellen mit der Begründung, dass bei einem abschlägigen Bescheid das Rennen woanders hingegangen wäre. Das kann ich mir nicht vorstellen.

D Der Antrag kam acht Tage vor dem ersten Renntag der diesjährigen Rennwoche. In der Zeit hätte man niemals mehr das Rennen woandershin verlegen können. Meiner Meinung ist auch zweifelhaft, warum diese Eile geboten war. Dass man darüber spricht und versucht, zu helfen, wenn eine solche geschichtsträchtige Veranstaltung wie das Galoppderby derart auf dem Spiel steht, ist keine Frage für mich. Aber der Ablauf erweckt doch höchste Zweifel und sieht eher aus, wie ein riesiges Wahlgeschenk an eine bestimmte Klientel in Hamburg und weiter nichts. Der Breitensport hat hierunter zu leiden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie stimmen mit mir sicherlich überein, dass Hamburg nicht erst seit gestern eines der bedeutendsten Pferdesportzentren in Deutschland ist. Die Tradition geht bis ins 19. Jahrhundert zurück. 138 Jahre Deutsches Derby in Hamburg und bis ins 19. Jahrhundert zurückgreifende Trabrennen in Bahrenfeld zeigen die Bedeutung des Pferdesports in Hamburg.

Der Pferdesport hat für unsere Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und für unsere Metropolregion sowohl national als auch international eine ganz besondere Bedeutung. Eine Reihe von Ihnen war auch schon sehr häufig auf den Veranstaltungen und liebt diesen Charakter der Pferdesportveranstaltungen. Er ist seit über 100 Jahren etwas für Groß und Klein, für Jung und Alt. Kinder bis 14 Jahren haben freien Eintritt und an zwei Tagen haben alle Familien kostenfreien Eintritt. Das zeigt auch die Pferdever-

- A bundenheit der Stadt Hamburg. Auch wenn es ein Einnahmeverlust für den Veranstalter ist, halten wir alle daran fest.

(Thomas Böwer SPD: Sie müssen dann mehr wetten, Frau Senatorin!)

Für den Stadtteil Horn hat das Derby darüber hinaus noch einen ganz besonderen Stellenwert. Wir haben im Jahre 2007, obwohl ein Renntag buchstäblich ins Wasser gefallen ist, eine Zuschauersteigerung gegenüber dem letzten Jahr von über 20 Prozent gehabt. Das spricht für sich.

Auf der anderen Seite sind die notwendigen Kosten, die mit der Durchführung eines solchen Sportereignisses zusammenhängen, in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das hat etwas mit dem baulichen Zustand und auch mit der Bahn zu tun. Nicht nur in Hamburg, sondern auch an anderen Orten machen die rückläufigen Einnahmen auf der Totalisatorertragseite struktureller Art Sorgen.

Das heißt also, dass der Finanzierungsplan des Veranstalters, dem Hamburger Rennclub, im Jahre 2007 eine Deckungslücke von rund 400.000 Euro aufwies.

Frau Dr. Lappe, bevor wir eine Zusage erteilt haben, haben wir den Finanzierungsplan geprüft. Selbstverständlich ist beispielsweise auch eine Ausfallbürgschaft angesprochen worden. Ich glaube, Sie wissen wie alle anderen hier im Saal, dass die Voraussetzung für eine Ausfallbürgschaft ein auskömmlicher Finanzierungsplan ist. Bei einer Ausfallbürgschaft handelt es sich um eine Risikoabsicherung und nicht um die Möglichkeit einer Fehlbefarfsfinanzierung. Sie wissen, dass dieses hier nicht infrage kam.

B

Die Preisgelder wurden nicht durch unsere Zuwendungen finanziert. Auch dieses ist eindeutig belegbar, weil jeder Veranstalter vor dem Veranstaltungsjahr belegen muss, dass die Preisgelder durch Totalisatorerträge und weiterer Erträge gedeckt sind. Auch dieses ist geprüft worden.

Es bestand also jetzt, nachdem uns diese Deckungslücke im Finanzierungsplan vorgelegt wurde, die reale Gefahr, das Recht am Deutschen Derby an andere Konkurrenten zu verlieren, zum Beispiel an Köln. Köln stand in den Startlöchern.

Angesichts dieser Lage hat sich der Senat für die Sicherung des Deutschen Derbys in Hamburg entschieden. Mit der Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 200.000 Euro für das Haushaltsjahr 2007 leistet die Stadt damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Derbys in unserer Stadt.

Ich möchte an der Stelle Folgendes nicht verhehlen: Für den Senat war es eine schwere Entscheidung, die Mittel zu bewilligen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht, wir haben Stunden verhandelt und beraten. Aber wir haben alle Vor- und Nachteile sorgfältig abgewogen und es war für uns die einzig richtige Entscheidung. Ohne die Unterstützung der FHH wäre die Durchführung nicht möglich gewesen. Das hätte in Hamburg eindeutig das Ende des Galopprennsports bedeutet.

Herr Schmidt, wir sollten langsam mit der Mär aufhören, dass der Senat sich nicht für den Breitensport einsetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen Sportfördervertrag beschlossen. Dieser Sportfördervertrag 2007/2008 in Höhe von über 16 Millionen Euro bedeutet Verlässlichkeit und Sicherheit für die Sportvereine. Sie wissen genau, dass dieser Betrag bis auf kleine Beträge überwiegend im Breitensport landet und sonst nirgendwo.

C

(Beifall bei der CDU)

Um dauerhafte Einschränkungen beim Rennsport, bei den Sportveranstaltungen insgesamt für das Jahr 2008 zu vermeiden, haben wir mit dieser Ihnen heute vorgelegten Drucksache aus Gründen der Vorsicht und Vorsorge

(Doris Mandel SPD: Das ist Erpressung!)

weitere 400.000 Euro beantragt. Ich möchte an der Stelle eindeutig sagen, Herr Schmidt, wir haben dem HRC für 2008 keine Bewilligung ausgesprochen. Das ist schlichtweg falsch. Wir betreiben Vorsorge, die Sie auch vom Senat verlangen können, wenn wir den Eindruck haben, dass wir im Jahre 2008 mit unserem Titel "Sportveranstaltungen in Hamburg" nicht auskömmlich sein werden. Deshalb gibt es für 2008 die Beantragung dieser Verstärkungsmittel aus dem Gesamthaushalt.

Die Unterstützung des HRC, die wir ihm 2007 haben zukommen lassen und die wir ihm eventuell – das wissen wir noch nicht – auch im Jahr 2008 zukommen lassen wollen, sind weder dauerhaft, noch haben wir sie unreflektiert vergeben. Ich denke, das war deutlich aufgrund meiner Aussagen. Die Gesamtbewertung war für unsere Stadt insgesamt sehr ausgewogen.

Lassen Sie uns in die Zukunft blicken. Der Pferdesport soll und wird in Hamburg bleiben, nämlich dann, wenn es uns gelingt, die Pferdesportinfrastruktur zu verbessern. Dazu gehören Flottbek, eine Anlage für die Traber sowie eine Anlage für die Galopper. Deshalb prüfen wir derzeit – und Sie wissen es – Möglichkeiten, Traben und Galopp auf einer Pferderennbahn zu kombinieren, wir sprechen hier von der Kombibahn. Sollte uns das gelingen, wird der Pferderennsport nachhaltig mit einer neuen Sportanlage eine Zukunft in Hamburg haben. Aber die Prüfungen dazu sind heute noch nicht abgeschlossen.

D

Sie sehen, dass es sich in diesem Bereich im Moment um sehr schwierige Rahmenbedingungen handelt. Wir können aber, wenn wir alle zusammenhalten, den Pferderennsport in Hamburg weiterhin halten. Der Pferderennsport gehört zu Hamburg und wir wollen alle, dass das auch so bleibt. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Senatorin, im Sportausschuss haben Sie sich noch anders geäußert. Der Senat hat sich so geäußert, dass das Gesamtbudget der Veranstaltung 4 Millionen Euro sei einschließlich der Preisgelder. An einer anderen Stelle wurde gesagt, dass die Preisgelder 2 Millionen Euro seien und dass in dieses Gesamtbudget Ihre Subventionen gehen. Jetzt sagen Sie, die Preisgelder seien gar nicht drin gewesen. Was ist denn nun richtig? Warum erzählen Sie uns im Sportausschuss solche Sachen und hier etwas anderes. Damit Sie suggerieren können, dass

- A die Mittel, die Sie zur Verfügung stellen, nicht in Preisgeld gehen? Ich bitte Sie, das noch einmal aufzuklären.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Antje Möller GAL*: Das kann sie nicht!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drs. 18/7135, Antrag der GAL-Fraktion: Saubere Luft in Hamburgs Hafen!

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Saubere Luft in Hamburgs Hafen!
– Drs. 18/7135 (Neufassung) –]**

- B Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss sowie den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Meine Damen und Herren! Es liegt etwas in der Luft, in Hamburg ein ganz besonderer Duft und das ist der Duft von Schwefel. Es ist nicht der Leibhaftige, der ihn verursacht, es geht um Immissionen von Schiffen. Bei allen Debatten, die wir in den letzten Jahren zum Thema Luftreinhaltung und Klimaschutz geführt haben, hat die durch Schiffsantriebe ausgelöste Luftverschmutzung immer nur eine geringe Rolle gespielt, denn Schiffe gelten landläufig als besonders umweltfreundliche Verkehrsträger, denn sie verbrauchen wenig Treibstoff pro transportierter Masse. Dabei wird aber völlig außer Acht gelassen, was für ein Treibstoff das ist und wie dieser Treibstoff verbrannt wird. Schiffsdiesel laufen vor allen Dingen mit Schweröl, meine Damen und Herren. Dieser Raffinerieabfall ist von fester bis pastöser Konsistenz und muss erst einmal auf über 100 Grad erhitzt werden, um überhaupt pumpfähig zu werden, damit die Maschinen ihn verarbeiten können. Dieser Raffinerieabfall enthält durchschnittlich 2,7 Prozent Schwefel, weshalb Schiffe zu den weltweit größten Schwefelimitanten gehören. 2,7 Prozent ist zweitausendsiebenhundert Mal so viel wie handelsüblicher Pkw-Diesel enthält. Die Abgase dieser Schiffsmotoren, die das verbrannt haben, werden in aller Regel ungefiltert – ohne Katalysatoren oder dergleichen – in die Umwelt entlassen. Deshalb werden Schiffe oft auch als "schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen" bezeichnet.

(Beifall bei *Jörg Lüthmann GAL*)

C

Leider muss man feststellen, dass dieser Vergleich nur begrenzt zutrifft, haben wir doch heute in den meisten Müllverbrennungsanlagen hochwirksame Filteranlagen zur Reduzierung dieses Ausstoßes von klimaschädlichen Abgasen. Das stand in einer Pressemitteilung der CDU-Altona vom 1. November. Wir sagen: Glückwunsch, das haben Sie mittlerweile auch erkannt.

Diese Feststellung ist zwar richtig, dass normale Müllverbrennungsanlagen mittlerweile bessere Filteranlagen haben als Schiffe. Aber es macht die Sache nicht besser. Denn die Schiffe emittieren trotzdem einen Großteil der Stick- und Schwefeloxide in den Hafenstädten. 75 bis 90 Prozent der Belastung mit diesen Gasen stammt aus den Schiffsmotoren. Untersuchungen der Europäischen Kommission zeigen, dass die seeverkehrsbedingten Emissionen im Jahr 2010 voraussichtlich 75 Prozent der an Land erzeugten Emissionen erreichen werden und die an Land verursachten Emissionen dieser Gase im Jahre 2020 übertroffen werden.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Das ist besonders für Hamburg ärgerlich, weil in Hamburg der Schiffsverkehr bekanntermaßen stark anwächst. Im Jahre 2006 liefen über 12.000 Schiffe den Hamburger Hafen an, das waren über 7 Prozent mehr als im Jahre 2000. Im Jahre 2006 liefen 285 besonders große Schiffe über 80.000 Bruttoregistertonnen den Hafen an. Im Jahre 2000 waren es noch 26, das ist mehr als eine Verzehnfachung. Große Schiffe machen auch mehr Dreck. Das ist offensichtlich.

D

Die Emissionen sind dadurch besonders gestiegen. Besonders unerfreulich ist das, da der Hafen in Hamburg im inneren Stadtgebiet liegt. Besonders unerfreulich ist es, dass die Kreuzfahrtterminals in der HafenCity und in Altona dicht an Wohngebieten liegen. Die Schiffe verbrauchen auch während ihrer Liegezeit im Hafen sehr viel Energie, bis zu 10 Megawatt verbraucht ein großes Kreuzfahrtschiff. Auch die großen Containerschiffe, die mit vielen Kühlcontainern ausgestattet sind, haben sehr hohe Energieverbräuche.

Nun ist es in der HafenCity im Besonderen so, dass durch die Emissionen der Schiffe in den Kaizonen keine Wohngebiete ausgewiesen werden können. Die Luftverschmutzungen sind einfach zu hoch. Die Grenzwerte für Stickoxid, Schwefeldioxid und Feinstaub werden übertroffen. Das ist eigentlich ein Absurdum, dass man sich in der HafenCity gerade daran macht, einen besonders klimafreundlichen und emissionsarmen Stadtteil zu bauen, und dass man dort einen Goldstandard für energieeffiziente Gebäude entwickelt hat. Und direkt an der Kaikante liegen diese schwimmenden Sondermüllverbrennungsanlagen. Das kann doch wohl nicht sein, dass man in Hamburg an der Kaikante aufhört zu denken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es muss auch nicht so sein. Anstatt beispielsweise 3,5 Millionen Euro für eine Belüftungsanlage des Terminals an der Van-der-Smissen-Straße auszugeben, sollte man das Geld sinnvoller investieren, um das Auftreten der Verschmutzung und die Entstehung des Qualms überhaupt zu verhindern, anstatt die Menschen in den Gebäuden vor dem Qualm zu schützen. Die Technologie dafür heißt Landstromversorgung. Sie ist vorhanden.

- A Namhafte deutsche und auch gerade Hamburger Firmen sind Vorreiter bei der Entwicklung. Die Firma SAM aus Altona hat beispielsweise gerade eine Landstromversorgung an den Hafen von Antwerpen verkauft. Keine andere Technologie als die Landstromversorgung ist in der Lage, die Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Feinstäuben um über 95 Prozent zu verringern. Auch die Verbrennung saubererer Kraftstoffe, das sogenannte Fuel-Switching, das bei einigen Schiffen möglich ist, kann diese Emissionsreduktionen nicht erreichen.

Genau deshalb beginnen mittlerweile viele Hafenstädte, Liegeplätze mit Landstrom auszustatten, sei es das schon genannte Antwerpen für Containerschiff-Liegeplätze oder auch für Kreuzfahrtschiff-Liegeplätze, wie beispielsweise in Seattle. Viele Hafenstädte sind dabei, auch ihre neuen im Bau befindlichen Terminals mit Landstrom auszustatten, beispielsweise in Kiel. In Bremen hat gerade die CDU-Opposition eine Große Anfrage gestellt, die den Senat auffordert, zu prüfen, wie die bremischen Häfen mit Landstromanlagen ausgerüstet werden können.

Oft wird eingewandt – das habe ich hier auch schon des Öfteren von einigen Kollegen gehört –, es gäbe noch keinen internationalen Standard für die Landstromversorgung und man wolle in Hamburg keine Insellösung aufbauen. Dazu muss man aber festhalten und wissen, dass die internationale Normierung der Landstromversorgung bereits sehr weit fortgeschritten ist. Im Frühjahr wird die ISO, die International Organization for Standardization, eine entsprechende ISO-Norm verabschieden und Lloyd's Register in London rechnet damit, dass diese Norm im nächsten Juli in Kraft treten wird. Auch diverse Reedereien und Containerlinien, wie beispielsweise die japanische NYK, investieren Zigmillionen in die Umrüstung ihrer Schiffe auf Landstromversorgung. Mitsubishi baut in Japan für die Evergreen Line, deren Schiffe auch Hamburg häufig anlaufen, Containerschiffe mit emissionsarmen Maschinen, die mit Landstromanschlüssen ausgestattet sind. Und die Reederei AIDA Cruises ist, wie sie öffentlich geäußert hat, gesprächsbereit für die Landstromversorgung.

- B Deswegen summa summarum: Worauf warten wir noch? Sollen wir warten, dass die Entwicklung an Hamburg vorbeiläuft und andere Hafenstädte diese umweltfreundliche Technologie einsetzen, die in Hamburg entwickelt wird und im Grunde genommen aus Hamburg in die Welt verkauft wird? Oder wollen wir erreichen, dass die HafenCity und Altona von diesen schwer luftbelastenden Emissionen entlastet werden? Ich hoffe, Sie – das haben Sie angekündigt – überweisen den Antrag an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftssowie Stadtentwicklungsausschuss. Das wäre sehr gut und sehr richtig. Wir wollen diesem Missstand Abhilfe leisten. Ich hoffe, wir können in den Ausschüssen weitere wichtige Schritte tun, um das in dieser Legislaturperiode noch voranzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Ohlsen hat das Wort.

Olaf Ohlsen CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir stellen uns natürlich und selbstverständlich der Diskussion zur Schadstoffreduzierung im Schiffsverkehr. Herr Lieven, es ist nicht nur so, dass die Steck-

dose das einzig Wahre ist, sondern wir sehen natürlich auch noch andere Möglichkeiten in diesem Bereich.

(Doris Mandel SPD: Aha, welche?)

Zum Beispiel würde eine weitere drastische Senkung des Schwefelgehaltes in den Treibstoffen, die Verwendung alternativer Treibstoffe beispielsweise Gas sowie der Einsatz von Filter- und Motorentechniken, die es auch gilt auf den neuesten Stand zu bringen, und last but not least Landstromversorgung zur Schadstoffreduzierung führen. Grundsätzlich ist Landstrom zu begrüßen. Entscheidend und wichtig hierbei ist aber aus unserer Sicht die Klärung der folgenden Punkte.

Erstens: Ein einheitlicher technischer Standard auf globaler Ebene. Das ist der entscheidende Punkt, um Wettbewerbsnachteile oder eine Insellösung für den Hamburger Bereich zu vermeiden.

Zweitens: Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung für die Häfen und des Risikos hoher und gleichzeitig nutzloser Investitionen aufgrund von divergierenden technischen Voraussetzungen wie zum Beispiel unterschiedlichen Stromsystemen. Auch dieses ist ein entscheidender Punkt.

Drittens: Finanzierung, Bau, Unterhaltung, Wartung und Sicherung dieser Anlagen an Land aber auch auf den Schiffen und die Umrüstung der Schiffe sind nicht preiswert. Man schätzt Beträge von 0,5 bis 1 Million Euro pro Schiff.

Wir sind gegen eine Hamburger Insellösung, weil sonst massive Wettbewerbsverzerrungen und Nachteile für Hamburg drohen, die wir nicht wünschen. Hier gilt es, insbesondere mit den Häfen der Nordrange und mit der EU einheitliche Regularien zu finden. Auch das werden wir in den Ausschüssen noch inhaltlich besprechen können. Wir brauchen insbesondere klare Regelungen bezüglich Gewährleistung und Versicherung für die Übergabestellen und die Leitungen. Wir brauchen insbesondere die Gewährleistung für die weiterhin flexible Nutzung der Umschlagsanlagen, das heißt für mich und für die Betreiber keine Festlegung der Liegeplätze durch die Stromanschlüsse. Aufbau, Bau und Erhaltung, Hochwasser-, Deichsicherheit und Statik spielen hierbei eine entscheidende Rolle.

Sicherstellung – um noch einmal zu diesem Punkt zu kommen – eines schnellen Wechsels zwischen Standbetrieb Landstrom einerseits und Fahrbetrieb Motor andererseits insbesondere für Notfälle ist ein weiterer entscheidender Punkt. Ausreichende Kraftwerkskapazitäten müssen natürlich berücksichtigt werden. Sie haben es angesprochen, es wird sehr viel Strombedarf erforderlich sein, um große Fahrgastschiffe mit Strom zu versorgen. Derzeit, das ist Fakt, reichen diese Kapazitäten bei Weitem nicht für die Landstromversorgung von Schiffen im Hafen aus. Und was für mich entscheidend ist, es fehlen auch Daten über die Relation zwischen Schadstoffeinsparung bei der Landstromnutzung und der Schadstofferrhöhung durch den Aus- und Neubau von Kraftwerken. Dieser Diskussion müssen wir uns stellen.

Wir brauchen eine steuerliche Gleichstellung des Landstroms mit den Schiffsbetriebsstoffen. All diese von mir angesprochenen Punkte werden wir mit dem nötigen Sachverstand derjenigen, die wir einladen werden, in den Fachausschüssen beraten. – Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen.

C

D

A (Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Dr. Schaal hat das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es ist schon einmal schön, Herr Ohlsen, dass Sie nicht die ganzen Gegenargumente, die die Hafenwirtschaft so gerne zu diesem Thema bringt, gleich als Keule benutzt haben, um alles tot zu machen. Ich finde es gut, dass Sie einsteigen, um dieses Thema mit zu bewegen, denn Landstrom ist überall dort notwendig, wo die Abgase von Seeschiffen die Anwohner an der Hafenkante und am Hafenrand, insbesondere in der HafenCity und an dem künftigen neuen Terminal an der Van-der-Smissen-Straße, belästigen. Es gibt ein gutes Beispiel, nämlich Lübeck. So fürchtet man in Lübeck-Travemünde, sogar den Status als Ostseeheilbad zu verlieren, wenn die Abgase von Fähren und Kreuzfahrtschiffen weiter die Gegend einblaken und die Luft mit Feinstaub und Umweltgiften verpesten.

Auch in Hamburg könnte der neue Kreuzfahrtboom zum Bumerang werden, wenn die schädlichen Schiffsemissionen nicht unterbunden werden. Denn schon jetzt klagen die Bewohner der HafenCity über schlechte Luft und Lärm, der von den Kreuzfahrtschiffen ausgeht. Das Schlimmste ist aber, dass der Senat diesen Klagen überhaupt nicht zuhört. Es kann doch nicht sein, dass künftig Hotels, Büros oder auch Wohnungen in der HafenCity nur künstlich belüftet werden können und müssen, weil man draußen die Luft nicht mehr atmen kann und darf.

B Technische Probleme zumindest hat die kleine Hansestadt Lübeck ausgeräumt. Sie haben es unter Federführung der Stadtwerke in Lübeck geschafft, die Technologie so weit zu entwickeln, dass sie EU-weit zertifiziert werden kann. Auf der Ebene der IMO wird das Lübecker Modell zurzeit bearbeitet. Was noch stört, ist die Steuerbefreiung von Schiffskraftstoffen gegenüber der Versteuerung von Schiffsstrom an Land. Aber auch hier ist eine Lösung in Sicht, denn die Lübecker SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm bemüht sich zusammen mit den Lübecker Stadtwerken um eine Steuerbefreiung für Landstrom.

(Olaf Ohlsen CDU: Die ist doch schon abgelehnt worden!)

– Nein, abgelehnt wurde es vor ein paar Monaten. Es gibt jetzt neuere Äußerungen aus dem Finanzministerium, gerade aktuell vom Oktober, wo Finanzminister Steinbrück zugesichert hat, dass er sich auf EU-Ebene um dieses Thema kümmern wird. Wenn alles gut geht, kann man damit rechnen, dass sich dort Mitte nächsten Jahres ein Erfolg niederschlägt. Wenn die technischen und steuerlichen Voraussetzungen erfüllt werden, dann muss es allerdings noch eine Benutzerpflicht geben, sonst wäre die ganze Mühe umsonst.

Ich finde es sehr gut, dass wir dieses Thema gemeinsam im Umweltausschuss diskutieren, und ich finde es sehr spannend, dort auch einmal von denjenigen zu hören, die bereits damit umgehen, nämlich von den Stadtwerken in Lübeck aber auch von den Wissenschaftlern der Universitäten und Technischen Hochschulen in Lübeck und Hamburg, wie man das Problem dort anfasst. Es wird höchste Zeit, dass die Argumente abgewogen werden und auch das aufgegriffen wird, was aus der Hafenwirtschaft

kommt, um dann die Argumente abzuwägen und vielleicht auch zu widerlegen, damit wir auch für Hamburg und für die HafenCity wieder einer angenehme Wohnatmosphäre schaffen. Der nächste Schritt ist dann natürlich, wie man im Hafen vorgeht. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/7135 Neufassung federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss sowie den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall.

Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf, Drs. 18/7133 und 18/7134, Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses – Drs. 18/7133 –]

[Bericht des Eingabenausschusses – Drs. 18/7134 –]

Ich beginne mit dem Bericht 18/7133. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 716/06, 534/07, 612/07 und 627/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mit großer Mehrheit der Fall.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 663/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich der Fall.

Wer schließt sich der Empfehlung zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun zum Bericht 18/7134, zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 171/07, 254/07, 255/07, 285/07 und 316/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich der Fall.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Die zu den Ziffern 2 und 3 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wer möchte das in Ziffer 4 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

*Siehe Anlage Seite 4957

- A Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter B an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall.

Wer möchte das Verlangen auf Besprechung der unter C aufgeführten Großen Anfrage unterstützen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch einstimmig.

Ich rufe den Punkt 3 der Tagesordnung auf, Drs. 18/6679, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Steigt die Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete in Hamburg? (II) – Die Entwicklung ab 2005.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Steigt die Gewaltbereitschaft gegen
öffentlich Bedienstete in Hamburg? (II)
– Die Entwicklung ab 2005
– Drs. 18/6679 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Begehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drs. 18/6679 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf, Drs. 18/6956, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Zahlenchaos ohne Ende – die unendliche Geschichte des Lehrerstellenplans.

- B **[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Zahlenchaos ohne Ende – die unendliche
Geschichte des Lehrerstellenplans
– Drs. 18/6956 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Begehren mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drs. 18/6956 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf, die Drs. 18/7097, Senatsantrag: Norddeutsche Zusammenarbeit; Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu der Eichdirektion Nord.

**[Senatsantrag:
Norddeutsche Zusammenarbeit;
Beitritt des Landes Mecklenburg-
Vorpommern zu der Eichdirektion Nord
– Drs. 18/7097 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte das Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord aus Drs. 18/7097 beschließen?

- Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? C

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf, Drs. 18/7140, Senatsmitteilung: Das Handlungskonzept des Hamburger Senats für Ostasien.

**[Senatsmitteilung:
Das Handlungskonzept des Hamburger
Senats für Ostasien
– Drs. 18/7140 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Überweisungsbegehren ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drs. 18/7140 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf, die Drs. 18/7141, Senatsmitteilung: Bericht über die Realisierung des Hafen-Sonderinvestitionsprogramms.

**[Senatsmitteilung:
Bericht über die Realisierung des
Hafen-Sonderinvestitionsprogramms
(Hafen-SIP)
– Drs. 18/7141 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drs. 18/7141 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf, Drs. 18/7147: Bürgerschaftliches Ersuchen "Rückführungen nach Afghanistan fortsetzen" vom 14. September 2006.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen
"Rückführungen nach Afghanistan
fortsetzen"
vom 14. September 2006
(Drs. 18/4991)
– Drs. 18/7147 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

D

- A Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf, Drs. 18/7131, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung.

**[Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 18/6367:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
der Landeshaushaltsordnung
(Senatsantrag)
– Drs. 18/7131 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung aus Drs. 18/6367 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf, Drs. 18/7187, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsrechnung für das Jahr 2005, Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2005, Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2005, Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2005, Gutachtliche Äußerung zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. Oktober 2005 zur Übernahme von Bürgschaften durch Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß Artikel 71 Absatz 2 Hamburgische Verfassung, Paragraph 88 Absatz 3 Landeshaushaltsordnung, Ergebnisbericht 2007 des Rechnungshofs.

**[Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksachen 18/5306:
Haushaltsrechnung für das Haushalts-
jahr 2005
(Senatsantrag)**

18/5775:

**Jahresbericht 2007 des Rechnungs-
hofs über die Prüfung der Haushalts-
und Wirtschaftsführung der Freien und
Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen
zur Haushaltsrechnung 2005
(Vorlage des Präsidenten des Rech-
nungshofs)**

18/6204:

**Stellungnahme des Senats zum Jah-
resbericht 2007 des Rechnungshofs
über die Prüfung der Haushalts- und
Wirtschaftsführung der Freien und
Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen
zur Haushaltsrechnung 2005
(Senatsmitteilung)**

18/5776:

**Prüfung der Haushalts- und Wirt-
schaftsführung des Rechnungshofs im
Haushaltsjahr 2005**

**(Vorlage des Präsidenten des Rech-
nungshofs)**

**sowie über die Drucksachen 18/5543:
Gutachtliche Äußerung zum Ersuchen
der Bürgerschaft vom 26. Oktober 2005
zur Übernahme von Bürgschaften
durch Anstalten öffentlichen Rechts
(Drs. 18/2947) gem. Art. 71 Abs. 2 HV,
§ 88 Abs. 3 LHO**

**(Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft)**

18/6150:

**Ergebnisbericht 2007 des Rechnungs-
hofs**

**(Vorlage des Präsidenten des Rech-
nungshofs)**

– Drs. 18/7187 –]

Wir kommen zunächst zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Teil A IV. seines Berichts. Die unter dem Buchstaben a) erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wer möchte, wie in b) empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2005 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte der Ausschussempfehlung aus c) folgen und dem Senat für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich der Fall.

Wer möchte sich, wie unter d) empfohlen, den unter Teil A Abschnitt II des Ausschussberichts aufgenommenen Beschlussvorschlägen des Unterausschusses Prüfung der Haushaltsrechnungen mit Ausnahme der Textzahlen 302 und 303 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen.

Wer möchte nun den Textzahlen 302 und 303 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen.

In Teil B des Haushaltsausschussberichts wird empfohlen, dem Rechnungshof für dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2005 Entlastung zu erteilen. Wer möchte so beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall.

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, dem Rechnungshof mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit ausdrücklich unseren Dank auszusprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

C

D

- A Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf, Drs. 18/7188, Bericht des Haushaltsausschusses: Änderung des Gesetzes über das "Sondervermögen Stadt und Hafen".

**[Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 18/6903:
Änderung des Gesetzes über das
"Sondervermögen Stadt und Hafen"
(Senatsantrag)
– Drs. 18/7188 –]**

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen und das Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das "Sondervermögen Stadt und Hafen" aus Drs. 18/6903 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig der Fall. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf, Drs. 18/7175, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Neue Planungskultur entwickeln – Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt.

- B **[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/6022:
Neue Planungskultur entwickeln
– Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt
(SPD-Antrag)
– Drs. 18/7175 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7312 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Die HCU für den städtebaulichen Diskurs öffnen
– Drs. 18/7312 –]**

Über diesen lasse ich zuerst abstimmen. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zum Bericht aus Drs. 18/7175. Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einer großen Anzahl von Enthaltungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf, Drs. 18/7248, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen.

**[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/6977:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung
von Wohnquartieren durch private
Initiativen**

**(Senatsantrag)
– Drs. 18/7248 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7313 ein Gemeinsamer Antrag der SPD- und GAL-Fraktion sowie als Drs. 18/7315 ein Interfraktioneller Antrag vor.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und
GAL:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung
von Wohnquartieren durch private
Initiativen
– Drs. 18/7313 –]**

**[Interfraktioneller Antrag:
Änderungsantrag zu Drucksache
18/6977 "Entwurf eines Gesetzes zur
Stärkung von Wohnquartieren durch
private Initiativen"
– Drs. 18/7315 –]**

Zunächst lasse ich über den Gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus Drs. 18/7313 abstimmen. Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zum Interfraktionellen Antrag aus Drs. 18/7315. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Nun zum Bericht des Stadtentwicklungsausschusses aus Drs. 18/7248. Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen aus Drs. 18/6977 mit der soeben beschlossenen Änderung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei ein paar Enthaltungen in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus der Ausschussempfehlung in Bezug auf die Änderung des Haushaltsbeschlusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Punkt 40 a der Tagesordnung, Drs. 18/7277, Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Haushaltsplan 2007/2008 – Einzelplan 4, Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung"; Mehrbedarf

C

D

- A im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach SGB VIII"; Aufwendungen von fördern und wohnen Anstalt öffentlichen Rechts; Mehrbedarf bei den Entschädigungen für politische Häftlinge.

[Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksache 18/6980: Haushaltsplan 2007/2008 – Einzelplan 4, Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung"; Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII", Aufwendungen von f&w fördern und wohnen AöR; Mehrbedarf bei den Entschädigungen für politische Häftlinge (Senatsantrag) – Drs. 18/7277 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
B – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf, Drs. 18/7069, Antrag der SPD-Fraktion: Korruptionsbekämpfungsgesetz für Hamburg.

[Antrag der Fraktion der SPD: Korruptionsbekämpfungsgesetz für Hamburg – Drs. 18/7069 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Überweisungsbegehren ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf, Drs. 18/7237, Antrag der CDU-Fraktion: Fertigstellung der S-Bahn zum Hamburg-Airport.

[Antrag der Fraktion der CDU: Fertigstellung der S-Bahn zum Hamburg-Airport – Drs. 18/7237 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7298 Neufassung ein Gemeinsamer Antrag der SPD- und GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Verkehrsberuhigung in Fuhlsbüttel – Drs. 18/7298 –]

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer stimmt den Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Überweisungsbegehren sind mehrheitlich abgelehnt worden.

Es trifft zu, dass Herr Lühmann gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort wünscht. – Herr Lühmann, Sie haben es für maximal fünf Minuten.

Jörg Lühmann GAL: Wir hätten uns diesen Beitrag locker ersparen können, wenn wir im Stadtentwicklungsausschuss über Ihre Anträge hätten diskutieren können. Sie wollen das nicht. Dann müssen wir eben hier darüber reden, dass Sie Anträge stellen, die ganz nett und in der Sache scheinbar logisch daherkommen, aber doch ganz erhebliche Pferdefüße haben.

Sie fordern in Punkt 1 eine Verkehrsberuhigung der Etzestraße und werden wahrscheinlich denken, wie kann ein Grüner etwas gegen Verkehrsberuhigung haben. Das wird Sie vielleicht ein bisschen überraschen und deswegen stehe ich hier und erkläre Ihnen, welches Problem wir damit haben.

Sie haben nämlich – das geht auch aus dem Antrag hervor, der jetzt gerade verteilt wird, das war aber auch schon in der ursprünglichen Fassung der SPD so – eine Pressemitteilung herausgegeben und gesagt, Sie würden eine Verkehrsberuhigung der Etzestraße vornehmen und in der Bürgerschaft eine Mehrheit dafür haben. Das hat der Kollege Hesse über den Lokalanzeiger schon verbreiten lassen. Damit greifen Sie so ganz nebenbei in die Planungshoheit und die Mittelhoheit des Bezirks Nord ein und sagen dann, das ist genau unser Geschenk an die Leute dort, dass der Bezirk Nord nicht mehr selber bestimmen kann, welche Prioritäten er setzt und welches Geld er an welchen Stellen ausgeben kann, Geld, das er in diesem Umfang wahrscheinlich gar nicht hat. Wir müssten zumindest im Stadtentwicklungsausschuss einmal darüber reden, wie Sie eine Finanzierung sicherstellen wollen, da Sie wahrscheinlich den entsprechenden Punkt unseres Antrags ablehnen werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens beantragen Sie, die S-Bahn-Haltestelle Kornweg in Klein Borstel und die U-Bahn-Haltestelle Klein Borstel neu in Struckholt (Albert-Schweitzer-Gymnasium) umzubenennen. Es mag durchaus sein, dass das im Ortsausschuss eine vernünftige Linie zu sein scheint, aber für jeden, der einigermaßen ortsfremd ist, wird es ein Problem sein, wenn mit einem Mal der Name Klein Borstel von der U-Bahn-Station auf eine S-Bahn-Station wechselt.

(Bernd Reinert CDU: Womöglich verfährt sich noch die S-Bahn!)

Deswegen muss so ein Antrag wahrlich nicht nur für die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch für die Ortsfremden da sein. Aber auch die ortsansässige Bevölkerung hat durchaus unterschiedliche Vorstellungen davon,

- A was es denn mit der Benennung Struckholt (Albert-Schweitzer-Gymnasium) auf sich hat.

(Zuruf von *Viviane Spethmann CDU*)

– Frau Spethmann, wir unterhalten uns über diesen Antrag, weil von Ihrem Kollegen Hesse Lokalpolitik auf Ortsausschussebene in die Bürgerschaft hineingetragen wird. Und dann werden Sie es ertragen müssen, dass ich dazu rede.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Leute, die sich darüber aufregen, dass die Benennung des Kornwegs nichts mit der Nähe zum Kornweg zu tun hat, wenden mittlerweile auch gegen die Umbenennung in Struckholt die fehlende Nähe ein.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen gibt es auf lokaler Ebene sogar schon andere Benennungsvorschläge.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das sollen sie dem Ortsausschuss sagen!)

Unser Vorschlag ist, das alles im Stadtentwicklungsausschuss zu besprechen und nach vernünftigen Lösungen zu suchen, die sowohl den Leuten vor Ort als auch Ortsfremden helfen. Deswegen ist es nicht die richtige Art und Weise, eine solche Abstimmung hier ohne Debatte und ohne Überweisung an den Ausschuss durchzuführen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Herr Hesse hat jetzt fünf Minuten Redezeit.

Klaus-Peter Hesse CDU*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte Ihnen gerne diese Fünf-Minuten-Debatte erspart, aber der Kollege Lühmann scheint Anträge nicht richtig zu lesen.

(*Christian Maaß GAL*: Weil Du doch den blöden Antrag eingebracht hast!)

Hören Sie bitte einfach zu, ich versuche, es zu erklären.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Hesse hat das Wort und sonst niemand.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Im Antrag steht zu Punkt 1 hinsichtlich der Finanzierung der Verkehrsberuhigungsmaßnahme gar nichts. Es steht lediglich darin, dass der Senat ersucht wird, gemeinsam mit dem Bezirk nach Lösungen zu suchen; genau das wollen wir. Was machen Sie, lieber Kollege Lühmann, in Ihrem gemeinsamen Antrag mit der SPD? Sie schreiben sogar schon hinein, dass die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen aus dem Einzelplan 6 finanziert werden sollen. Das heißt, Sie nehmen im Endeffekt das Ergebnis einer Prüfung, das ich mit diesem Antrag erreichen möchte, nämlich ob und wenn ja, welche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen dort Sinn machen, schon vorweg und sagen, wir brauchen die und dieser Senat soll es bezahlen. Das ist die falsche Politik. Deswegen habe ich den Antrag so formuliert, dass das Ergebnis offen ist.

(Beifall bei der CDU)

C Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wollen Sie zu Punkt 2 denn mehr als einen Beschluss des Ortsausschusses, der gemeinschaftlich sagt, wir wollen diese Umbenennung, des Heimatvereins vor Ort, der sagt, wir wollen diese Umbenennung, der Interessengemeinschaft der Einzelhändler vor Ort, die sagen, wir wollen diese Umbenennung, des Albert-Schweitzer-Gymnasiums, die sagen, wir wollen diese Umbenennung? Was wollen Sie denn noch mehr an Zustimmung vor Ort? Warum wollen Sie diesen Antrag noch einmal vertagen, alle wollen es doch?

(*Petra Brinkmann SPD*: Nein, stimmt doch gar nicht!)

– Doch, wir haben sie alle abgefragt, Frau Brinkmann.

Alle wollen es und wenn Sie es wollen, besteht jetzt nach vielen Jahren – nämlich dann, Frau Brinkmann, wenn die Flughafen-S-Bahn fertiggestellt wird – auch die Möglichkeit, es kostengünstig in diesem Zusammenhang zu realisieren. Jetzt besteht die Möglichkeit, jetzt ist das Zeitfenster, so einen Antrag zu beschließen und eine kostengünstige Umbenennung vorzunehmen, die die Menschen vor Ort wollen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL*: Platzhirschröhren!)

Sie wenden sich heute mit Ihrem Antrag – deswegen verstehe ich Ihre Argumentation auch nicht, lieber Kollege Lühmann – gegen eine Umbenennung, obwohl im Antrag steht, dass Sie es begrüßen und unter Punkt 2 auch wollen. Eines ist mir bei dieser ganzen Debatte nicht klar geworden: Sie stehen hier und argumentieren, wir müssten noch mehr Leute befragen und andererseits schreiben Sie, dass Sie gemeinsam mit der SPD einer Umbenennung zustimmen. Das ist in sich nicht schlüssig, so ist das, wenn man mit heißer Nadel schnell noch einen Antrag zusammenschreibt, ihn hier vor einer Minute verteilt und meint, das Ei des Kolumbus entdeckt zu haben. Wir werden Ihre Anträge ablehnen, wir machen Politik für die Menschen vor Ort. Das gehört nicht in den Stadtentwicklungsausschuss, sondern es wird hier beschlossen und das ist auch richtig so.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL*: Vom Maulwurfshügel aus!)

D **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe**: Herr Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war es ja wohl, Herr Hesse, jetzt ist das Zeitfenster offen. Das mag aber daran liegen, dass wir jetzt Wahlkampf haben. Sie wollen den Weihnachtsmann in Klein Borstel spielen, Herr Hesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Tatsächlich sind Sie der Märchenonkel, denn was Sie uns eben erzählt haben, steht nicht einmal in Ihrem Antrag. Sie behaupten, gemeinsam mit dem Bezirk nach Lösungen zu suchen. In Ihrem Antrag steht, gemeinsam mit dem Bezirk sind Maßnahmen vorzunehmen, und das ist genau der Punkt, den wir kritisieren. Vor anderthalb Jahren war die CDU doch noch die Fraktion derer, die den Bezirken mehr Rechte zugestehen wollte und unter anderem die Bezirksstraßen eingeführt hat und jetzt haben die Bezirke für bestimmte Straßen die Zuständigkeit. Dann war die CDU so freierzig, den Bezirken auch ein paar Mittel für ihre neuen Umbaumaßnahmen an diesen Stra-

- A ßen zu geben; der Bezirk Nord hat 100.000 Euro. Und was machen Sie? Kaum haben die Bezirke diese Zuständigkeit bekommen, beschließen Sie in der Bürgerschaft Anträge, die in die Bezirksversammlung oder den Ortssausschuss gehören, und legen damit die Mittel, die der Bezirk Nord für den ganzen Bezirk hat, auf Jahre für eine Umbaumaßnahme fest. Herr Hesse, das ist Verdummung der Bevölkerung vor Ort.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Insofern erlauben Sie uns, ehrlich zu sein und zu sagen, wer bestellt, muss auch bezahlen; Einzelplan 6 ist der richtige Titel.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache, zunächst zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drs. 18/7298 (Neufassung). Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum CDU-Antrag aus Drs. 18/7237. Die SPD-Fraktion möchte diesen zifferweise abstimmen lassen. Wer möchte Ziffer 1 des CDU-Antrags zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen bei einer großen Zahl von Enthaltungen.

Wer möchte Ziffer 2 des CDU-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Ziffer ist mehrheitlich angenommen.

B

D

Damit kommen wir zu Punkt 45, Drs. 18/7238, Antrag der CDU-Fraktion: Vertiefung der Beziehungen zu Dar es Salaam.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Vertiefung der Beziehungen zu Dar es
Salaam
– Drs. 18/7238 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Überweisungsbegehren ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auf jeden Fall ist der Antrag angenommen. Ich konnte nicht so genau erkennen, wie das mit den Enthaltungen war, aber es war auf jeden Fall einstimmig.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis zur nächsten Sitzung alles Gute.

Schluss: 19.12 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Michael Fuchs und Lutz Kretschmann-Johannsen.

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**für die Sitzung der Bürgerschaft am 7. und 8. November 2007**A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
19	7099	Ersuchen der Bürgerschaft vom 15./16.11.2006 – Drs. 18/5072 – „Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn schnell und umfassend realisieren“
20	7100	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 28. Juni 2006 Drs. 18/4588 „Veddeler Wasserkreuz“
23	7148	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 12. Dezember 2006 Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 – Einzelplan 4 „Ausbau der Begleitung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (Drs. 18/5461)
24	7209	Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. September 2005 – Drs. 18/2872 – „Unbefristete Verlängerung der HVV-Nachtfahrten an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen“
25	7214	Ersuchen der Bürgerschaft „Eine bessere Verkehrserschließung für den Altonaer Hafennordrand schaffen!“ - Drs. 18/2856 -
26	7118	Bericht des Haushaltsausschusses
31	7190	Bericht des Haushaltsausschusses
32	7127	Bericht des Sportausschusses
33	7170	Zwischenbericht des Kulturausschusses
36	7184	Bericht des Verfassungsausschusses
37	7185	Bericht des Verfassungsausschusses
38	7186	Bericht des Verfassungsausschusses
40	7215	Bericht des Umweltausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
4	6873	Die Hürden des Hamburger Schulsystems: Klassenwiederholungen, Abschlüssen, Grundschulempfehlungen	SPD	Schulausschuss
21	7146	Bürgerschaftliches Ersuchen „Verfahren zur Einbürgerung entwickeln“ vom 12. April 2006 (Drs. 18/4057)	SPD	Sozialausschuss
51	7245	Formel Vielfalt – Einbürgerungskampagne "PASSt uns" auch in Hamburg	SPD	Sozialausschuss
52	7246	Interessenkonflikte von Senatsmitgliedern	SPD	Verfassungsausschuss
53	7247	Landesausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag	CDU	Haushaltsausschuss

C. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Absatz 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
12	7076	Gebühren-, Tarif-, Steuer-, Beitrags-, Miet- und Abgabenerhöhungen